

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: dreimonatlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonelle über dem Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine landesherrliche Kriegserklärung.

Am Nordabhang des Vogelsberges liegt das durch seine fassigen Wiesengründe und herrlichen Buchenwäldungen ausgezeichnete Schlierländchen. Einstmals war es untertänig den Reichsgrafen von Schlich genannt v. Görz; heute gehört es zum Großherzogtum Hessen. Der derzeitige Chef des Hauses gehört bekanntlich zu den bevorzugten Jagdfreunden des Kaisers, der öfters tagelang in den gräflichen Jagdrevieren weilt.

Wie anderwärts, so haben sich auch die Grafen v. Schlich beim Aufstehen ihrer souveränen Landeshoheit das Privateigentum an dem größten Teil der Wäldungen gesichert. Die Reste des einstmaligen Gemeineigentums, die Holz-, Streu-, Weide- und Fischereigerechtheite der Gemeinden, haben sie demgegenüber möglichst geringe Entschädigung zur Ablösung gebracht. Die Schlicher „Herrschaft“ hat das ganz besonders gut verstanden, und sie hat es obendrein fertig gebracht, sich auch noch das Jagdrecht auf den Feldern der Gemeindebürger zu erhalten.

Das bedeutete für die letzteren eine schwere, mit der Entwicklung der Feldkultur immer unerträglicher werdende Plage. Der reiche Bildstand, der Stolz der erlauchten Herren, schädigte die Kulturen der Bauern in empfindlicher Weise. Klagen auf Wideschadenersatz gegen die „Herrschaft“ hatten so viel Kosten und Schikanen zur Folge, daß die meisten Geschädigten lieber ganz davon Abstand nahmen. Die Erbitterung über diese Verhältnisse griff nun neuerdings in der Bürgerschaft des Städtchens Schlich so um sich, daß der Gemeinderat den einstimmigen Beschluß faßte, die Ablösung der herrschaftlichen Jagdgerechtheite auf den Privatgrundstücken durchzuführen. Dazu hat — das sei ausdrücklich hervorgehoben — die Gemeinde nach heftigem Gesez ein Recht.

Besondere Schwierigkeit entstand für die Gemeinde aber daraus, daß die „Herrschaft“ auch zahlreiche landwirtschaftliche Güter sich als „Hausgut“ zu sichern gewußt hat. Deren Grenzen laufen in die Felder der Gemeindebürger hinein, sodas mit der Ablösung der gräflichen Jagdgerechtheite auf der letzteren eine Grenzregulierung erforderlich ist. Um diese herbeizuführen, wandte sich die Bürgermeisterei von Schlich am 21. April d. J. an die gräfliche Rentkammer. Letztere legte das Ersuchen dem „regierenden“ Grafen Emil Friedrich vor, und nun höre man, was für einen Bescheid der erlauchte Herr auf das wohlberichtigte Verlangen der Gemeinde erteilte.

Er erklärte, daß er keine Veranlassung zu der gewünschten Grenzregulierung habe, die Gemeinde habe ja gewußt, daß die beschlossene Jagdablösung seinen Wünschen direkt zuwiderlaufe, bestehe sie dennoch auf der Durchführung, dann werde sie die „Folgen“ zu spüren bekommen. Es heißt dann in dem Schriftstück wörtlich:

„Die Folgen des von der Stadt beabsichtigten Schrittes fasse ich im wesentlichen kurz wie folgt zusammen:
 „Jede bisher gern von mir geübte Rücksicht auf die Stadt Schlich wird aufhören — es würde jetzt zu weit führen, auseinanderzusetzen, in wie vielen Einzelheiten sich dieses äußern kann und wird.“

„Meine Beteiligung an der Anlage eines Elektrizitätswerkes werde ich zurückziehen usw., weder die Schneidemühle zu diesem Zweck verkaufen, noch auch hinsichtlich irgend welcher Gebäude, über die ich verfüge, beteiligen. Dies um so mehr, als inzwischen festgestellt ist, daß für die Hallenburg und ihren Gutsbetrieb eine Privatanlage mit Ausbeutung der Kraft der Hallenmühle genügt.“

„Daß ich meinen Schloßgarten dem Publikum sperren werde, desgleichen alle meine Privatwege (insbesondere die im Walde, Play in der Kahl, Haus und Wiese auf dem Eisenberg und dergleichen) ist selbstverständlich. Welchen Einfluß es übrigens auch auf die im Interesse der Stadt liegenden Besuche der Salzschlaffer Badegäste haben wird, wenn alle angenehmen Spaziergänge, Besuch der Burgen usw. in Wegfall kommen, liegt auf der Hand.“

„Vor allem aber werde ich meinen Wohnsitz in Schlich aufgeben und den von mir ohnehin bedeutend bevorzugten Nichtshof verlegen. Selbstverständlich wird die Gemeindesteuer jedann von mir nach Unterschwarz zu zahlen sein, was für mich einen sehr erheblichen Vorteil, für die Stadt dagegen den Ausfall einer Einnahme von jährlich etwa 8—9000 M. bedeuten wird.“

„Ich hätte auch das Recht, das Spital auf den ursprünglichen kümmerlichen Zustand der 50er Jahre zurückzuführen durch Entlassung der Diakonissen u. a. m., wodurch auch Kleinrentschule und Stadtkrankenpflege in sich zusammenfallen würden. In diesem Punkte jedoch, sowie in dem des Armenvereins müssen mich höhere Rücksichten leiten als die auf die Stadt Schlich — und dazu kann sich die letztere immer noch gratulieren! Allerdings bliebe noch zu erwägen, ob man bei Aufnahmen in das Spital künftig Bewohnern von Schlich besondere Vorteile gewähren will oder nicht.“

„Welche Vorteile sich nun die Stadt diesen tief einschneidenden Nachteilen gegenüber verspricht, ist mir ganz unverständlich! Vor allem darf doch niemand erwarten, daß etwa ich als Pächter der abgelösten Feldjagd auftreten würde? Ich erkläre jedenfalls auf das bestimmteste, daß ich unter keiner Bedingung der Stadt, die den Bruch mit mir gewollt hat, die Jagd abspalten werde. Die Folge wird voraussichtlich allerdings ein

vollständiges, systematisches und konsequentes Ausschließen des mir gehörigen Teiles der Feldjagd sowie sämtlicher umliegender Wäldungen sein müssen — ein Grund mehr, der mir die Ueberfiedelung auf den Nichtshof mit seinem neuen Rehpark erwünscht machen wird! Was aber die Stadt aus einer derart reduzierten, dabei wegen der bekannten Grenzverhältnisse so schwierig auszubehenden Jagd für Nutzen zu ziehen hofft, verziehe ich nicht, zumal da unter diesen Umständen für auswärtige Liebhaber nicht zu zählen ist.“

„Bisher erhielt die Stadt von uns jährlich 400 M. Es ist weder abzusehen, ob, noch glaublich, daß die Einnahme aus der Jagd sich unter den geschilderten Verhältnissen erhöhen wird. Aber wenn auch — in welchem Verhältnis würde im besten Falle der Vorteil zu dem oben angeführten sich in die Tausende belaufenden Schaden stellen? Das Rechenexempel ist einfach genug! „Daß ich eventuell natürlich bereit gewesen wäre, auf eine Erhöhung der bisherigen Abfindungssumme einzugehen, will ich nur nebenbei erwähnen.“

Bereits am 13. Februar d. J., als ich von bevorstehenden Ablösungsplänen hörte, habe ich an Herrn Bürgermeister Jünker rücksichtslos und ausführlich im Sinne der vorstehenden Erörterungen geschrieben. Ich darf nicht zweifeln, daß er den Gemeinderat schon damals gründlich aufgeklärt hat. Ich lege dem größten Wert darauf, daß kein Mitglied des Gemeinderats im mindesten im Unklaren darüber sei, was die Folgen des in erster Linie für das Wohl der Stadt so verhängnisvollen Schrittes sein werden, der das alte Verhältnis zwischen der Stadt Schlich und mir und meinem Hause zerstört — ich sage ausdrücklich: „und meinem Hause“; denn ich habe vor einigen Tagen in Berlin mit meinem ältesten Sohne, dem Erbprinzen, die ganze Sachlage besprochen und derselbe hat mir erklärt, wenn auch mein tiefes Bedauern teilend, daß er ganz auf meinem Standpunkt stehe und auch dann, wenn ich selbst nicht mehr bin, auf demselben beharren werde.“

Da man mich — leider — gewaltsam dazu drängt ein Feind der Stadt zu werden, so will ich mir um meiner selbst willen das Bewußtsein wahren, wenigstens als völlig offener und loyaler Feind dazustehen. Deshalb wünsche ich, daß Sie in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderats bringen.“

Schlich, den 29. April 1908.
 (gez.) E. F. Graf von Görz.“

Dieses Schriftstück redet Wände. Es zeigt mit klaffender Deutlichkeit, welcher Geist im Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts noch in den Köpfen der hochadeligen Herren sein Wesen treibt. Vor jedes sozialen Empfindens, tritt der gräfliche Jagdherr dem Verlangen der Gemeindebürger entgegen, die, fast durchweg kleine Handwerker und Bauern, für den Schutz ihrer kümmerlichen Existenz vor dem „herrschaftlichen“ Wild kämpfen. Als ob er noch ihr souveräner Herr sei, puht er sie herunter und droht ihnen mit allen in seiner Macht stehenden Schädigungen und Schikanen, wenn sie auf der Durchführung dessen beharren, worauf sie ein landesgesetzliches Recht haben. Schwer zürnend kündigt er den Krieg an zwischen der Stadt und „seinem Hause“, noch über seinen Tod hinaus soll die „offene Feindschaft“ dauern; nichts wird er unversucht lassen, um die Bevölkerung zu bedrücken und zu benachteiligen. Und dieser reichsgräfliche Kämpfer gegen Gesez und Recht ist — das stellt sein Vorgehen noch in ein ganz besonderes Licht — privilegierter Gesezgeber, er ist Präsident der hessischen Ersten Kammer!

Hyänen des Schlachtfeldes.

Wenn die Nacht ihre dunklen Schleier über das Schlachtfeld gebreitet hat, dann tauchen allerlei verdächtige Gestalten auf, um Freund und Feind zu berauben. Man macht mit diesen Hyänen des Schlachtfeldes in der Regel recht kurzen Prozeß, wie denn ihre Handlungsweise allgemein als eine ekelhafte, erbärmliche angesehen wird. Ueberträgt man dieses Beispiel aus der Schlacht auf den politischen Kampf, dann erscheint in der Rolle dieser Hyänen des Schlachtfeldes der biedere Freisinn, der die Situation ausnützend, alles nimmt, was er kriegen kann. Es handelt sich da um eine alte, liebe Gewohnheit, denn von jeher hat der Freisinn seine Mandate zumeist in den Stichwahlen geholt, und mit der damit verbundenen Rechnungsträgererei hat er allmählich den ehrlichen, politischen Kampf völlig verlernt. Das tritt wieder recht sinnfällig in die Erscheinung, wenn man das Verhalten des Freisinns bei den Landtagswahlen beobachtet. In Görlich wollte er ein Lechtelmedtel mit den Nationalliberalen eingehen, um den Konservativen, denen er das Reichstagsmandat verdankt, die Landtagsmandate abzugeben. Die Nationalliberalen waren politisch ehrlicher, sie gingen auf diesen Vorschlag nicht ein. In Ratibor hat der Freisinn ein Bündnis mit den Konservativen abgeschlossen und den Preis eines Mandates. Das andere Mandat soll den Konservativen zufallen, die sich gegen jede Aenderung des Wahlrechtes ausgesprochen haben! Den niederträchtigsten Streich hat sich der Freisinn aber geleistet mit dem Wahlbündnis in Ober- und Niederbarnim, wo er sich direkt zum Hausnecht der Konservativen degradiert hat. Die Rolle, die der Freisinn dort spielte, ist geradezu ungeheuerlich; dieser Fall dürfte einzig dastehen in der Geschichte der politischen Kämpfe. Das „Berliner Tageblatt“ stellt die Sache so dar:

Am Februar hatte der Abg. Well namens der Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei für Niederbarnim ein Bündnis mit den Nationalliberalen angeregt. Eine freisinnige Vertrauensmännerberathung beschloß am 20. Februar, auf ein

solches Bündnis einzugehen, nur sollte der formelle Antrag von den Nationalliberalen, als der im Kreise schwächeren Partei, ausgehen. Die Nationalliberalen waren damit einverstanden und stellten am 18. April den Antrag zu Händen des Herrn Dr. Schepf. Dieser gab aber zunächst eine ausweichende Antwort, denn er hatte trotz des vorliegenden Beschlusses mittlerweile Unterhandlungen mit den Konservativen eingeleitet! Auf diese Weise hatte der Freisinn zwei Eisen im Feuer, und er konnte nun in aller Ruhe abwägen, welche von den beiden Parteien ihm die meisten Chancen bieten würde. Das Ende vom Liede war, daß der Freisinn ein Bündnis mit den Konservativen einging. Wenn jetzt eine Anzahl liberaler, also auch freisinniger Vertrauensleute, noch extra liberale Kandidaten aufstellen will, so vermag dies an den Tatsachen nichts mehr zu ändern!

Die „Frankfurter Zeitung“ meint nun ganz enttäuscht, daß die Leitung der freisinnigen Partei in Berlin diesen Vakt sofort annullieren müsse. Sie kennt aber offenbar ihre Bloßfreunde noch nicht gut genug, denn das „Berliner Tageblatt“ versichert bestimmt, daß gerade die freisinnige Parteileitung bei der Sache die Hände im Spiel hatte! Und selbst wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, wäre die Geschichte auch noch blamabel genug, denn die Mehrheit der eingeladenen freisinnigen Vertrauensmänner war mit dem freisinnig-konservativen Wahlbündnis einverstanden! Die Bepöhlten sind die Nationalliberalen, die sich darüber freilich nicht besonders aufregen werden, denn seit Bismarcks Zeiten sind sie daran gewöhnt, der reichlich empfangende Teil bei der Verabreichung von — Fuhrritten zu sein.

Noch immer herumleiert ein Teil der freisinnigen Presse über die sozialdemokratische Wahlstatistik, wie sehr aber damit das Richtige getroffen wurde, das beweist das Verhalten des Freisinns mit jedem Tage eindringlicher. Und da soll man noch daran glauben, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag etwas anderes war, als ein schlau sein sollendes Wahlmanöver? Um den Preis eines Mandates verbündete sich diese Sorte Freisinn auch noch mit dem Zentrum, wenn es dort auf Gegenliebe zu rechnen hätte! Und die Prinzipien? Ach, es ist lange her, daß der Freisinn etwas besaß, was er mit einem Schein von Recht als Prinzip ansagen konnte. Diese Zeiten sind für immer dahin, die Blodpolitik, die den Freisinn zur Regierungspartei machte, hat mit dem letzten Restchen von Prinzipien gründlichst aufgeräumt. Aber auch die politische Scham scheint bereits zu den Hunden geflohen zu sein, sonst müßten die freisinnigen Redner doch mindestens noch schamrot werden, wenn sie in ihren Versammlungen mit Freiheit und Volksrechten um sich werfen. Mit aller Macht und Entschlossenheit müssen diese Hyänen des politischen Schlachtfeldes bekämpft werden!

Die Meineidsaffäre Philis.

Das Meineidsverfahren gegen den Autor des „Sanges an Aegir“, den Ritter des Schwarzen Adlerordens Fürsten Philis von Eulenburg, nimmt seinen Fortgang. Der Landgerichtsrat Schmidt vom Landgericht I ist letzter Tage in Liebenberg gewesen, um dort den bedrängten Fürsten einem Verhör zu unterziehen. Neues darüber ist natürlich nicht bekannt geworden. Nur so viel hat man gehört, daß nach Bekundung des Gerichtsarztes der Fürst Eulenburg noch immer nicht als transportfähig angesehen worden ist. In einem bürgerlichen Blatte wird nicht mit Unrecht eine Parallele zwischen dieser Rücksichtnahme auf den erkrankten Fürsten und dem gewöhnlich viel weniger rücksichtsvollen Vorgehen gegenüber gewöhnlichen Sterblichen gezogen. In der Charité, so heißt es da, seien eigene Abteilungen für Untersuchungsfälle angelegt, in die schwerkranken Delinquenten gebracht würden. Es sei deshalb nicht einzusehen, warum nicht auch ein an Neuritis leidender Mann von Liebenberg nach der Charité überführt werden könne, zumal bei der modernen Art des Kranken-transportes. Fürst Eulenburg muß also wirklich sehr krank sein, wenn man ihn nicht ebenso behandelt, wie nicht gefährdete Angeklagte!

Auf der anderen Seite freilich scheint es, als ob die Krankheit des Fürsten doch nicht so schwer ist, um ihm — unseres Erachtens wirklich überflüssige — Strapazen und Aufregungen zu ersparen. Wird doch gemeldet, daß der Zeuge Ernst bereits in Berlin angekommen sei, um demnächst, wahrscheinlich schon heute (Donnerstag), in Liebenberg dem Fürsten Eulenburg gegenübergestellt zu werden. Wenn Fürst Eulenburg wirklich so krank ist, hätte man ihm diese Aufregung wirklich ersparen können. Denn zur Klärung der Sachlage vermag unseres Erachtens eine persönliche Gegenüberstellung des Zeugen Ernst mit dem Fürsten Eulenburg herzlich wenig beizutragen. Aber nicht nur der schwer kranke Fürst Eulenburg, sondern auch der Zeuge Ernst selbst scheint ganz unangemessen durch die Konfrontation aufgeregt worden zu sein. Er soll herzleidend und infolge des Verlaufs des Prozesses recht ängstlich sein. Diese Ängstlichkeit ist begreiflich, namentlich wenn man sich in die Pöppe des Zeugen hineinversetzt. Unser Münchener Bruderorgan hat einen Berichterstatter nach Starnberg entsandt, der dort unmittelbar vor Rittierung Ernsts nach Berlin, eine Unterhaltung mit diesem Zeugen hatte. Der Gewährsmann der „Münchener Post“ berichtet darüber:

„Ich hätte Jakob Ernst fast nicht mehr erkannt; seit dem Münchener Prozeß hat sich der Mann stark verändert; die Augen sind eingefallen, die Lippen blau, das Auge blickt wirr. „Ich bin sehr angelegt“, sagte er zu mir, auf seinen Sonntagstaat deutend, in den er sich geworfen. Ich verstand den Sinn seiner Worte nicht, als ich ihm aber sagte, weshalb ich zu ihm gekommen sei, gab er mir die Erklärung: „Ich hab' gemeint, Sie holen mich, ich mein alle

Augenblick, es kommt einer und nimmt mich mit." Es kostete mir einige Mühe, den Fischerjock zu beruhigen; dann erzählte er mir, mit Tränen in den Augen: „Ich habe mir ja nichts zu fürchten, ich habe unter meinem Eid die volle Wahrheit gesagt, wenn Sie dabei waren, wissen Sie ja, was ich dabei gelitten habe. Aber wenn der Fürst sagt, es ist nicht wahr, dann wird man ihm glauben, denn er ist ein mächtiger Mann.“ Und nun erzählt der Fischerjock nochmals, wie ihn Eulenburg verführte; wie er ihm Geld gab; aber das Geld wurde gleich in vier umgehakt; erspart hat sich der Fischerjock nichts, er versichert es lebhaft. Ob er einen Brief von Eulenburg erhalten habe, frage ich ihn. Ja, war die Antwort, das will ich Ihnen sagen, vor zwei Monaten. Aber was dein sieht, sag ich erst vor Bericht. Vor der Nacht Eulenburgs hat Jakob Ernst einen ungeheuren Respekt; er glaubt, daß er über allen Behörden steht. „Meinen Sie,“ frug er mich, „daß ich nach Berlin zur Konfrontation muß; oder nach Liebenberg?“

„Wenn's zur Verhandlung kommt, sicher.“
„Ja, da das Jagen mich ja!“ Ich machte den Versuch, dem Fischerjock zu erklären, daß man es auch in Preußen nicht mehr wagen könne, ohne weiteres einen unbedeutenden Zeugen abzumurfen. Ernst atmete sichtlich erleichtert auf. „Ich kann auch in Berlin nicht anders aussagen wie in München, ich muß die Wahrheit sagen, wenn's auch der Fürst leugnet,“ versicherte der Fischerjock immer wieder. Und immer wieder äußerte der Fischerjock die Befürchtung, dem Fürsten könnte geglaubt werden, wenn er leugne, und ihm, dem einfachen Fischer, nicht, auch wenn er die Wahrheit sage. „Und ich habe sie gesagt, die Wahrheit, und ich bleibe dabei.“

Ich mußte den Mann schließlich seiner Dual überlassen; er sieht seine Existenz bedroht, er fürchtet die unheimliche Macht eines Mannes, dem er schon in seiner Jugend zum Opfer gefallen ist. Er hat schon damals den gewaltigen Einfluß des Geldes und der persönlichen Beziehungen kennen gelernt und nun hängt ihm, sein Lebensschicksal möchte geschehen, er könnte ein zweites Mal, aber diesmal tiefer, viel tiefer, stürzen.“

Der Zeuge Ernst ist durch seine Wohnung nicht betrogen worden. Man hat ihn wirklich nach Berlin geholt, um ihn in Liebenberg dem Fürsten gegenüberzustellen. Der Jock dieser Konfrontation erscheint uns vollständig rätselhaft. Um so mehr, wenn es richtig ist, was die „W. Z. a. M.“ meldet, daß Ernst vor seiner Abreise dem Starnberger Amtsgericht jenen Brief überwies, den er von Eulenburg vor zwei Monaten erhalten hat und der einen sehr gravierenden Charakter tragen soll. Wenn dieser von Eulenburg eigenhändig geschriebene Brief deutlich den Weisheit des Fürsten Eulenburg beteuert, wie die „W. Z. a. M.“ versichert, so hätte man sowohl Eulenburg wie dem begreiflicherweise erregten und wegen des vermeintlich unheimlichen Einflusses seines hochgeborenen Verführers nervösen, besorgten Zeugen Ernst die unruhigen Aufregungen einer Gegenüberstellung ersparen können!

Auch der Milchhändler Niedeck soll angeblich zur Konfrontation mit Eulenburg beordert worden sein. — In Starnberg selbst soll man an der Schuld Eulenburgs nicht zweifeln. Es sollen sich durch Briefe an Hensbiel freiwillig neue Befestigungszeugen angeboten haben. Der Gewährsmann der „Münchener Post“ erzählt über seine Unterhaltung mit dem Bürgermeister von Starnberg, der auf Anordnung des Oberstaatsanwalts Hensbiel die nächsten Erhebungen vorzunehmen hatte, das folgende:

„Ich habe, erzählte mir der Bürgermeister, nur die ersten Vernehmungen gepflogen; in der Gemeindefanzlei. Wir sind aber nicht darauf eingerichtet und darum hat jetzt das Bezirksamt die Sache übernommen. Für uns Starnberger war übrigens die Sache nicht neu, es wird ja hier seit Jahren davon gesprochen. Daß Ernst vor dem Münchener Schöffengericht die Wahrheit gesagt hat, davon sind wir alle überzeugt, wir haben gesehen, wie schwer es ihm geworden ist, vor Gericht auszusagen, aber gerade deshalb glauben wir, daß alles wahr ist, was er angegeben hat. Der Ernst tut uns nur leid; er ist ein angesehener Mann und jetzt ist er ganz auseinander.“

Offenlich bemüht man sich im Verlaufe des Verfahrens, nicht nur den Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg zu schonen, sondern auch den seiner Befestigungszeugen!

Die Obstruktionsarbeit der Duma.

Aus Petersburg, 2. Mai, wird uns geschrieben:

„Wir haben nun auch, wie ihr, ein Parlament nicht nur, sondern auch einen „Blod“ aus den exzentriscen Fronherren und den „liberalen“ Vertretern des großen Kapitals. Und die Kadetten, diese freisinnigen Rußlands? Formell gehören sie nicht zum Blod. Aber obwohl man sie mit Knutenstieben vom Regierungswagen wegtreibt, bemühen sie sich, wenigstens auf dem hinteren Wagenteil mitzufahren. Gestern haben sie in der Duma dem unermüdlichen Denker Stolypin eine unerwartete Ovation arrangiert; heute verzichten sie auf das Wort Konstitution, um ihre Vernünftigkeit zu demonstrieren; morgen bringen sie ihre ungenießliche Huldigung dem zarischen Minister des Aeußern. Und tagein, tagaus übernehmen sie bei der Beratung des Budgets die Verantwortung für die Ausgaben der Blutwirtschaft der regierenden Klasse. Die wilden Junken und die unerschämten Bureaucraten haben für diese Loyalität nur Hohn und Verachtung übrig. Zut nicht! Die „Demokraten“ bewilligen untertänigst der Regierung den Etat wie das Kontingent.“

Das Ministerium fählt sich jetzt auf dem Gipfel der Allmacht. Es hat die gehorfsamste Volksvertretung, die es nur wünschen könnte. Und wenn dieses elende Parlament sich einmal den Luxus erlaubt, in irgend einer Regierungsvorlage die unbedeutendste Aenderung anzubringen, um — nach dem Worte des russischen Dichters — selbst in der tiefsten Niederträchtigkeit die Schattierung des Edelsinnes zu bewahren —, dann hat das Ministerium immer die Würdenträger des Staatsrates zur Verfügung, um der Duma ihren wirklichen Platz im geschichtlichen Mechanismus zu zeigen.

Die Volksvertreter haben bisher stets nur eine Reihe kleiner, zusammenhangloser Regierungsvorschläge erledigt, die man ebenso gut der Kanzlei des Ministeriums des Innern hätte überweisen können. Die großen Probleme, die die Revolution schufen und näherten, hat die Duma noch gar nicht berührt: die Agrarfrage, die Arbeiterfrage, die Nationalitätenfrage, die politische Freiheit. Die herrschenden Parteien weisen diesen Fragen bewußt aus, nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie einfach nicht können. Die Dummheit ist eine aus der Revolution nicht geborene Koalition des Grundbesitzes und des Kapitals. Nur Abwehr, zur negativen Arbeit marschieren die Verbündeten Arm in Arm. Aber zum Schaffen, zur Lösung der großen sozialen und politischen Probleme sind sie so wenig befähigt, wie der reichsdeutsche Blod — zur Einführung der Vereinsfreiheit. Nirgends ist der Interessengegensatz zwischen dem Grundbesitz und der Industrie so scharf wie bei uns; denn diese hat die für ihre Entwicklung notwendigen Staats- und eigentumsrechtlichen Umwälzungen noch nicht durchgeführt. Diese Umwälzungen aber können zu einem großen Teile nur auf Kosten des privilegierten Großgrundbesitzes durchgeführt werden. Und wenn die nackte Angst vor der Revolution diese zwei besitzenden Schichten, die ihren Interessengegensatz noch im unmittelbaren Kampfe werden ausfechten müssen, zu einem

politischen Blod zusammenbringt, so muß jetzt — umgekehrt — der Stillstand der Revolution die Gegensätze zur Entfaltung bringen. Der Parlamentarismus — wie armselig er auch sein mag — bildet dazu die geeignete Arena. Die nichtige Kleinarbeit, mit der die Duma ihre Zeit verreibt, ist also nichts anderes, als eine Art Obstruktion gegen die Geschichte.

Es gibt nur ein großes Gebiet, auf dem sich die herrschenden Parteien — die Kadetten nicht ausgeschlossen — als Einheit fühlen oder wenigstens als solche erklären. Das ist die äußere Politik. Die Größe und die Stärke begeistert sie alle — von dem wahnwitzigen Pogrombegleiter Putschkewitsch bis zu dem ebensolchen Bewohner des Kreuzgefängnisses, dem Professor Mikulow. Und was das eigentümliche ist, das ist die Bereitwilligkeit, mit der das Ministerium des Aeußern der Duma seine „Pläne“ und „Aufgaben“ entwickelt, obwohl es dazu nach den Grundgesetzen gar nicht verpflichtet ist. Seine Erklärungen sind natürlich ganz inhaltslos und haben eine rein dekorative Bedeutung. Aber schon die bloße Tatsache, daß der Lenker der zarischen Diplomatie sich überhaupt dazu bequemt, die schäblichsten Bedenken der liberalen Opposition mit artifizierten Lauten zu widerlegen, ist ein „geschichtliches Ereignis“, in dem die Oktobristen und die Kadetten den Sieg der Idee der Volksvertretung erblicken.

Das wirkliche Resultat ist die Amurbahn.
Darum aber gerade die Amurbahn und nicht Unterseeboote oder eine Luftflotte, kann natürlich niemand erklären. Doch alle sind zufrieden: die Rechte, die Oktobristen, die Regierung, sogar die Kadetten, deren Mehrheit gegen die Bahn stimmt. Und sie haben alle ihre besonderen Gründe dafür.

Die Rechte wäre auch für eine Milchstraßenbahn zu haben; denn es ist doch bequemer, über die patriotischen Eisenbahnbauten als über die verdamnte Agrarfrage zu entscheiden. Außerdem verspricht ihr die Regierung auf Grund der nicht existierenden Forschungen ein kolossales Gebiet freien Grundbesitzes für die Grund und Boden fordernden Bauern. Man hofft also, die Agrarrevolution ganz einfach durch die Amurbahn aus dem europäischen Rußland zu exportieren.

Die Oktobristen sagen für ihre Person: neue Eisenbahnbauten bedeuten neue Anleihen, d. h. neues ausländisches Kapital für die nationale Industrie. Das Geld ist jetzt auf dem internationalen Markt sehr teuer. Nur der Staat hat die Möglichkeit, die notwendigen 500 Millionen Mark auch unter den schlimmsten Bedingungen zu bekommen, und dann unter den günstigsten Bedingungen den Großlieferanten und Bauunternehmern vorzuschicken. Also der Amurpatriotismus heißt neue Bestellungen und hoher Profit.

Eine große Weitsichtigkeit selbst vom Standpunkt der Industrie ist es jedenfalls nicht. Bedeutet es doch die Erholung der Industrie auch fernerhin, nur von der parasitischen Auszehrung des Staates zu erwarten, anstatt ihre Kräfte durch soziale und politische Reformen großen Stills zu befreien und zu entwickeln. Aber auf diesem Wege der Erweiterung des inneren Marktes wäre die Lösung der Agrarfrage die erste Etappe. Das hieße aber Enteignung des adeligen Grundbesitzes, entscheidendster Konflikt mit dem herrschenden Stande und der Bureaucratie und — die Revolution.

Dieser Weg ist nicht nur für die Oktobristen, sondern auch für die Kadetten absolut ungangbar. Und je mehr die Kadetten ihre Hoffnungen auf eine völlige Umwälzung der landwirtschaftlichen Verhältnisse aufgeben, desto mehr müssen sie auch darauf verzichten, die kulturelle Entwicklung des Landes auf die Ausbildung eines fräftigen Bauerntums zu gründen, desto leidenschaftlicher müssen sie die Verschönerung mit der alten Regierung anstreben und den Imperialismus als den einzigen Ausweg für die wirtschaftliche Fortentwicklung des Landes akzeptieren. Das ist die Erklärung, daß der ehemalige Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, Herr Peter v. Strube, jetzt den Leichnam des Panlawismus galvanisieren will und Mikulow innerhalb seiner Partei für die Amurbahn eintritt.

Dies ist die Lage: Die inneren Verhältnisse sind um kein Haar besser als vor der Revolution. Die Mehrheit der Duma treibt — in tiefstem Einverständnis mit der Regierung — ihre Obstruktions-Kleinarbeit, ohne zu wissen, was der nächste Tag bringen wird. Und über die großen, von der Revolution noch nicht gelösten Aufgaben will man durch patriotische Illusionen hinwegkommen. Diese Taktik hat — wie jede andere — ihre innere Logik. Der ideologische Imperialismus der Kadetten hat bei den Oktobristen und bei der Rechten sehr reelle Wurzeln. Und die Stimmung der herrschenden Parteien wird notwendigerweise die jetzt so behutsame Regierung beeinflussen, ihr „Mut“ verleihen und sie zu erneutem Klirren mit dem Welschäwert ihrer kriegerischen Macht provozieren. Das bedeutet aber, daß ein neues Abenteuer bei der Rußden- und Tzsimaregierung absolut nicht ausgeschlossen ist.

Die Liberalen hoffen, daß die dritte Duma sich „einleben“ wird. Sie glauben, daß jeder Tag, der glücklich vorübergeht, einen anderen glücklichen Tag in der Zukunft garantiert. Sie werden auch diesmal ihre Illusionen aufgeben müssen. In der Wirklichkeit steht die russische „Volksvertretung“ vor dem schicksalreichen Dilemma: entweder das Erwachen der tiefen Gegensätze innerhalb der Duma, der Versuch, diese Gegensätze auszutragen und als dessen Resultat die Auflösung oder aber das Zusammenhalten der zwei herrschenden Parteien durch den abenteuerlichen Imperialismus mit allen seinen Konsequenzen.

Die Revolution hat in beiden Fällen nichts zu verlieren. Gewinnen kann sie die Macht.

Aus dem Wahlkampf.

Bei der Wahl nicht zu vergessen!

Im Juli vorigen Jahres veröffentlichte das Fachblatt der christlichen Metallarbeiter eine Zusammenstellung der Lebensmittelpreise und schloß daran folgende Bemerkungen:

„Also Preiserhöhungen auf der ganzen Linie! Selbstredend leiden hierunter in erster Linie die Angehörigen der minderbemittelten Stände, Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte. Für letztere ist nun zum Teil (aber nur sehr zum Teil“, Red. d. „W.“) durch Behaltenerhöhung respektive Lohnerhöhungen der schlimmste Mißstand beseitigt worden, wogegen die Arbeiter, Handwerker und Privatbeamten durchweg die Löhne allein zu tragen haben. Wenn mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebensmittel die Arbeiter einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen fordern, dann wird aber die Begehrlichkeit der Arbeiter losgerissen.“

Weiter schrieb damals das christliche Blatt: „Wenn durch die immer schärfere Anspannung der Steuer-Schraube etwas mehr herausgepreßt wird, dann heißt es sofort: Die Lage der Arbeiter ist geistiger, sie haben so und so viel Mehreinnahmen erzielt.“ Wer obige Zahlen aufmerksam liest, wird zugeben müssen, daß selbst da, wo eine kleine Lohnerhöhung eingetreten ist, diese durch Steigerung der Lebensmittelpreise und aller sonstigen Bedarfsartikel längst aufgewogen worden ist.“
Das war also nach dem Urteil eines sehr „staats-erhaltenden“ Arbeiterblattes die Lage im vorigen Sommer.

Daß sie seither sich nicht gebessert, vielmehr noch verschärft hat, weiß jedermann.

Nun hat freilich der preussische Landtag direkt mit diesen Dingen nichts zu tun. Desto mehr aber indirekt. Denn nur politische Ränder können heute noch glauben, daß die Machtverhältnisse im Landtag ohne Einfluß seien auf die im Reich. Im Gegenteil, diejenigen Parteien, die uns die Lenkung bescheert haben, nämlich Konervative und Zentrum, haben die Wurzeln ihrer Macht im Landtag. Sind sie hier entwurzelt, ist hier ihre Macht gebrochen, dann können sie auch im Reich nichts Böses mehr tun. Deshalb muß ihnen der Kampf gelten. Ebenso aber auch den Leuten, die unter dem Deckmantel freier Redensarten sich zu Handlangern und Helfershelfern dieser konservativen Politik hergeben, und die noch obendrein die ersten sind, bei jeder Lohnerhöhung mit Forderung über die Begehrlichkeit der Arbeiter“ herzufallen, d. h. den Liberalen und Freisinnigen aller Schattierungen.

Freisinnige gegen den Schein-Freisinn.

Der sozialliberale Verein Berlin (demokratische Vereinigung) richtet „an die Freunde der bürgerlichen Demokratie“ einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

Die bürgerliche Blodpolitik ist dem Freisinn zum Verhängnis geworden. Der Blodfreisinn hat alle Gelegenheiten, sich durchzusetzen, verpaßt... Die Freisinnigen haben sich als gefällige Soldaten in das Blodheer einreihen lassen. Von oben hat der Freisinn nichts mehr zu erwarten, weil er sich zu nachgiebig gezeigt hat. Nach unten hat er an Popularität und Zugkraft eingebüßt. Die Blodpolitik hat auch zur Verjüngung der preussischen Wahlreform geführt. Flauer als je droht der Wahlkampf zu verlaufen. Für ehrliche Demokraten hätte es nur eine Wahlparole geben dürfen: Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Preußen! Statt dessen Kompromisse kompromittierender Art, um hier und da ein Mandat zu ergattern, Kampf gegen die zuverlässigsten Wahlrechtsfreunde, Bündnisse mit den Wahlrechtsfeinden bis zur äußersten Rechten hin! Ein schmachliches Schauspiel!

Das moralische Ansehen des Freisinns hat durch die Preisgabe des Grundgesetzes der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit und durch die Verkümmern des Koalitionsrechtes auf schwerste gelitten. Seine weitere Entwicklung nach rechts scheint unaufhaltsam. Die zuverlässigen demokratischen Elemente werden abgestoßen. Die Brücken zur Arbeiterklasse sind abgebrochen. Die Zahl der sozialdemokratischen Mitläufer schwillt wieder an. Die politische Gleichgültigkeit in den bürgerlichen Kreisen nimmt überhand.

Solange die Blodpolitik andauert — und ihr Ende ist jetzt nicht abzusehen — ist von den freisinnigen Fraktionen keine demokratische Politik zu erwarten. Nichts aber braucht gerade Deutschland dringender als demokratische Politik. Seine übermächtige Reaktion kann nur dann gestürzt werden, wenn Bürger und Arbeiter sich auf ihre gemeinsamen Interessen besinnen. Das Juntertum weiß, was ihm gefährlich werden kann. Darum sein Haß gegen die christlichen Demokraten. Darum seine zarte Fürsorge für den Blodfreisinn.

Tiefe prinzipielle Gegensätze Klassen zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie. Aber sie stehen jetzt nicht zur Entscheidung. Erst muß der gemeinsame Gegner niedergeworren sein.“

Bei der bevorstehenden Landtagswahl wird sich ja zeigen, wie zahlreich die „Freunde der bürgerlichen Demokratie“, die wahrhaftig Liberalen noch sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai 1908.

Eidhoffs Rettung.

Um Haarsbreite wäre es um Eidhoff, den Protegé der Bilow und Reim, geschehen gewesen. Das kam so: Auf der Tagesordnung des Reichstags standen die noch unerledigten Wahlprüfungen und Petitionen. In letzteren kam das Haus nicht mehr, denn die Wahlprüfungen nahmen nicht weniger als 8 Stunden in Anspruch und davon entfiel wieder voll die Hälfte auf Eidhoffs Wahl in Reimscheid-Rempe-Wettmann.

Die Blodmehrheit der Wahlprüfungs-Kommission hatte Gültigkeit der Wahl beantragt. Das Zentrum wollte jedoch weitere Vereinerbungen über die besappten amtlichen Wahlbeeinflussungen haben, und die Sozialdemokratie behauptete noch außerdem, daß auch der Generalmajor Reim über seine Aktion zugunsten Eidhoffs eidlich vernommen werden sollte.

Ueber diese Fragen entspann sich ein heftiger Redekampf, an dem sich für die Zentrumsparthei Gröber und Wellstein, für die Blodparthei der Nationalliberale Dr. Heinge, der freikonservative v. Deryn und die freisinnigen Wiemer, Müller-Fierlohn und Mugdan beteiligten, während für die Sozialdemokratie der Genosse Fischer wiederholt nachdrücklich in die Debatte eingriff. Nichts erschien den Freisinnigen und ihren Blodbrüdern harmloser als die Wahlbeeinflussungen des Reichskanzlers zugunsten Eidhoffs. Ihr böses Gewissen zeigte sich aber darin, daß sie es krampfhaft ablehnten, durch Vereinerbungen feststellen zu lassen, ob wirklich die Wahlbeeinflussungen einen amtlichen Charakter getragen haben. Im Laufe der Debatten, die, wie immer bei Wahlprüfungen, einen leidenschaftlichen Charakter annahmen, entschloß sich der Dr. Mugdan, als er eine seiner plumpen Attacken auf die Sozialdemokratie machte, ein interessantes Eingeständnis. Auf den Vorwurf, daß in Wahlrechtsfragen wie in manchen anderen Dingen die freisinnige Partei ihre früheren Grundsätze verleugne, erwiderte er: „Als wir unsere früheren Grundsätze noch hatten, wurden wir von der Sozialdemokratie genau so angegriffen.“

Bisher bestritten die Freisinnigen noch stets, ihre Grundsätze aufzugeben zu haben. Sie werden auch, Herr Mugdan voran, sich eifrig bemühen, das Mugdanische Eingeständnis hinwegzudeckeln. Aber gelagt bleibt gelagt.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit Stimmengleichheit (142 gegen 142 Stimmen) abgelehnt. Knapper konnte der biedere Eidhoff der erzwungenen Aussage des Generals Reim nicht entkommen. Ebenso wie bei dieser Frage stimmten außer der Sozialdemokratie Zentrum, Polen und Antisemiten nachher gegen die Gültigkeit, die mit nur 147 gegen 143 Stimmen angenommen wurde. Dieses für Herrn Eidhoff höchst blamable Resultat wurde von dessen Parteifreunden mit einem Bravo der Erleichterung begrüßt.

Für die unangenehmen Stunden, die die Freisinnigen bei dieser Debatte hatten durchmachen müssen, nahmen sie in ihrer Art Revanche, indem sie schließlich gegen die Wahl unserer Genossen Schwarz-Büchel Vereinerbungen

Wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten beantragten, trotzdem diese Punkte durch Erhebungen der Lübecker Regierung bereits hinreichend aufgeklärt waren. Der Bloß hielt indes gegen die Sozialdemokratie natürlich zusammen und so wurde der Antrag angenommen.

Bei Festsetzung der Tagesordnung beantragte Genosse **W e b e l**, daß auch die Petitionen noch vorgenommen werden sollten, da das Haus den Petenten mehr Rücksicht schuldig sei. Er betonte dabei scharf, daß überhaupt die Ueberhaftung der Geschäftserledigung, deren der Reichstag sich leithin schuldig gemacht habe, nicht länger fortgesetzt werden dürfe. Die Mehrheit zog es indes vor, die Beratung der Petitionen bis zum Herbst zu vertagen. —

Vertagung des Reichstags.

Am Donnerstag oder Freitag wird der Reichstag bis zum 20. Oktober vertagt werden. Es besteht jedoch nicht die Absicht, schon im Oktober die Plenarberatungen wieder aufzunehmen, vielmehr wird die erste Plenarsitzung erst am Dienstag, den 3. November, stattfinden. In der Zwischenzeit wird nur die Kommission zur Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungs-Novelle aus paar Sitzungen abhalten. Ganz ähnlich war es schon im Jahre 1890. Auch damals war der Reichstag auf den 3. November vertagt, trat aber erst am 25. November zusammen und ließ inzwischen die Gewerbeordnungs-Kommission arbeiten. Eine Schwierigkeit bietet für die Zeit, in der das Plenum noch nicht zusammengetreten ist, die Frage des Erfolges auscheidender Kommissionsmitglieder. 1890 hatte die Kommission beim Reichstage den Antrag gestellt, den Präsidenten zu ernennen, Erfahrungsmitglieder zu ernennen. Diesmal hat der Präsident selbst die Absicht, sich vom Hause eine solche Ermächtigung zu erbitten.

Woju der Lärm?

In der „Freisinnigen Zeitung“ beäussert sich ein dem Mandat der Freisinnigen Volkspartei im 12. Berliner Landtagswahlkreis „nabestehender“ Herr darüber, daß er nicht mehr seinen Namen unter den freisinnigen Wahllisten setzen könne, denn ohne sein Zutun hätten die Nationalliberalen seinen Namen unter ihren Aufruf gesetzt. Wir können die moralische Entrüstung des Biemerblattes nicht recht verstehen. Bei der seelischen Ueberstimmung der Liberalen mit den rechtsstehenden Parteien ist es doch schließlich ganz gleichgültig, ob der Name eines Blockliberalen zufällig unter einen nationalliberalen oder konservativen Wahlaufsatz gerät.

Der Mißerfolg des Sozialliberalismus.

Man schreibt uns: Es war vor fünfzehn Jahren, im Jahre 1893, als der Privatdozent Dr. Jastrow eine Schrift erscheinen ließ: „Sozialliberal. Ein Wort zu den Landtagswahlen.“ Die Reichstagswahlen 1893 waren vorüber, sie hatten beiden Richtungen des Freisinn eine zerschmetternde Niederlage gebracht. Nun standen die preussischen Landtagswahlen vor der Tür, und obwohl sie unter einem ganz anderen Wahlsystem stattfanden, so war doch eine abermalige Niederlage des Freisinn sicher. Die Frage, wie man dem Freisinn wieder auf die Beine helfen könne, war einigermassen brennend. Dr. Jastrow forderte nun, daß der Freisinn sein altes Mandatstertium ausbeute und sich ein sozialistisches Reformprogramm zulege. Hieron erhoffte er Regeneration und erneuten Aufschwung des gesamten Liberalismus. Allein sein Bedruef begreift geringem Verständnis bei den Freisinnigen, und am allerwenigsten war ihr Führer, Eugen Richter, geneigt, sich Jastrows Mahnrufen zu Herzen zu nehmen. Er hob alle Schuld an der Niederlage des Freisinn auf die schändliche Sozialdemokratie, die durch ihre Aufrütre das Bürgertum geschwächt habe. Auch der größte Teil des übrigen Freisinn verhielt sich entweder ablehnend oder gleichgültig zu Jastrows Reformplänen, und nur einige wenige „Ideologen“ stimmten ihm entschieden zu.

Indessen, auf einen Hieb fällt kein Baum, sagten sich die Jünger des Sozialliberalismus, man muß sich auf jahrelange Arbeit gefaßt machen, die Zukunft wird die Früchte bringen. Und sie gingen an die Arbeit. Seitdem sind fünfzehn Jahre verfloßen, wir schreiben 1908, und wieder stehen wir vor preussischen Landtagswahlen. Wie steht es heute mit der sozialpolitischen Verjüngung des Freisinn? Was haben die Agitatoren des Sozialliberalismus in dieser Zeit erreicht? Die Antwort ist in Frankfurt gegeben worden! Dr. Warth und seine Freunde sind zu der Erkenntnis gelangt, daß sie in all den Jahren den Stein des Sisyphus gewälzt haben. Ueberzeugt von der völligen Fruchtlosigkeit aller ferneren Bemühungen sind sie aus der Freisinnigen Vereinigung, d. h. aus dem Teil des Freisinn, den man bisher noch für den sozial fortschrittlichsten hielt, ausgetreten. Gewiß hat sich der Freisinn allerdings etwas, aber in welcher Richtung? Sein linker Flügel hat die Opposition gegen die schrankenlosen Militär- und Marineforderungen und die Kolonialpolitik aufgegeben. Und in sozialpolitischer Hinsicht ist er so weit, daß er es den Arbeitern verweigert, wenn sie durch Genossenschaften und Konsumvereine ihre Lebenshaltung verbessern wollen! Das Koalitionsrecht hat er soeben erst beschneiden helfen! Daß in einer solchen Partei, zu deren geistigen Führern ein Fischbeck zählt, für Leute, die politischen und sozialen Fortschritt fördern wollen, kein Platz ist, ist selbstverständlich. Das gilt von allen drei freisinnigen Fraktionen. Offenlich sehen die bisher noch freisinnigen Arbeiter ebenfalls ein, daß auch für sie es höchste Zeit ist, den liberalen Kapitalisten und Spieghelklingel unter sich zu lassen!

Freisinnige Praktiken.

Die freisinnige Reichstagsfraktion hat die Grundlosigkeit und den Randatschunger zum Prinzip erhoben. Dies zeigte die Wahlprüfungsbedatte am Mittwoch, insbesondere die Furcht vor der Markierung, welche amtliche Wahlbeeinflussung im Fall Vichhoff getrieben ist, auch dem Mindesten klar. Die unlauteeren Mittel, die der Freisinn gebrauchte, um mit Stimmengleichheit der Feststellung der Wahrheit zu entgehen und mit einer kläglichen Mehrheit von drei Stimmen das Eichhoffsche Mandat von General Reims und Willovs Gnaden zu retten, zeigt der Parlamentsbericht. An dieser Stelle möchten wir eine Unwahrheit festnageln, mit der Abg. Mugdan operierte, um das Eichhoffsche Mandat zu retten. Genosse Fischer hatte dem bloßen Entwurf gegenüber, die Sozialdemokraten hätten doch nicht von Amt wegen die angebliche offizielle Wahlbeeinflussung zugunsten Sabors im Jahre 1884 gerügt. Damals soll Sabor mit Hilfe der Konservativen und Nationalliberalen gegen den liberalen Sonnenmann in der Stadtwahl deshalb gewählt sein, weil auf Anfrage bei Wismar telegraphiert sei, der Kaiser wünscht die Wahl Sabors. Genosse Fischer erwiderte u. a., das wäre ja schon deshalb nicht gegangen, weil kein Protest vrelag. Darauf stellte sich der Abgeordnete Mugdan so, als ob er die Wahlakten jener Zeit studiert habe und behauptete, es sei entgegen Fischers Behauptung ein Wahlprotest gegen Sabors Wahl eingereicht. Diese Behauptung des Abgeordneten Mugdan war eine Fälschung des wirklichen Sachverhalts. Die stenographischen Berichte und Akten des Reichstages ergeben, daß gegen die Wahl Sabors ein Protest nicht eingelegt war: sie wurde am 27. November 1880 für gültig erklärt. Mugdan mußte wissen, daß der Protest, auf den er sich bezog und den er in Händen hatte, sich auf die Kurie Reichstagswahl 1887 bezog. Damals hatte Regler 9000, Sabor 8640, Sonnemann 7081 Stimmen erhalten. Bei der Stadtwahl siegte Sabor mit Hilfe eines Teils der Sonnenmannschen Stimmen über Regler. Der Protest behauptete lediglich, die Wahlgatteln seien ungewöhnlich groß gewesen, auch sei Sabor als „Lehrer“, nicht

als „Lehrer a. D.“ bezeichnet worden. Den albernem Spott der wahl der Reichstag einstimmig am 23. Mai 1887. Das Eichhoffsche anrühige Mandat ist also mit Mühe und Not durch die plumpe Fälschung des Abgeordneten Mugdan gerettet. Selbst einen konservativen Abgeordneten dürfte das Reinlichkeitsgefühl abhalten, ein so erschickenes Mandat beizubehalten.

Duellunfug im preussischen Kulturstaat.

Vor der Strafkammer in Hirschberg hatte sich gestern der Geh. Regierungsrat und Rittergutsbesitzer Robert Schulz-Riborn wegen Beleidigung zu verantworten. Als Besitzer des Gutes Leipa (Kreis Rothenburg, Oberlausitz) war er zugleich Ortsvorsteher des dortigen Gutsbezirks, zu dem auch eine Ziegelei gehörte, deren Eigentümerin die Frau des damals in Koblenz stehenden Hauptmanns Klebs war. Im Juni 1906 richtete der Ortsvorsteher die läßliche formularmäßige Aufforderung an den Hauptmann, den auf die Ziegelei entfallenden Anteil an den Beiträgen zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu zahlen. Der Hauptmann erkannte die Forderung nicht an und richtete an Schulz einen Brief, in dem er von oben herab sich über die Art der Aufforderung äußerte, und es als eine Beleidigung bezeichnete, daß Schulz die Aufforderung durch einen Schreiber hätte ausfertigen lassen. Die Folge war ein beiderseitiger großer Briefwechsel, bis schließlich der allem Anschein nach etwas nervöse Hauptmann eine Ehrenerklärung von dem Geheimen Regierungsrat verlangte. Das lehnte dieser ab, und nun wandte sich der Offizier an den Ehrenrat seines Regiments. Sofort trat dieser Ehrenrat in Aktion und forderte wiederum eine Ehrenerklärung für den gekränkten Hauptmann. Dem Herrn Schulz kam diese Ehrenerklärungsbegehre komisch vor; er antwortete nicht. Darauf erhielt er am 31. August 1906 eine Depesche des Bezirkskommandos, er solle in Mobilmachungsfragen (!) angeben, ob er in einem Militärverhältnis gestanden habe, was der Geheimrat mit einem „Nein“ beantwortete. Schließlich erhielt der 64-jährige Geheimrat von dem Hauptmann Klebs durch den Bezirksoffizier und Hauptmann Degner in Kuslau eine Forderung auf Pistolen gestellt. Hierauf sandte der Geheimrat dem Hauptmann Degner einen Brief, der folgende Stellen enthielt:

„Ich habe keine Zeit, mich mit dieser verbotenen Spielerei zu befassen. Sagen Sie Ihrem Kameraden, um den ich Sie übrigens nicht beneide, er hätte mit seiner Forderung eher kommen müssen, als ich Primaner oder Student war, da hätte ich vielleicht noch die Jugendfeier gemacht. Wenn ich mich hätte mit jedem ... (siehe wollen, der sich in meiner vierzigjährigen Dienstzeit durch eine amtliche Handlung von mir gekränkt fühlte, dann hätte ich in meinem Leben schon viel Lächer in die Luft schießen müssen. Die Institution des Ehrenrats ist der Gipfel des Lächerlichen. Der Ehrenrat umgibt nur für Narren eine Forderung mit einem Rimbuss. Ich als alter Mann habe nur ein mitleidiges Nachsehen für derartige Jugendposen und alle, die daran teilnehmen. Die Forderung ist wieder ein Vemeid von den beim Militär herrschenden perversen Ehre- und Rechtsbegriffen. Mit der Depesche hat das Bezirkskommando direkt die Unwahrheit gesagt, denn es handelte sich nicht um Mobilmachungsfragen, sondern um den Ehrenhandel. Mit der für Sie geltenden Wertschätzung...“

Dieser Brief fand bei den beiden Hauptkenten natürlich kein Verständnis. Sie klagten auf Beleidigung und die Gekränkter Strafkammer erkannte auf 400 R. Geldstrafe. Da aber das Gekränkter Gericht den Angeklagten nicht den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen hatte, hob das Reichsgericht auf die Revision des Angeklagten hin das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Hirschberg, das gestern die Beleidigung der beiden Hauptleute durch eine Geldstrafe von 100 R. für gefaßt erachtete.

Eine höchst sonderbare Beleidigungsgeschichte, die wiederum dem Ausland ergiebigen Stoff zum Nachdenken über preussisch-militärische Ehre begriffe bieten wird. Dem Herrn Hauptmann Klebs geschickte natürlich wegen der Aufforderung zum Duell nichts. Vielleicht erinnert ihn sogar die „Kreuz-Zeitung“ zu ihrem politischen Mitarbeiter, damit sie, wenn der Major v. Kaldstein in die himmlischen Gefilde zum seligen Hammerstein übersiedeln sollte, für diese schändlichen Taten einen vollgültigen Ersatz hat. —

Der Volksverein für das katholische Deutschland.

Die bekannte Zentrumsorganisation in München-Grabbach zählte Ende 1907 nach den jetzt veröffentlichten Ergebnissen 584 278 Mitglieder, gegen 524 666 zu dem gleichen Termin im Vorjahre, was eine Zunahme von 59 500 bedeutet. Weit mehr als die Hälfte der Mitglieder entfällt auf die beiden katholischen Provinzen im Westen, nämlich 208 214 auf Rheinland, 129 292 auf Westfalen. Die nächstbeteiligten Gebiete sind Bayern mit 37 204, Baden mit 34 878, Württemberg mit 30 453, Reichslande mit 28 825, Schlesien mit 26 346, Nassau mit 26 101 und Hannover mit 24 118 Mitgliedern. Die übrigen Länder und Provinzen haben alle unter 10 000 Mitglieder. Die Hauptstärke des Volksvereins liegt im Westen und Süden.

Der württembergische Landtag

Ist am Montag zu einer Tagung zusammengetreten. Die sozialdemokratische Fraktion hat sofort eine Interpellation eingebracht, die eine Anfrage an die Regierung richtet, wie sie sich zu den verschiedenen Auslassungen des Reichskanzlers Fürsten Bälow über das Reichstagswahlrecht stellt. Die Fraktion wird weiter sofort einen Antrag einbringen, der bezweckt, für Württemberg die seitigeren Freiheiten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens auch unter der Gültigkeit des neuen Reichsvereinsgesetzes soweit als irgend möglich sicherzustellen.

Das neue Vereinsgesetz in Elsaß-Lothringen.

Das reichslandische Ministerium hat eine Verordnung zur Ausführung des Vereinsgesetzes erlassen, aus der folgende Bestimmungen Beachtung verdienen: Der in § 5 des Gesetzes vorgeschriebene Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die unter bestimmter Angabe der Zeit und des Ortes mit der Unterschrift des Veranstalters durch Anschlag in ortsbildlicher Weise oder in zwei am Versammlungsort verbreiteten Zeitungen mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn bekannt gemacht worden sind. Für öffentliche Aufzüge ist die vorgeschriebene Anzeige von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vorher zu erhalten. Wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist, kann der Aufzug von den Behörden untersagt werden. Das wird natürlich bei sozialdemokratischen Aufzügen immer geschehen. Bei den Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen ist der Mißbrauch der französischen Sprache allgemein zulässig. Ausnahmen bezüglich des Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen kann der Bezirkspräsident zulassen. Das Sprachenverbot richtet sich im Reichsland also gegen die vielen Italiener im lothringischen Gebiet.

Frankreich.

Wahlresultate.

Paris, 5. Mai. (Fig. Ver.) Die vom Lande einlaufenden Meldungen lassen die von der Regierungspresse ausgesprochene „Zurückweisung“ des Sozialismus immer mehr als eine trügerische

Verdrehung des wirklichen Sachverhalts erscheinen. In unzähligen Gemeinden, darunter auch ganz ländlichen, ziehen zum ersten Male sozialistische Gemeindevorsteher ein. Besonders im Norden ist das Wahlresultat für die geeinigte Partei durchaus günstig. In Lille haben unsere Genossen gegen die letzte Gemeindevwahl 4000 Stimmen gewonnen. Die Wiedereroberung des Stadtkonvents ist sehr wahrscheinlich. Ebenso gut sind die Aussichten in Roubaix, wo doch, wie die internationale Verleumdungspresse unzählige Male behauptet hat, die sozialistische Verwaltung seinerzeit so schändlich Fiasko gemacht haben soll. In Fournies, der durch den Arbeitermord von 1891 so traurig berühmten Bergarbeitergemeinde, sind drei Sozialisten im ersten Anlauf gewählt; die Entscheidung zwischen den anderen Kandidaten der Partei und den Progressisten liegt bei den Radikalen.

Im Süden ist besonders die Eroberung von Nimes bedeutungsvoll. Daß Loulon behauptet wurde, ist eine besondere Niederlage für Clemenceau, der sein Senatsmandat aus dem Departement hat.

Das Wahlergebnis in der Pariser Vorstadt ist weniger zufriedenstellend. Drei Gemeinden wurden von der Partei behauptet, dagegen Jorh an den Anhang des aus der Partei ausgeschlossenen Deputierten Courent verloren. Inbes kann man hier nicht von einer Niederlage des Sozialismus sprechen, da durchaus lokalpolitische Momente im Spiel waren.

Ebenso wenig kann man die Stärke der Partei an den Ergebnissen von Paris messen, wo die Bezirksmeierei immer sehr stark mißspielt. Die Zahl der wiedergewählten Genossen beträgt sieben.

In den Stadtwahlen sind vier Genossen mehr oder minder bedroht, da der radikalsozialistische Verband des Seine-Departements in ihren Bezirken seine Kandidaturen aufrechterhält. In drei Bezirken haben sich die radikalsozialistischen Kandidaten zugunsten der Sozialisten zurückgezogen. Es ist wahrscheinlich, daß auf diese Art das Viertel Saint-Gervais, wo Gen. Besonnes seine Stimmengahl gegen das letzte Mal sehr gesteigert hat, der Partei zu fallen wird. —

Belgien.

Die Kaiserfeier.

Brüssel, 2. Mai. (Fig. Ver.)

Die Kaiserfeier, längst ein fester Bestandteil der belgischen Arbeiterfeier, ist auch heuer wieder unter imposanter Beteiligung aller Arbeiterkreise und mit dem fröhlichen Festesglanz, der ihr hierzulande anhaftet, begangen worden. Selbstverständlich trat auch das politische Moment der Gegenwart, die Kongoprozesse und die Wahlen, in den Versammlungen und Ansprachen der Festzüge gebührend hervor. Brüssel selbst stand sichtlich im Zeichen der Arbeitsruhe. Insbesondere die Metallarbeiter, Bauarbeiter und Buchdrucker stellten ein starkes Kontingent zu dem Festzuge, der für Stunden das Stadtbild beherrschte und wie alljährlich mit seinen bunten Fahnen, Standarten und zahlreichen Musikkorps ein festliches und dekoratives Gepräge bot. Das „Maison du Peuple“ war bis Mitternacht prächtig beleuchtet. Vom Balkon des „Maison du Peuple“ hielt Vandenvelde vor der 5000köpfigen Menge eine zündende Ansprache, in der die Stellen gegen den Kongovertrag und gegen die Ausbeutung der Neger besonders allammiert wurden. — Auch die Kororte und die Provinzarbeiter, insbesondere in den Kohlenrevieren, in Antwerpen, im industriereichen Verbiers und in Lüttich und in Gent feierte durch Demonstrationen und Versammlungen den Tag der Arbeiteridee. Ueberall gab es Festzüge und Musik, und allwärts schritten Frauen und Kinder, gewöhnlich im Zeichen der roten Farbe, mit im Zuge durch die Stadt. Am herbortragendsten war die Arbeitsruhe unter den Bergarbeitern, die sich zu Tausenden an den Demonstrationen beteiligten. Bemerkenswert war auch die Kaiserfeier in dem gemeinschaftlich ansschwingenden Verbiers, wo trotz der durch die Krise beschworenen ungeheuren Arbeitslosigkeit und des Drucks, den die Fabrikanten auf die derzeit Arbeitenden üben, die Demonstration von imposanter Wirkung war. Die meisten Industrien standen still und Stadt und Umgegend standen im Zeichen des Arbeiterfestes, das seine Apotheose auf offenem, fahnendurchfluteten, festlich beleuchteten Marktplatz fand, auf dem eine 300köpfige Sängerschär ihre Gesänge erschallen ließ. — Im Gegenzug zur Stadt Brüssel hatten viele Provinzschulen geschlossen. In der Kammer hatten die Sozialdemokraten verlangt, daß am 1. Mai keine Abstimmung erfolgen solle, welchem Ansuchen das Haus auch zustimmte. — Die Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Vereins in Brüssel beteiligten sich vormittags an der Versammlung der Arbeiter. Abends fand eine Festversammlung, vom Arbeiter-Verein veranstaltet, statt, in der eine Resolution angenommen wurde, die die Rechte und Bedürfnisse des Proletariats aussprach und in der auch gegen die Entrechtungspraktik der deutschen Regierung gegen die deutschen Arbeiter protestiert wurde. — Ueberblick man die Verhältnisse, dann erkennt man unklar, daß der 1. Mai für Belgien immer mehr zu einem Fest für die Arbeiter wird, an dem die menschliche Erhebung und die politische Demonstration gleichen Anteil haben.

Ein Erfolg der Opposition.

Die Regierung wird ihre ursprüngliche Absicht, die Annexion des Kongo nach vor den Wahlen bei der Kammer durchzuführen, nicht erreichen. Die sozialistische Opposition hat ihr das Spiel verboden. Die Kammer beschloß heute, die Session Freitag zu schließen. In diesem Monat noch werden die Kewahlen stattfinden, der sich die Hälfte der Abgeordneten unterziehen müssen. Die Kongovorlage wird damit zur Wahlparole, was eben die Regierung zu vermeiden wünschte. Die Kammer soll dann am 2. Juni zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden, woher die Kongodebatte ihren Fortgang nehmen wird.

Spanien.

Unterdrückung der Presse.

Madrid, 6. Mai. Die Berleger und Direktoren von elf Tageszeitungen hielten gestern eine Versammlung ab, um Schritte zu beraten, wie die Annahme des Sprengstoffgesetzes zu hinterziehen sei. Dieses Gesetz wird von dem größten Teil der Presse als ein Attentat gegen die Persönlichkeitsrechte und gegen die Pressefreiheit betrachtet. Es ist beabsichtigt, ein Verteidigungskomitee zu bilden und die Provinzpresse um Unterstützung zu bitten. Es ist auch eine parlamentarische Gruppe in der Bildung begriffen, welche diesen Kampf der Presse unterstützen wird. Inzwischen dauern die Verhaftungen von Journalisten fort. Als letzter wurde der Direktor vom „Pais“ verhaftet wegen Abdrucks eines Artikels des Sozialisten Iglesias.

England.

Ein liberaler Mißerfolg.

In Ost-Wolverhampton hat am Dienstag die Erwahl für das Unterhaus stattgefunden, die durch die Berufung Sir Robert Howles ins Oberhaus notwendig geworden war. Howles hatte den Bezirk 13 Jahre lang vertreten und der sich galt für die Liberalen als sicher. Um so schwerer wird es von ihnen empfunden, daß der liberale Kandidat Thorne nur mit 4514 Stimmen gegen den konservativen Amery, der 4506 Stimmen erhielt, gewählt worden ist. 8 Stimmen Majorität gegen 2865. Der Liberale hat gegen die Hauptwahl 1906 Stimmen verloren, der Konservative 1781 gewonnen.

Amery hatte die Tarifreform zur Wahlparole gewählt; anherdem stimmten für ihn über 1000 katholische Wähler, um so noch der

Beifugung des Bischofs von Birmingham gegen das Unterrechtsgesetz zu demonstrieren.

Den Konservativen kam auch die wirtschaftliche Depression zu Hilfe, die sich in diesem industriellen Wahlkreis stark fühlbar macht. Die „schwere Eisenindustrie“ Wolverhamptons, die nur Halbzeug produziert, ist der deutschen Konkurrenz ausgesetzt. Die Blechwalzwerke bearbeiten nicht nur statt des lokalen Roh Eisens importierte (belgische) Stahlstäbe, sondern sind zum Teil, eben weil sie ihr Material vom Ausland beziehen und ihr Produkt exportieren, nach anderen Teilen Englands, an die Küste, ausgewandert. Eine lokale Kleinindustrie, die Erzeugung von Schloßern, geht jetzt durch eine böse Zeit: Verdrängung der Handarbeit durch Maschinenarbeit, Abfahrtschwierigkeiten in Amerika, Konkurrenz der Auslandsware nicht so sehr in England selbst wie auf den Exportmärkten. Dieser und einer anderen lokalen Industrie (Erzeugung von Drahtschlägen) suchten die Konservativen nicht so sehr den Schutz an und für sich, als die Sicherung der Kolonialmärkte durch ein System gegenseitiger Vorzugsbehandlung anzupreisen und sie scheinen damit ziemlichen Erfolg gehabt zu haben.

Die Nachwahl zeigt auch, wieviel der Arbeiterpartei noch zu tun bleibt. In diesem reinen Arbeiterbezirk wurde nicht einmal eine Arbeiterkandidatur versucht, obwohl in dem einen der drei Wahlkreise Wolverhamptons 1906 ein Arbeiterabgeordneter gewählt worden ist.

Für die Liberalen aber bedeutet der Wahlausfall, um mit den „Daily News“ zu sprechen, den schwersten Schlag, den die Regierung erlitten hat. Zeigt er doch den Stimmungsumschlag, der sich im Lande zugunsten der Konservativen vollzogen hat. Unter solchen Umständen hat die liberale Regierung nicht mehr das nötige moralische Gewicht, um den Widerstand zu brechen, den das konservative Oberhaus ihrem Reformprogramm jetzt mehr als je entgegenzusetzen wird. Fast will es scheinen, als seien die Tage der liberalen Herrschaft in England gezählt.

Die Wagdabbahn.

London, 5. Mai. Im Unterhaus fragte Lees (L.), ob von Seiten der Türkei neue Verhandlungen eingeleitet worden seien betreffend starke finanzielle Verpflichtungen für drei neue Teilstrecken der Wagdabbahn, und ob, wenn dem so sei, die englische Regierung gewillt sei, ihre Zustimmung zu der dreiprozentigen Vollziehung fortzusetzen zu lassen, mit der nicht die Absicht verbunden gewesen sei, Mittel für einen solchen Zweck zu verschaffen. Er erhielt die Antwort, er habe von der Nachricht gehört, daß Verhandlungen wegen weiterer mit der Wagdabbahn in Verbindung stehender Vorhaben im Gange seien. Eine Bedingung für die Zustimmung zu der Vollziehung sei gewesen, daß die Einnahmen daraus für Magazine nicht vorbehalten würden. Er habe keinen Grund anzunehmen, daß diese Bedingung nicht beachtet würde. Die Frage eines Verzichts auf diese Bedingung sei an die Regierung nicht herangetragen.

Rußland.

Ein Attentat.

Coronesch, 6. Mai. Als der Gouverneur von B. ronesch Bibikow mit seiner Gemahlin nach einem Kloster fuhr, wurde eine Bombe unter ihren Wagen geworfen, deren Explosion den hinteren Teil des Wagens zerstörte. Der Gouverneur und seine Gemahlin wurden durch Wundensplitter verletzt, die unbekannte Frau, die die Bombe warf, gleichfalls verwundet.

Gegen die Genossenschaften.

Petersburg, 8. Mai. In Moskau wurde der Kongress der Kooperativ-Organisationen, welche sich gegenwärtig allgemeiner Beliebtheit auch bei der Landbevölkerung erfreuen, geschlossen, weil die Behörde Debatten über die Frage, wie der Zentralverband aller kooperativen Organisationen sich zu der Lage der in den Konsumvereinen Angestellten verhalte, nicht gestattete.

Indien.

Die Grenzstränge.

Randi-Khatal, 5. Mai. Sasi Mullah ist von dem Vazariat auf afghanisches Gebiet übergegangen, was wahrscheinlich das Ende der Unruhen im Bezirk Njhar bedeutet.

Gewerkschaftliches.

„Praktisches“ Christentum!

Die Berliner Stadtsynode baut in Ahrensfelde für 12 Kirchengemeinden Kirchhöfe, bei denen zirka 100 Arbeiter beschäftigt werden. Inwieweit nun auch der Unternehmer, dem diese Arbeiten übertragen sind, es versteht, die wirtschaftliche Misere für sich auszunutzen, beweist der Umstand, daß die dortigen Arbeiter zu einem Streik greifen mußten wegen Lohnherabsetzung von 3,00 M. pro Woche. Leider waren diese Leute vollständig unorganisiert und mußten, ohne etwas durchzusetzen, soweit sie wieder eingestellt wurden, die Arbeit wieder aufnehmen. Bis Weihnachten 1907 wurden 3,50 M. bei zehntündiger Arbeitszeit gezahlt, und nach diesem Fest der Liebe — wahrscheinlich als Weihnachtsgeschenk — wurde bekannt gemacht, daß jetzt nur noch 3,00 M. pro Tag ausbezahlt würden. Unterkunftsräume für die Arbeiter bestehen nicht, die Mahlzeiten müssen unter freiem Himmel bei jeder Witterung eingenommen werden. Die Leute müssen im Grundwasser arbeiten. Damit die Arbeiter auch soviel wie möglich für den horrenden Lohn schuften, sind 12 Aufseher angestellt mit dem fürstlichen Gehalt von 80,00 M. pro Monat! Wenn man nun bedenkt, daß die Arbeiter, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, die Bahn benutzen müssen und für eine Wochenkarte nach dort 1,10 bis 1,60 M. zahlen und noch die Abzüge für Invaliden- und Krankenversicherung tragen müssen, so wird es wohl niemand wundernehmen, daß die Leute zu einem wilden Streik kamen. Wir sind der Hoffnung, daß die Stadtsynode oder die in Betracht kommenden Kirchengemeinden nicht wissen, unter welchen Umständen die Arbeit dort draußen verrichtet wird, und es jedenfalls nur eines Hinweises in unserem in kirchlichen Kreisen so aufmerksam auf seinen Inhalt geprüften Blatte bedarf, um diese Mißstände abzuschaffen. Im übrigen wird die in Betracht kommende Organisation sich der dortigen Arbeiter annehmen.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnforderungen der Portefeuller und Ledergerberarbeiter.

Eine öffentliche Versammlung der Portefeuller, Ledergerberarbeiter und Arbeiterinnen, die am Dienstag den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte, beschloß über die Forderungen, die den Lederwarenherstellern bei den bevorstehenden Beratungen über den neuen Lohnvertrag vorgelegt werden sollen. Den Bericht über die Forderungen, die die Schlichtungskommission im Auftrag der Versammlung vom 24. März gemeinsam mit Vertretern des Buchbinder- und des Sattlerverbandes ausgearbeitet hatte, gab der Ortsvorsitzende der Portefeuller, Paul Hauptmann an. In dem Stoff des Lohnvertrages soll, entsprechend dem, was bereits in den allgemeinen Abmachungen für die Lederwarenindustrie Deutschlands vorgesehen ist, ausgedrückt werden, daß der

Tarif nicht nur für die Werkstätten der Fabrikanten, sondern auch für alle Zweigbetriebe, Zwischenmeister und Heimarbeiter gilt. Dies erste und für das Berliner Lohngebiet besonders wichtig, da hier sehr viele Portefeuller bei Heimarbeitern und Zwischenmeistern tätig sind, und bei diesen die vor drei Jahren getroffenen Vereinbarungen leider nur mangelhaft durchgeführt wurden. Lieber die Arbeiterzeit befragen die allgemeinen Abmachungen bekanntlich, daß sie wöchentlich höchstens — nicht, wie die Fabrikanten wünschen, mindestens — 54 Stunden dauern soll. Demnach steht der Festsetzung einer kürzeren Arbeitszeit durch die Ortsratifikation nichts im Wege, und für Stuttgart ist ja schon die 53 1/2 stündige Arbeitszeit beschlossen worden. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Größe Berlins die Arbeiter weit mehr von ihrer freien Zeit opfern müssen, um nach der Werkstätte und wieder nach Hause zu kommen, empfahl die Schlichtungskommission, hier die Verkürzung der Arbeitszeit auf 53 Stunden zu fordern, und zwar so, daß an fünf Tagen der Woche je 9, Sonnabends nur 8 Stunden gearbeitet wird. Am Tage vor den drei hohen Festen soll eine Stunde früher Feierabend gemacht, also nur 7 Stunden gearbeitet werden. Im übrigen ist bei schlechtem Geschäftsgang, um Entlassungen zu vermeiden, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf bis zu 7 Stunden vorgesehen. Dann wird, gemäß dem § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Vergütung für unverschuldete Verläufer der Arbeit verlangt, sowohl für Lohn- wie für Akkordarbeiter. Als Mindestlohnforderungen schlägt die Kommission vor: für gelernte Arbeiter im ersten Jahre nach der Lehrzeit 43 Pf.; für Stänger unter 18 Jahren 40 Pf.; für die über 18 Jahre alten Stänger 52 Pf. und für Zuschneider und gelernte Arbeiter, deren Mindestlohn bisher auf nur 46 Pf. bemessen war, 55 Pf. Für Stepperrinnen, deren Mindestlohn bisher auf 35 Pf. festgesetzt war, soll er 40 Pf. betragen. Für Arbeiterinnen wird ein Anfangslohn von 10 M. die Woche verlangt, mit halbjährlichen Zulagen von 1 M., bis der Satz von 15 M. als Mindestlohn für die geübten Arbeiterinnen erreicht ist. Alle in zeitlich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen die gesetzlichen Feiertage bezahlt erhalten. Ferner wird eine allgemeine Lohnzulage von 10 Proz. verlangt, wobei man jedoch damit rechnet, daß bei den Verhandlungen eine Regelung möglich wird, durch die die am schlechtesten zahlenden Arbeitgeber auch zu einer darüber hinausgehenden Verbesserung der Löhne veranlaßt werden. Für Ueberzeitarbeit, die jedoch nur in dringenden Fällen zulässig ist, wird im allgemeinen ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit von 50 Prozent, gefordert. Ueberarbeit soll den Werkstättenarbeitern nicht mit nach Hause gegeben werden, und das soll auch für solche Portefeuller gelten, die in anderen Berufen ihren Lebensunterhalt verdienen. Man hat in den letzten Jahren bemerkt, daß Arbeiter, die in Versicherungsbetrieben usw. Stellung gefunden haben, sich in ihrer freien Zeit mit Ueberarbeit einen Nebenberuf verschaffen. Das erscheint den Portefeullern, die lediglich auf ihren Beruf angewiesen sind, als eine betriebsfremde Konkurrenz. Zur Regelung der Akkordlöhne wird die Einsetzung von Kommissionen in den Betrieben vorgeschlagen. Es ist jetzt schon in einzelnen Betrieben durchgeführt, daß bei Beginn der Auftragsarbeiten die Arbeiter sich durch eine Kommission mit dem Arbeitgeber über die Arbeitspreise einigen, wodurch Streitigkeiten vermieden werden. Daß es den Arbeitern durch Ausschlagung der Lohnsätze möglich gemacht wird, sich stets über die Preise für die einzelnen Arbeiten zu unterrichten, wird selbstverständlich auch verlangt; ebenso die Einführung von Lohnbüchern, die ein von den Fabrikanten eigenhändig zu unterschreibendes Wortwort enthalten, worin festgelegt wird, daß die Löhne als reine Arbeitslöhne gelten, also keineswegs die Ausgaben für Zuzahlen einberechnet sind. Eine Einschränkung der Heimarbeit ist in der Weise vorgesehen, daß für bestimmte Sorten von Taschen neue Heimarbeiter nicht angenommen werden sollen, wie es den Abmachungen des Sattlerverbandes entspricht, und daß die Fabrikanten von einem noch näher zu bestimmenden Termin an mindestens für einen gewissen Teil ihrer Arbeiter Werkstätten errichten sollen. Im übrigen ist auch eine Regelung des Behälterwesens vorgesehen, namentlich auch dadurch, daß die Fabrikanten verpflichtet werden, eine Stammtafel über die Lehrlinge zu führen. Die Schlichtungskommission soll, wie dies schon in Offenbach der Fall ist, Exekutivgewalt erhalten. Außerdem ist die Errichtung eines Tarifamtes vorgesehen, das in Offenbach seinen Sitz haben soll. Als Gültigkeitsdauer des Tarifes werden drei Jahre vorgeschlagen, vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1911.

An den Bericht schloß sich eine rege Debatte, in der einige Aenderungs- und Ergänzungsvorschläge gemacht wurden. Der Vorsitzende Rieth des Buchbinderverbandes forderte die Versammlung auf, für weitere Stärkung ihrer Organisationen, für Einmütigkeit und Entschlossenheit in ihren Reihen zu sorgen, damit die Bewegung zu den besten Erfolgen führen möge. Die vorgeschlagenen Forderungen wurden dann unter Berücksichtigung der durch die Versammlung gegebenen Anregungen einstimmig gutgeheißen.

Achtung, Klempner! Der Betrieb der Firma Winter in Rummelsburg ist gesperrt. Wir ersuchen, den Betrieb zu meiden. Es kommt hauptsächlich in Frage der Schulbau in Rummelsburg. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Lohnabzüge und Mißstände in der englischen Wadmesser- und Gasröhrenfabrik in Marienborn

beschäftigten am Dienstag eine Betriebsversammlung der dort beschäftigten Arbeiter, die bei Vorgeseld in Marienborn stattfand. In jenen Betrieben, die der englischen, der „Kontinentalen“ Gaswerksgesellschaft gehören, herrschten bis in das Jahr 1906 ziemlich erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Eraten Mißstände hervor, so gelang es dem tatkräftigen Arbeiterauschuss, erst auf die gut organisierte Arbeiterschaft des Betriebes, Abhilfe zu schaffen. Als aber bei der Waise von 1906 ein Teil der Arbeiter ihren feiernden Kollegen in den Rücken fiel, machten bald darauf die blauen und gelben Organisationen ihren verderblichen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geltend. Man benutzte und benutzte fortwährend die Zersplitterung der Arbeiterschaft zu Verwicklungen, die mehr und mehr unerträglich wurden. Der Arbeiterauschuss, wie er jetzt besteht, hat keinen Einfluß, oder es fehlt ihm auch an dem guten Willen, seiner Aufgabe entsprechend, die Interessen der Kollegenschaft wahrzunehmen. Der Referent W u s i e f führte auf Grund von Mitteilungen aus dem Betriebe eine Menge von Lohnkürzungen und Mißständen an, unter anderem Abzüge bei einzelnen Arbeiten von 47 bis zu 70 Proz. und darüber. So wird z. B. eine Teilarbeit, die früher das Duzend mit 14 M. bezahlt wurde, jetzt nur noch mit 5 M. entlohnt. In der Dreherei erhielten die Arbeiter für 600 Hartguhräder früher 15 M., dann wurde der Preis auf 13,50 M. herabgedrückt, und nun steht er auf 9,50 M. Eine große Rolle bei den Lohnkürzungen sollen auch einige Meister oder Kolonnenführer spielen. Für eine kleine Teilarbeit gab es bislang 5 1/2 Pf., das Stück, wobei man mit Einsetzung seiner ganzen Arbeitskraft auf 8 M. Tagesverdienst kommen konnte. Da sagte aber der betreffende Kolonnenführer: „Wenn für diese Arbeit 5 Pf. gezahlt werden, ist es immer noch außerordentlich gut bezahlt.“ Der Mann ist ein eifriger Agitator für den Hirsch-Bundesdeutschen Gewerksverein und hat im übrigen die Gepflogenheit, Arbeitern bei großen Akkordarbeiten für 15 Stunden Arbeit dare 2 M. Vorkauf, oder je nach Belieben für drei Tage auch 8 M. zu verschaffen, meist aber so geringe Abschlagszahlungen, daß sie kaum für Essen und Trinken des einzelnen Arbeiters, geschweige denn für ein Familien ausreichen. — In der Stangerei wurden Lohnabzüge bis zu 40 Proz. gemacht, was um so verwerflicher erscheint, als in keiner Abteilung die Unfallgefahr so groß ist wie hier. Abgerissene Finger und dergleichen Verwundungen pflegt man in Metallarbeiterkreisen als das „Stangenzwappen“ zu bezeichnen. Je mehr die Stanger durch niedrige Löhne zu hoffer Arbeit angezogen werden, um so größer ist die Gefahr. — Nun sind zwar, wie der Redner hervorhob, die Lohnabzüge bei einigen Artikeln mit kleinen Verbesserungen der Arbeitsmethode verbunden, doch reichen

diese Verbesserungen in keinem Fall aus, um den Arbeitern da früher erzielten Löhne zu sichern.

Auch im übrigen soll die Behandlung der Arbeiter teils sehr schlecht sein. Ferner wird aus allen Teilen des Betriebes über Mangel an Ventilation, an Waschgelegenheit und an Reinhaltung der Klosetts geklagt, was um so mehr auffällt, als in anderen, von Engländern oder Amerikanern errichteten Industriebetrieben in Deutschland teils geradezu musterhafte Einrichtungen dieser Art getroffen sind, in der Erkenntnis, daß durch gute hygienische Zustände die Leistungskraft der Arbeiter wächst. In jenem Betriebe aber fehlt es an jeglicher Ventilationseinrichtung sogar in einem Raum, wo die neuen Apparate durch Gaszuführung probiert und das darin gebliebene Gas hinausgeblasen wird, so daß es sich mit der Luft im Räume vermischt. In der Dreherei besteht die Heizung aus alten Kesseln, die fürchtbaren Stank und Rauch entwickeln, und die Fenster können nicht geöffnet werden. Wo im Betriebe Oberlicht vorhanden ist, überläßt man die Reinigung der Fenster dem Regen. Auch aus dem Saal, wo die Klempner arbeiten, wird über besonders schlechte Luft geklagt.

Dergleichen Mißstände wurden noch eine ganze Reihe angeführt. Auch wurde erwähnt, daß ein Kolonnenführer sich nach Arbeit mit nach Hause zu nehmen pflegt, was, wie man meint, der Disziplin wohl gar nicht bekannt ist.

Der Redner forderte die Anwesenden auf, allen Ernstes dafür zu sorgen, daß durch Stärkung der Organisation in dem Betriebe wieder die alten besseren Zustände eingeführt werden.

Uebrigens steht die englische Gaswerksgesellschaft mit ihren Fabriken ziemlich konkurrenzfrei da, so daß sie um so weniger Ursache hätte, die Löhne zu drücken und an den notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu sparen.

In der Diskussion verfuhr ein Redner, dem Referenten Ueberlieferungen nachzuweisen, mußte jedoch selbst zugeben, daß schwere Mißstände vorhanden sind, und daß z. B. auch Vertrauensleute der Arbeiter im Betriebe nicht gebildet, sondern regelmäßig gemäßregelt werden.

Deutsches Reich.

Der Fabrikarbeiterverband hat sich im Jahre 1907 erfreulich weiter entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg auf 136 885 gegen 123 215 am Schlusse des Jahres 1906. Das ist eine Zunahme von 13 670 (11 Proz.) Mitgliedern. An Unterstützungen wurden gezahlt: Streikunterstützung 888 209 M., Gemahregelunterstützung 34 067 M., Umzugsunterstützung 15 716 M., Sterbegeld 16 528 M., Erwerbslosenunterstützung 558 971 M., für Rechtschutz wurden 9289 M., für das Verbandsorgan 72 219 M., für Agitation 56 721 M. ausgegeben. Die gesamte Einnahme betrug 2 500 781 M., die gesamte Ausgabe 1 706 779 M., der Kassenbestand am Jahreschluß 1 095 002 M. (am 1. Januar 1907: 541 242 M.). — Lohnbewegungen (ohne Streik) führte der Verband im Jahre 1907 in 521 Betrieben; daran waren beteiligt 25 653 Arbeiter und Arbeiterinnen. Erreicht wurde für 5117 Veteiligte Verkürzung der Arbeitszeit um zusammen 20 497 Stunden pro Woche, für 24 290 Veteiligte Lohnherabsetzung um zusammen 47 898 M. pro Woche. Für 170 Betriebe wurden Tarifverträge abgeschlossen; dieselben regeln das Arbeitsverhältnis für 10 558 Arbeiter und Arbeiterinnen. Von den an den Lohnbewegungen Beteiligten waren durchschnittlich 71 Prozent organisiert. — Angriffstreiks fanden 107 statt. Dieselben erstreckten sich auf 220 Betriebe in 113 Orten. Beteiligt daran waren 7075 Personen. Von den Angriffstreiks erbenen: Mit Erfolg 94 Streiks mit 5911 Beteiligten, ohne Erfolg 12 Streiks mit 588 Beteiligten, unbekannt bezw. noch nicht beendet 1 Streik mit 576 Beteiligten. Das Resultat ist, da rund 80 Proz. der Streiks erfolgreich beendet wurden, als sehr günstig zu bezeichnen. Das Ergebnis der Streiks war folgendes: Verkürzung der Arbeitszeit für 1968 Beteiligte um 5293 Stunden pro Woche, Lohnherabsetzung für 5093 Beteiligte 10 095 M. pro Woche. Bei 13 Streiks mit 1180 Beteiligten wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen; Abwehrstreiks mußten 61 geführt werden. Beteiligt daran waren 5003 Personen in 85 Betrieben. Aussperrungen fanden 37 mit 2286 Beteiligten statt.

Die Ausgaben für Streiks betragen:

Für Angriffstreiks	232 276 M.
Für Abwehrstreiks	111 685 „
Für Aussperrungen	79 804 „
Summa 423 855 M.	

(Die Summe ist höher wie die oben angegebene, weil die Ausgaben der Lokalkassen eingerechnet sind.)

Nicht uninteressant ist ein Vergleich der Erfolge der Angriffstreiks mit denen des Jahres 1906. Während nämlich im Jahre 1906 nur 109 von 167 Lohnkämpfen, gleich 64 Proz., erfolgreich beendet wurden, waren es im verfloffenen Jahre 147 von 195, gleich 75 Proz. Den Schlüssel zu dieser erfreulichen Besserung dürfte die Tatsache bilden, daß im Jahre 1906 das Organisationsverhältnis wesentlich ungünstiger war wie im Vorjahre, wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Es waren organisiert	1906	1907
Bei Ausbruch des Streiks	76 Proz.	93 Proz.
6 Monate vor dem Streik	41 „	62 „

Alles in allem bietet so der Verband ein Bild günstiger Entwicklung, zumal wenn man bedenkt, daß er seine Mitglieder aus den der Organisation am schwersten zugänglichen Schichten der Arbeiterschaft gewinnen muß.

Den Schiedsspruch im Baugewerbe haben in Breslau nach den Zimmerern nunmehr auch die Maurer mit 392 gegen 258 Stimmen, nach stürmisch verlaufener Versammlung, abgelehnt. Der Zahlstellenvorsitzende, Genosse Notter, hat daraufhin seinen Posten niedergelegt. Im Genuener Bezirk ist die Einigung im Baugewerbe auf folgender Grundlage zustande gekommen: Vom 1. Mai 1908 bis 30. April 1909 beträgt der Minimalstundenslohn 43 Pf., bis 31. März 1910 dann 43 1/2 Pf. Für Arbeiten über Land ist ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde zu zahlen.

Zur Aussperrung der Maler.

Für das Lohngebiet Offenbach mit 13 Zahlstellen fand am 5. Mai eine Versammlung der 127 Aussperrten statt, in der Gauleiter Zimmermann-Frankfurt über die Verhandlungen um den Tarif und den Schiedsspruch referierte. In der Diskussion machte sich eine Mißstimmung gegen die Abmachungen stark bemerkbar, trotzdem stimmte nach eindringlichen Ermahnungen der Organisationsleiter die überwiegende Mehrheit dem Schiedsspruch zu. Die Aussperrung besteht bis auf die endgültige Regelung des Streites, die die örtlichen Instanzen zu treffen haben, weiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Agrarunruhen.

Rom, 6. Mai. (V. G.) In Apulien sind ähnliche Agrarunruhen ausgebrochen, wie in der Provinz Parma. In Ruvo griffen Bauern mehrere Pächter an, die dem Bezirksgericht zurückkehrten, wo sie gegen aufständische Bauern als Geschworene fungiert hatten. Mehrere Personen wurden verwundet. Einschreitende Carabinieri wurden von den Bauern mit Steinwürfen empfangen, doch gelang es ihnen, die Ordnung wieder herzustellen.

Im Mählgetriebe.

Wittstock, 6. Mai. (V. G.) In der Kohlenmühle bei Dranse kam gestern abend der dreißigjährige Sohn des Besitzers in das Getriebe. Die Mühle ging weiter und zerstückelte den Unglücklichen in gräßlicher Weise. Nachdem die Mühle zum Stehen gebracht worden war, mußte sie erst auseinandergenommen werden, um die Leiche zu bergen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierau 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

161. Sitzung vom Mittwoch, den 6. Mai 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Eichhoff (fr. Vp.) (Semper-Weimann) — Berichterstatter Abg. Fischer (Soz.) — beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Die Abgg. Gröber und Genossen beantragen: 1. den Reichskanzler zu ersuchen, über die Behauptung der Wahlprüfung, daß der Wahlkreis mit Flugblättern und Schriften überschwemmt wurde, welche im Kolonialamt hergestellt, verpackt und versandt worden sind, als Zeugen Generalmajor Reim, Unterstaatssekretär v. Loebell einblanck nehmen und hierbei erheben zu lassen, ob und in welchem Umfang die in der Wahlprüfung bezeichneten Schriften zur Verwendung in den Wahlkreis gelangten und an welche Adressen die Verwendung erfolgte; 2. die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Eichhoff bis zur Erledigung dieser Beweishebung auszusetzen.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen, diesem Antrag Gröber hinzuzufügen:

8. den Generalmajor Reim eidlich darüber vernehmen zu lassen, welche Tatsachen oder Erklärungen seitens der Beamten des Reichskanzleramts ihn veranlaßt haben, Herrn Eichhoff gegenüber in seinem Briefe vom 17. Januar 1907 in so positiver Form zu erklären, daß „die amtliche Untersuchung seiner Wahl in jeder Weise sichergestellt sei“.

Abg. Gröber (Z.) befragt seinen Antrag und erklärt sich auch mit dem Antrag Albrecht einverstanden. Wenn festgestellt wird, daß der gesamte Regierungsapparat für den Kandidaten in Bewegung gesetzt worden ist, mußte die Wahl für ungültig erklärt werden. Auf jeden Fall aber bitte ich Sie, keinen endgültigen Beschluß zu fassen, bis die beantragten Beweishebungen abgeschlossen sind.

Abg. Müller-Herlitz (fr. Vp.): Eine amtliche Wahlbeeinflussung muß als solche, als eine von amtlicher Stelle aus geübte erkennbar sein. Eine solche Wahlbeeinflussung hat aber bei der in Rede stehenden Wahl nicht stattgefunden. Ich bitte Sie, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Raab (Wirtsch. Vg.): Eine amtliche Wahlbeeinflussung muß dem Wähler als solche zum Bewußtsein gekommen sein, um eine Ungültigkeit der Wahl herbeizuführen. Daher können wir nicht für den ersten Teil des Antrages Gröber stimmen. Wohl aber werden wir für den zweiten Teil und für den Antrag Albrecht stimmen, worin Beweishebungen verlangt werden. Der Brief des General Reim rechtfertigt den Verdacht, daß die Kandidatur Eichhoff als amtliche Kandidatur angesehen wurde. Gerade die Freisinnigen hätten allen Anlaß, den Verdacht fern zu halten, als seien sie bereit, von der Regierung etwas Ungültiges entgegenzunehmen. (Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Wenn sich der Verdacht von Ungehelichkeiten, auch wenn sie im Wahlprotokoll nicht behauptet werden, ergibt, so muß freilich Beweis erhoben werden; schon deshalb ist das auch in diesem Falle nötig.

Abg. Dr. Heinze (natl.): Die Regierung ist befugt, ihre Ausschauung in der Bevölkerung energisch zu vertreten, auch durch Flugblätter, ganz besonders wenn es sich um eine bestimmte Frage handelt, wegen der sie den Reichstag aufgelöst hat. In den Flugblättern ist nicht Partei ergriffen für irgend einen Kandidaten oder irgend eine Partei, sondern nur die Anschauung der Regierung ist vertreten, und das war ihr Recht. Der Brief des Generals Reim ist der einer Privatperson; diese Privatperson sagt, die amtliche Unterstützung sei sichergestellt. Würden wir nach der Auffassung der Abgeordneten Gröber und Spahn verfahren, so müßten wir auch über die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Lehmann-Wiesbaden eine Beweishebung beantragen; im Wahlprotokoll wird behauptet, daß die katholischen Geistlichen im ganzen Rheingau für Lehmann eingetreten sind. Wir tun das nicht, wir sind aber in der juristischen Behandlung dieser Fragen konsequent und lehnen auch hier die Beweishebung ab. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Vizepräsident Baasche teilt mit, daß ein Antrag Wellstein eingegangen sei, die Beweishebung noch auszudehnen.

Kleines feuilleton.

Naturbetrachtung in märkischer Landschaft. Auf dem zweiten allgemeinen märkischen Touristentag hielt Bruno Wille einen von warmer Liebe und seinem Verständnis zugehenden Vortrag über Naturgenuss in unserer Landschaft, der einem größeren Publikum geboten zu werden verdient.

Die Landbewohner und Naturvölker — führte Bruno Wille aus — erwidern durch das Grauen des Tages, der moderne Mensch nur durch das Rattern seines Beckers oder des Strohlährms. Er wartet nicht Sonnenaufgang noch Untergang. So läßt der Dichter Holderlin, der den Sonnenuntergang poetisch schildert, den Sonnenjüngling fragen: „Geh unter, Sonne, zu Völkern, die dich noch ehren.“ Die Naturvölker besaßen viel innigere Hingabe und Verständnis für die Natur, ihre Sonnenanbetung und ihr Baum- und Quellkultus zeigen uns das starke Vertrauen und das Gefühl für die Eigenarten und die Größe der Natur. Wir achten heute nicht mehr der Brunnen und Quellen, die einst unseren Vorfahren köstliche Reichtümer und Offenbarungen der Natur waren, und so können wir das reizende Märchen „Undine“ des märkischen Dichters Fouqué dahin auslegen, daß Undine, die Quellnixe, die verlassene Geliebte des Ritters, geht um die Brunnen und Quellen herum-schleicht und um die verlorene Liebe des Menschen weint. Eine Erneuerung unseres zurückgedrängten Naturgefühls können wir nur durch regelmäßiges Hinauswandern in die Landschaft wiedergewinnen. Dabei müssen wir zuerst den Organismus der Landschaft kennen zu lernen suchen. Ein großer Dichter und eifriger Wanderer wie Goethe suchte die Landschaft held im ganzen zu erfassen: Das Wesen des Gebirges, die Art der Schichtung und die Entstehung. Die Gestaltung unserer Welt erklärt sich durch die Tatsache, daß in vorgeschichtlicher Zeit die ganze Welt von Eismassen und Gletschern bedeckt war, die bei ihrem Abschmelzen nicht nur Sand- und Schottermassen, welche sie ehemals als Standplätze mit sich herbrachten, zurückließen, sondern auch die vielen Seen und Flüsse erzeugten. Das ehemals sumpfige Gelände war ein guter Waldboden und so haben wir in unserer Welt einen seltenen Reichtum an Seen und Wäldern. Aber nicht nur das allein müssen wir sehen. Auch auf die Stimmung kommt es an. Der Wald und verständige, Weltanschauung erfüllt heute ganz den modernen Kulturmenschen, wir können aber bei unseren Wanderungen die „Wille der Intelligenz“ ruhig ablegen und mehr die Sinnenfreudigkeit, das, was Phantasie und Gemüt bewegt, beachten.

Auch die Ebene, wie wir sie vorwiegend in der Mark finden, hat ihre Schönheiten. Ja, sie hat den Vortug vor der Gebirgslandschaft, daß sie unseren Sinn nicht auf das Große, Gewaltige ablenkt, sondern auf das Kleine, Zülmere. Der weite Horizont ist das Große in der Ebene, von dem sich die einzelnen Erhebungen abheben. Ob er in wolkenloser Bläue scheint und unser Sinn sich im blauen Raum, der jubelnden Verhe gleich, verliert; ob Cirruswolken gleich friedlichen Räucherern am Himmel liegen, oder ob ein gewaltiger Gewittersturm drohend, düster auf-

Abg. v. Dergen (Mp.) tritt für die Gültigkeit der Wahl ein. Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Herr v. Dergen hat mit der Bemerkung geschlossen, er und seine Partei hätten eine hohe Achtung vor den Wählern. Er meint also wohl, wir hätten diese hohe Achtung nicht. Wie vereinigt sich aber mit dieser hohen Achtung vor den Wählern Ihre

Vorliebe für das öffentliche Stimmrecht?

Warum sind Sie Gegner des geheimen Stimmrechts und warum verlangen Sie, daß in Mecklenburg die Wähler überhaupt kein Wahlrecht haben. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dergen und seine Partei wollen auch Wahlbeeinflussungen mit ungeheuerlichen Mitteln verurteilen. Aber mit den Herren Heinze und Raab ist er der Auffassung, die Regierung müsse das Recht haben, durch Flugblätter Aufklärung zu schaffen. Ich bin der letzte, welcher der Regierung das Recht bestreitet, auch zu Wahlzeiten aus ihrem Herzen keine Mordgrube zu machen. Es steht ihr das Recht zu, Erklärungen in öffentlichen Blättern zu erlassen. Aber was ihr nicht zusteht, ist, gegen einzelne Parteien mit den Mitteln des Staates auf dem Plane zu erscheinen, und gegen einzelne Kandidaten mit den Mitteln des Staates Stimmung zu machen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Heinze meint, in den Flugblättern sei nicht gegen einzelne Parteien Stellung genommen, und Herr Raab und Herr Dergen haben sich nicht angegeschlossen. Aber weder Herr Dergen noch Herr Heinze noch Herr Raab haben sich die Mühe gegeben, die Flugblätter anzusehen. So heißt es in einem: „Als man die Lesenden fand, waren einzelnen die Augen ausgeglichen, der Schädel zertrümmert, die Hände abgehakt, der Leib aufgeschlitzt, nach ärztlichem Befund war einigen bei lebendigem Leibe von den roten Hereros das Genick umgedreht.“ Weiter heißt es: „An demselben Tag schrieb ein Soldat die wenigen tiefbeschämenden Worte: Auf der einen Seite diese unsagbaren, und Mark und Bein erschütternden Szenen, auf der andern Seite August Bebel im deutschen Reichstag die Hereros verteidigend und uns, die deutschen Soldaten, beschimpfend.“ Hier würde wohl kein Mensch die Hand dafür aufheben, weil es eine vollkommen erlogene Behauptung ist! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nur ein

ehrolofer Tropf

kann solche Behauptungen aufstellen; und dieses Flugblatt ist auf Kosten der Regierung geschrieben

und in dem Wahlkreis verbreitet worden. Ist das eine unzulässige Wahlbeeinflussung oder nicht? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es: „Deutsche Wähler! Hierfür ist die aus Zentrum und Sozialdemokratie zusammengesetzte Reichstagsmehrheit verantwortlich.“ Es ist verzeihen, hinzuzufügen, daß auch die Freisinnigen und ihr Kandidat Eichhoff zu dieser Wehrheit gehört haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es: „Das waren die Folgen der unzureichenden Ernährung der Truppen, weil der Reichstag aus elenden und kleintlichen Parteirückgängen die Eisenbahn verweigert hat.“ Und nun sagen Sie, ob das keine unzulässige Wahlbeeinflussung zugunsten des freisinnigen Kandidaten ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, die Behauptungen des Protokolls könnten deswegen nicht in Betracht kommen, weil sie ganz allgemeiner Art wären. Seit wann hat sich aber der Reichstag auf den Standpunkt gestellt, daß der Name des Kandidaten genannt sein muß, wenn zugunsten einer bestimmten Partei gegen bestimmte Parteien Wahlbeeinflussungen erfolgt sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn festgestellt ist, daß mit den Mitteln der Regierung, mit dem Beamtenapparat des Kolonialamtes, des Reichsmarineamtes Scharen von Flugblättern verbreitet worden sind, kann man doch nicht sagen, daß eine ungenügende Protokollbehauptung vorliegt, weil nicht einmal der Name des Kandidaten genannt sei. Wenn man hier von ungenügender Substantivierung spricht, so glaube ich das keinen Menschen und wenn er das zehnmal wiederholt. Herr Heinze freilich meinte, wir müßten recht streng gegen die Wahlprotokolle sein, da so außerordentlich viele Proteste eingingen. Aber der Reichstag hat doch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß seine Wahlen in reinlicher, unantastbarer Weise zustande kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten,) und wir dürfen nicht die Wahlprotokolle so behandeln, daß den Wählern die Luft vergeht, überhaupt noch Proteste einzubringen, sondern die Wahlprotokolle müssen kritisch verhandelt und es muß von unserer Seite alles getan werden, um eine Wiederholung

und niederblickt und, wie Lenau sagt, der „Himmel seinen Hader donnert.“ immer erscheint uns der Horizont als das, was der Ebene den belebenden Ausdruck gibt.

Von diesem Horizont und aus dieser Ebene heben sich ab die Wälder und einzelnen Bäume, deren verschiedene Baumcharaktere unser Interesse erheben. Die Erde gleicht, wie Goethe sagt, einem „aufgelühten Kiesel“, ihre knorrige Gestalt läßt sie uns als den König des Waldes erscheinen. Die Kiefer, der wesentliche Baum des märkischen Waldes, hat etwas Erblühtes; da, wo wir sie in ihrer eigentlichen natürlchen Gestalt sehen, wo sie frei und nicht in Schonungen und Massen zu unnatürlicher Schlantheit aufwächst, können wir sie als die Erde unter den Nadelbäumen betrachten. Die Birke hat etwas Mädchenhaftes, zart hängt ihr feines Haarergewand und ihre Stämme leuchten, „als wär in stiller Sommernacht das Mondlicht blieben hangen“. Die Weiden bilden struppig, verwundert dein, und die Erle, die gern auf Moorboden mit hohen Wurzelzweigen auf Stelzen steht, hat etwas Düsteres, wie denn auch ihre Blätter sich im Herbst schwarz färben. Die Buchen wölben prächtige Dome aus ihrem Blätterergewand und der Wacholder, der ein Vortug der märkischen Landschaft ist und in alter Zeit als Lebensbaum galt, duckt sich zusammen wie ein grübelnder Mensch.

Doch auch die Feldlandschaft kann schön sein. Nicht gerade endlose Kartoffel- und Rübenfelder, so doch der Anblick eines togenden Kornfeldes, die mit Blumen geschmückte Wiese oder eine Fläche mit Spindelraut. Wenn dann die Abergengen nicht gerade geschnitten sind, erheben sich auch die Linde, die gewundene Ackergerne oder der Anblick eines sich in Krümmungen windenden Waldes.

Die Mark ist lange genug mit Vorurteil angesehen worden. Wer aber von dem trostlosen Sandcharakter der Mark spricht, hat sich nicht vertieft in die Landschaft. Überall finden wir Wasser, Schilf und Torf, die doch beweisen, daß der Sand nicht dominiert. Flüsse und Bäche durchziehen die Landschaft, und Sträucher, Haselbüsche und Wälder treffen wir überall; Wäldern und Wäldchen erfreuen uns und besonders unsere märkischen Seen verleihen der Mark einen ganz ausgeprägten Landschaftscharakter. Wer das alles richtig sehen will, muß aber zu den verschiedensten Jahres- und Tageszeiten, ja auch bei verschiedenen Wetterwandelungen. Dann kann er erst interessante Vergleiche anstellen. So über die verschiedene Farbe der Bäume bei verschiedener Beleuchtung. Dann wird er auch die Naturbesetzung spüren, wenn von Baum zu Baum die Abendlichter springen, wenn aus Mooren und Wässern die Dünste aufsteigen und unserer Landschaft ein selten schönes Abendrot ermöglichen. Und wenn die niederfallende rotglühende Sonne ihre Abendglut auf die totraunen horzigen Niefenstämme wirft, dann glühen diese auf, als ob ein inneres Feuer aus ihnen hervorbreche. Kiefernglühern sollten wir das stolz nennen und diese großartige Naturanschauung mit dem Alpenglühen der Schweizer vergleichen.

Das Innenleben des Menschen zerfällt in ein sich von der Allgemeinheit trennendes und sich mit ihr verbindendes Ich. So wie wir die Verbindung mit unserem Volke und der Weltweit pflegen und als unser Ideal die Interessen der Allgemeinheit, der

solcher Wahlbeeinflussungen zu vermeiden. Wenn wir anders verfahren, setzen wir geradezu eine Prämie auf die Wahlbeeinflussung. Wenn man auf die Zeitläge des Reichstages hinweist, so ist doch zu bedenken, daß diese kein vado moorum für den Reichstag sei, sondern es handelt sich hier um einen Leitfaden, damit der Reichstag weiß, wie er die einzelnen Fälle entscheiden hat. In den früheren Protokollen ist aber ein solcher Fall eben noch nicht vorgekommen. (Sehr richtig!) Wir haben in einer ganzen Reihe von Fällen, wo Nachwächter mit der Dienstmitz im Auftrage der Ordnungspolizei Flugblätter verteilt haben, darin eine unzulässige Wahlbeeinflussung erblickt und hier will man von einer amtlichen Wahlbeeinflussung nichts wissen, wo

diese elenden, nichtswürdigen Flugchriften

ausgegangen sind von den Beamten des Reichskanzlers, vom Marine- und Kolonialamt. Wenn die Protokollbehauptungen nicht wahr wären, dann würden die Freisinnigen ja als die triumphierenden Sieger nachher durch das Land gehen können, aber die Protokollbehauptungen sind wahr, niemand bezweifelt es, und die Protokollheber haben nur nicht die Form gewählt, die sie zwingt, Beweis zu erheben. Wenn Sie so vorgehen, müssen Sie verlangen, daß Wahlprotokolle nur noch von Juristen ausgearbeitet werden. Was kein Verstand der Verständigen sieht, das schreibt dann so ein Juristengehül. (Große Heiterkeit.) Herr Heinze ist sogar so weit gegangen zu behaupten, wir wollten Beweise erheben, an die die Protokollheber gar nicht gedacht haben. Die Protokollheber haben schon darauf gedenkt, denn es wird ausdrücklich im Protokoll auf das Zeugnis des Generals Reim hingewiesen. Diese Bemerkung des Herrn Heinze war so ein Schmerzschrei aus der Schwabacher Wahl. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte, 80 Proteste sind eingegangen, 60 geprüft, aber nicht ein einziger hätte durchschlagende Gründe zur Kasierung gebracht. Nur schade, daß Herr Schwabach selber der Meinung des Herrn Heinze nicht ist. Hätte er nicht sein Mandat niedergelegt, hätte es sich ja gezeigt, ob der Reichstag nicht den Wahlprotokoll für durchschlagend angesehen hätte. Weil er das fürchtete, hat er eben sein Mandat niedergelegt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Herlitz behauptet, der Protokollheber könne nicht ausschlaggebend sein, weil Herr Reim eine Privatperson sei. Schon Herr Raab hat anerkannt, daß bei der Verbindung des Protokollhebers mit den Regierungsstellen davon keine Rede sein könne. Und auch im Wahlprotokoll selbst ist diese Behauptung widerlegt. Es heißt in dem Briefe des Herrn Reim, der dort angeführt ist: „Nach verschiedenen Rücksprachen in der Wilhelmstr. 77, wo man sich für Ihre Wahl interessiert, ist, um die Sache praktisch zu gestalten, die amtliche Unterstützung der Wahl in jeder Weise sichergestellt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was verlangt man noch mehr an positiven Behauptungen bei einem Wahlprotokoll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe nicht, daß die Freisinnigen nicht selber das Gefühl der Verantwortlichkeit in dem Maße besitzen, um zu sagen, wir müssen Herrn Eichhoff gegen den Vorwurf verteidigen, daß er sich amtliche Wahlbeeinflussungen hat gefallen lassen, daß er sie sich vom Generalmajor Reim hat zusichern lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (zu den Freisinnigen) aber schon gegen einen solchen Beweisanspruch Widerspruch erheben, so können Sie es uns nicht übelnehmen, wenn wir sagen: das ist die reine blasse Angst, daß etwas herauskommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kein Wähler im ganzen Deutschen Reich ist sich zurzeit der Wahlen im Unklaren gewesen, woher die Berge von Flugblättern gekommen sind, mit denen der Protokollheber das ganze Deutsche Reich überschwemmt hat. Herr Gröber hat sehr mit Recht darauf hingewiesen, es sei gar nicht notwendig, daß der einzelne Wähler von der Wahlbeeinflussung unterrichtet war. Auch im Falle Schwabach ist in keinem Falle der juristische Beweis erbracht worden, daß ein einzelner Wähler beschönigt worden sei, aber die Wahlprüfungskommission hat weitere Beweishebungen beschlossen, um die fehlenden Sachzeugnisse zu erörtern. Wenn aber festgestellt ist, daß die nationalliberale Wahlleitung in jenem Wahlkreis konservativen Vertrauensmännern 500 Mark angeboten hat, damit sie für den liberalen Kandidaten agitieren, wenn in einem anderen Falle den Agitatoren gesagt worden ist: für jede Stimme für Schwabach bekommt Ihr 1 Mark, so wird doch jedermann anerkennen müssen, der noch nicht politisch forumpiert ist, sondern geradeaus sehen kann, daß hier eine Wahlbeeinflussung vorliegt. Herr Heinze hat dann einen besonderen Triumph damit auszu spielen versucht, daß er auf die Wahl meines Parteigenossen

Mittweil betrachteten müssen, so sollten wir auch die Liebe zur Landschaft, zur Natur, zu unseren Mitmenschen ausbilden. Dieses Naturempfinden ist die Vorstufe der höchsten Sittlichkeit. Darum sollen wir wandern und schauen. —

Humor und Satire.

— Arbeit. Am Morgen aber ging Herr Lehmann in sein Bureau. Und er rih den Adresskalender ab und erwischte dabei versehenlich zwei Blätter. Da schlug er die Hände über den Kopf zusammen und freute sich, denn er hatte die Arbeit zweier Tage hinter sich.

— Zur Sicherheit. Frühl (der immer ein schlechtes Wetter hat, als er vom Papa Schläge kriegt, ohne genau zu wissen warum): „Gelt, Papa, da ist doch schon die Scheibe dabei, ... die ich heute beim Nachbar zerschlagen habe!“

— Starke Einbildung. Waffisch (als ein elegantes Automobil vorbeifährt): „Ach, Mama, wie riecht das doch vornehm!“

— Eine Musterhausfrau. „Was machen Sie denn mit all den leeren Konferenzenbüschen?“ — „Gar nichts! Ich mache sie nur rein und dann — werfe ich sie fort!“

(„Weggendorfer-Blätter“.)

Notizen.

— Theaterchronik. Das Deutsche Theater nahm zur Aufführung einen Einakterzyklus „Die Fackel des Gros von Friedrich Freja, dem Verfasser von „Barod“, zur Aufführung an.

— Bühnenchronik. Adalbert Ralkowski vom künft. Schauspielhaus hat zu seiner Erholung einen viermonatigen Urlaub antreten müssen.

— Ein Denkmal für Max Esh, der als Ingenieur und Schriftsteller allerdings mehr allgemeines Interesse bietet denn als Begründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, wurde im Hofe der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu Berlin enthüllt.

— Einen Schönheitsabend — ohne polizeiliche Zensur — veranstaltet die Schönheitsvereinigung am 19. Mai im Mozartsaal für Mitglieder und geladene Gäste. Näheres durch das Sekretariat, Dessauerstr. 38.

— Neuentdeckungen der Igl. Museen. Für die Gemädegalerie wurden ein prächtiges Brustbild eines weiblichen Mannes von Tintoretto und eine ungemein leicht gemalte, koloristisch sehr feine Darstellung nach Tasso (Armidens Zaubergarten) von dem letzten großen venezianischen Maler Tiepolo, sowie ein Porträt von dem englischen Maler Joffang (seinem gebürtigen Regensburger) aus dem Ende des 18. Jahrhunderts erworben.

— Wilhelm Busch wird im Münchener Kupferstichkabinett hervorragend vertreten sein, da der bayerische Staat eine Auswahl seiner besten Ganzzeichnungen ankaufte.

Behmann hinteres, wo katholische Geistliche für den sozialdemokratischen Kandidaten agitiert hätten. Wahrheitslieblich, leider zu wenig. (Große Heiterkeit.) Viel mehr hätten sie es tun müssen, dann wären die Vertreter des Worts hier nicht so zahlreich. Sie haben doch den katholischen Geistlichen das aktive und passive Wahlrecht gegeben. Von dem Augenblicke an, wo die Geistlichen die Kanzel zur Agitation mißbrauchen, sind wir die ersten, die eine solche Agitation verurteilen. Aber im übrigen sind die katholischen Geistlichen doch nicht Wähler minderen Rechtes. Ja, wenn sie für Sie agitieren, dann sind sie die guten Patrioten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Selbst in diesem Wahlkreise des Herrn Eichhoff haben Sie ja um die Stimmen des Zentrums bitten müssen; trotz der amtlichen Wahlbeeinflussung, trotz des Eintretens des Herrn Reichsaunzlers für Herr Eichhoff ohne die Stimmen des Zentrums nicht hier. Auf einer offenen Postkarte ist an die katholischen Pfarrer geschrieben worden: „Es bleibt bei der Parole: für Eichhoff“. Zentrumswähler, haltet Disziplin. Hoch das Vaterland, nieder mit dem Umsturz. Mann für Mann für Richard Eichhoff!“ (Stürmische Heiterkeit.) Es fehlte nur noch der öffentliche Dank des Herrn Eichhoff an die Zentrumspartei, wie ihn Herr Cuno abgestattet hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Angefichts dieser Tatsachen macht es sich sehr schön, wenn die Freisinnigen hier gegen das Zentrum losziehen und vom nationalen Wortsprechen, wo sie doch mit Hälfte des Zentrums gewählt sind. Sie verunglimpfen uns, weil wir in gewissen Fragen mit dem Zentrum stimmen, während Sie doch nur deshalb nicht mehr mit dem Zentrum stimmen, weil Sie Ihre eigenen Grundsätze längst preisgegeben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Liberalen.) Herr Rugdan hat es ja gesagt: Sie fühlen sich so sehr wohl in der zufälligen Rolle der politischen Bedeutung des Zentrums und Herr Payer erklärte öffentlich: Wir wollen der Regierung auch nicht einmal den Wortwandel geben, uns abzulehnen. Er weiß also ungefähr, wie er die Regierung einzuschlagen hat (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) und wenn sie einmal herausgeschmissen werden, so werden sie gar nicht wissen, wie sie sich zu stellen haben. Ich glaube ja nicht, daß das heute oder morgen geschieht, denn sie haben eine solche

Kunst der Rückgratlosigkeit

Beweisen (Unruhe bei den Freisinnigen. Vizepräsident Dr. Passche: Das gehört nicht zur Sache!) O, das gehört sogar sehr zur Sache (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) denn es wird hier behauptet, der Freisinn habe sich die Unterstützung der Regierung bei den Wahlen bewußt gefallen lassen. Die Schwierigkeiten haben sich ja erst nachher ergeben, als am 4. Dezember die Freisinnigen dem Reichsaunzler das Versprechen abgegeben mußten: Ihr müßt Euch parieren, das dumme Dahrreden hört auf. Ihr müßt Euch einen Rauford anlegen lassen. (Große Heiterkeit.) Bei der Wahl Hennig erkennen Sie die amtliche Wahlbeeinflussung an, bei der Wahl Böhm, an dessen Wahlkreis Sie interessiert sind, befreiten Sie sie. (Zuruf links: Warten Sie doch ab!) Wer auf die Freisinnigen wartet, der wird sicher zum Narren. (Große Heiterkeit.) Man sagt weiter, Herr Eichhoff sei an dem Ganzen unschuldig und für die Beeinflussungen nicht verantwortlich zu machen. Bei der Wahl Schwabach ist aber auch kein Beweis dafür erbracht worden, daß alle einzelnen Praktiken der Wahlleiter persönlich von Schwabach veranlaßt worden sind. Aber er hat sie sich doch gefallen lassen. Das kommt mir so vor, als wenn der Fehler erklären würde: ich habe ja nicht gestohlen, aber er bleibt im Besitz des gestohlenen Gegenstandes und magt ihn aus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des Reichstages muß sich um den Standpunkt stellen, den auch Herr Spahn ausgesprochen hat: im Interesse seiner Würde ist der Reichstag gezwungen, Beweiserhebungen in diesem Falle vornehmen zu lassen.

Abg. Wagner (L.): Wir werden für die Beschlüsse der Kommission stimmen und schließen uns den Ausführungen des Abg. Heine an.

Abg. Wiener (fr. Sp.): Auch ich könnte ja zur Belebung der Debatte beitragen, wenn ich hier Stellen aus sozialdemokratischen Flugblättern vorbrächte, die an Unwahrheit und Verschamlosigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Aber damit würden wir nicht weiter kommen. Die Angriffe der Sozialdemokraten, wir lieben unsere Grundsätze im Stich, lassen uns außerordentlich lächeln. Was liberale Grundsätze sind, beurteilen wir, unser Verhalten richten wir nicht nach den Wünschen des Herrn Fischer ein. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Die Wahlprüfungs-Kommission hat sich dieselbe Stellung eingenommen, wie jetzt. Herr Raab hat angedeutet, wir denken jetzt milder über amtliche Wahlbeeinflussungen, als früher, weil es sich um einen von uns handelt. Das ist nicht der Fall. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Aber im Wahlkreis von Eichhoff ist die Regierung nicht zugunsten irgend einer Partei oder irgend eines Kandidaten eingetreten. Auch Flugblätter des Plattenvereins sind mit Wissen des Herrn Eichhoff nicht verbreitet worden. Der Protest behauptet, es seien Flugdristen verbreitet, die im Kolonialamt hergestellt sind; aber es ist nicht bewiesen, daß dies den Wählern erkennbar war. Auch die Vernehmung des General Reim kann nicht ergeben, daß eine amtliche Wahlbeeinflussung stattgefunden hat, eine solche hätte Herr Eichhoff bei unseren braven Wählern im bergischen Lande höchstens schaden können. (Weilfall bei den Freisinnigen.) Das bekannte Telegramm Bismarck: „Fürst wünscht Sabor“ haben die Sozialdemokraten auch nicht als amtliche Wahlbeeinflussung angesehen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Ich bitte Sie, den Antrag der Wahlprüfungs-Kommission anzunehmen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Saff-Jaworski (Vole) schließt sich den Abg. Gröber und Fischer an; die Zurückweisung amtlicher Wahlbeeinflussung ist nötig im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit der Wahl. (Bravo! bei den Vollen.)

Abg. Wellstein (Z.) bemerkt, sein Eventualantrag auf Ausdehnung der Beweiserhebung sei nur eine Konsequenz der Anträge Gröber und Albrecht.

Abg. v. Deryn (Sp.): Wir stimmen gegen die Beweiserhebung, weil die Tatsache, daß die Flugdristen im Kolonialamt gedruckt sind, auf die Entschlebung der Wähler ohne Einfluß war. Sollte die Mehrheit Beweiserhebung beschließen, so werden wir dem Antrage Wellstein zustimmen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Wenn die Beweiserhebung nicht beschlossen wird, sollte man lieber klar sagen: Die amtliche Unterstützung der Wahlen ist zulässig. (Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer (Soz.):

Nur ein paar Worte. Herr Wiener hat mit dem Hinweis geschlossen, daß in den achtzig Jahren Fürst Bismarck nach Frankfurt deportiert haben soll. (Zuruf: Hat!) Ich weiß nicht, ob alle die, die hier „hat“ schreien, die Depesche gelesen haben. (Heiterkeit.) Aber soviel weiß ich auch in der Politik Bescheid, daß Fürst Bismarck in den achtzig Jahren nach Frankfurt a. W. deportiert haben soll. (Stürmische Rufe bei den Freisinnigen: Hat! Hat! Glorreiche Präsidenten), dephiziert haben soll: „Fürst wünscht Sabor!“ (Zuruf: Hat!) Es ist ja möglich, aber es beweist bloß, daß Fürst Bismarck keine Gewissensstrafe gehabt hat, wenn seine politischen Zwecke in Frage kamen. Der Abgeordnete Wiener hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, wir müßten deshalb in einem speziellen Falle, wenn amtliche Wahlbeeinflussungen der Regierung vorlägen, von den Freisinnigen nicht verlangen, daß sie der Forderung nach Beweiserhebung über die Behauptungen des Wahlprotokolls zustimmen. Der Vergleich wäre in dem Augenblicke angebracht, wo ein Wahlprotokoll gegen Sabor vorgelegt hätte, daß er auf Grund amtlicher Wahlbeeinflussung gewählt sei, und wenn wir uns dann in den Argumenten ergangen hätten, in denen Sie sich heute ergangen haben. Aber so dumm sind wir nicht. (Heiterkeit.) Wenn sich Fürst Bismarck einmal aus irgend einem schamlosen Grunde gegen eine Persönlichkeits, ich glaube, es kam Sonnemann damals in Frage, den er ja haßte wie die Sünde und gegen den er wie gegen Eugen Richter den Vorwurf der Vater-

landslosigkeit erhoben hat, ich sage, so dumm sind wir nicht, daß wir, wenn Fürst Bismarck eine so bittere Schikane gegen einen bestimmten Kandidaten gelebt hat, dann sagen, wir sind gewählt von Bismarcks Gnaden. (Heiterkeit.) Sonst könnten Sie ja in irgend einem sicheren Wahlkreise für uns eine Depesche der Regierung veranlassen, man solle für Singer stimmen, und dann behaupten, Singer müßte das Mandat niederlegen. (Heiterkeit.) Nein, wir verlangen Untersuchung der wirklichen Verhältnisse, und gerade dagegen sträuben Sie sich ja. Weiter hat Herr Wiener gesagt, Eichhoff habe selbst in einer Rede erklärt, daß er von einer amtlichen Wahlbeeinflussung nichts gewußt habe. Ich habe gar keinen Anlaß, an diesen Worten des Herrn Eichhoff zu zweifeln. Aber ich habe auch keinen Anlaß, sie zu glauben. (Heiterkeit.) Ich weiß ja nicht, ob nicht der Kollege Eichhoff an einem Gedächtnisfehler leidet. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Nun, für meine Behauptung habe ich auch einen sprechenden Beweis. Herr Eichhoff hat auch öffentlich erklärt, er würde seine eigenen Parteizwecke offen verkünden, weil sie behauptet hätten, er hätte die ehrenwürdige Erklärung abgegeben, im Falle einer Doppelwahl die Wahl in Wählhäusern anzunehmen. In der „Wahlhäuser Zeitung“ haben sechs Parteigenossen des Herrn Eichhoff die Behauptung ausdrücklich erhalten — ich will aus der Erklärung nur den Schlusssatz vorlesen: „Tatsache ist, daß Herr Professor Eichhoff in der Komitierung vom 22. Dezember 1906 uns versprochen hat, im Falle einer Doppelwahl seinen thüringischen Wählern treu zu bleiben.“ Es steht also Auslage gegen Auslage. Weiter meint Herr Wiener, der Antrag auf Neubesetzung des General Reim erbitte sich, weil auch, wenn er die Behauptung im Briefe zugebe, das noch kein Beweis für das Stattfinden amtlicher Wahlbeeinflussungen sei. Wenn Sie dies Bedenken haben, brauchen Sie ja nur dem Antrag Gröber zustimmen, der durch unsere ergänzt wird. Ferner meinte Herr Wiener, es tangiere ihn wenig, wenn wir behaupten, er gebe seine Grundsätze preis. Er sei nicht im Reichstag, um unsere Grundsätze zu vertreten. So unbedenklich sind wir nicht. Wir verlangen nur, daß er und seine Partei ihre Grundsätze so vertreten, wie wir die unseren. (Zuruf bei den Freisinnigen.) Sie sagen ja, ja. Aber als Sie die feierliche Erklärung abgaben, Sie verteidigten Ihre Grundsätze nicht, da haben Ihre eigenen Wählgenossen, die Nationalliberalen und Konservativen, hell aufgeschrien. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Weiter meint Herr Wiener, er habe auch Flugblätter gesehen, die an der Ehre seiner Fraktion rütteln. Das mag schon sein. Aber hier handelt es sich darum, daß das Flugblatt, aus dem ich vorgelesen habe, nach der Protokollführung vom Kolonialamt herausgegeben und von der Regierung zur Verbreitung gelangt ist. Und eben das wollen wir unter Beweis stellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiener (fr. Sp.): Ueber die Gründe des Telegramms „Fürst wünscht Sabor“ habe ich mich nicht ausgelassen, sondern nur gesagt, die Sozialdemokraten hätten daraus die Konsequenz ziehen müssen, daß Sabor das Mandat niederlegte. Die Vorgänge bei der Wahl in Wählhäusern hat Abg. Fischer so dargestellt, als ob Eichhoff nicht loyal gehandelt habe. Ich kann ihm mitteilen, daß wir mit den Parteigenossen in Wählhäusern eingehend über zwei Stunden lang über die Angelegenheit verhandelt haben, und daß die dortigen Vertrauensmänner anerkannt haben, daß es sich bei ihrer ersten Auffassung um Mißverständnisse gehandelt habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Fischer (Soz.): Herr Wiener meint, wir müßten die Konsequenz ziehen, ein Mandat wegen amtlicher Wahlbeeinflussung niederzulegen, wenn eine Depesche wie jene des Fürsten Bismarck ergangen ist. So naive Leute sind wir nicht, das zu tun, weil vom Regierungssitze aus Schikane gegen andere eine solche Depesche erlassen wird. Sie hätten ja gegen die Wahl Protest erhoben und Beweiserhebung verlangen können. Dann wären wir vielleicht in dieselbe Situation gekommen als Sie heute. Und wenn jemand in unserer Partei sich in der Weise der Ermittlung der Wahrheit widersetzt hätte, wie jetzt Sie, so verfiere ich Ihnen, daß er nicht in der Partei bleiben würde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter wirft Herr Wiener mir vor, ich bezweifle die Wahrheitsliebe des Herrn Eichhoff. Das habe ich nicht getan, sondern nur erklärt, ich habe keinen Grund, ihm in dieser Frage zu glauben, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß er einem Irrtum, einem Gedächtnisfehler unterliegt. (Zuruf bei den Freisinnigen.) Sie wollen das also ausschließen. Schön, dann ist es doch sehr wunderbar, daß Herr Wiener, wie er hier selbst erzählt hat, volle zwei Stunden gebraucht hat, um seinen eigenen Parteigenossen klar zu machen, daß Herr Eichhoff die Wahrheit gesagt habe. (Große Heiterkeit.) Aber selbst nach der zweistündigen Zusammenkunft hat es immer noch Parteigenossen von Ihnen gegeben, die es nicht glaubten. Und da werden Sie mir den Zweifel, ob Herr Eichhoff in dieser Sache nicht irrt, schon gestatten müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Dr. Rugdan (fr. Sp.): Daß Herr Fischer die Behauptung, welche die „Wahlhäuser Zeitung“ zurückerhalten hat, wiederholt, wundert mich nicht. Denn die sozialdemokratische Presse arbeitet gegen uns mit den größten Eilen und Verschmähungen. Daß er sich um den Fall Sabor herumdrückt, läßt tief blicken. Tatsächlich ist im Fall Sabor Protest erhoben worden, freilich nicht wegen des Telegramms, sondern wegen seiner Formale. Aber auch in dem Fall des Gutmaders Heine-Ragdeburg, der mit der Hilfe des Magdeburger Polizeipräsidenten gegen den Fortschrittsmann Wüstenmann gewählt ist, war die Sozialdemokratie nicht so schamig, ihn zur Niederlegung des Mandats zu veranlassen. Auch in der Sozialpolitik werde ich den Beweis führen, daß die Sozialdemokratie rücksichtslos die Grundsätze verlegt, deren Befolgung sie von den bürgerlichen Parteien verlangt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das soll Ihnen schwer werden!) Im Fall Eichhoff ist eine amtliche Wahlbeeinflussung nicht erwiesen. Die Wahl ist absolut rito zustande gekommen. Daß einige Zentrumswähler für Eichhoff gestimmt haben, nimmt Herr Fischer sehr abel. Nun, er ist ja selbst einmal Zentrumsmann gewesen, und kann es nun nicht begreifen, daß das Zentrum auch einmal lieber für Herrn Eichhoff als für einen Sozialdemokraten stimmt. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Fischer (Soz.): Man muß schon auf der geistigen Höhe des Dr. Rugdan stehen, um an meine Eigenschaft als früherer Zentrumsmann zu erinnern. Wenn ich das Alter gehabt hätte, das Herr Rugdan hatte, als er den Glauben seiner Väter verließ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Glorreiche Präsidenten), dann könnte Herr Rugdan mich vielleicht in Parallele mit mir stellen. Wenn er aber weiß, daß ich seit meinem 19. Lebensjahre in der Sozialdemokratie tätig bin, wird er wohl kaum von einer alten Zentrumsliebe von mir reden können. Zentrumsmann war ich als junger Mann, weil ich diese Auffassung aus meinem Elternhause mitbekommen habe. Ich würde mich schämen, wenn ich das leugnen wollte. Wenn Herr Rugdan sagen könnte, sein Uebertritt wäre ebenso erfolgt wie bei mir, weil seine Ueberzeugung ihm nicht mehr gefestigte, beim Judentum zu bleiben, dann mag er sich mit mir in Parallele stellen. (Unruhe links.) Wenn er soviel für seinen neuen Glauben gearbeitet hätte, wie ich für meine Partei, dann würde ich ihn für einen anspruchsvollen Menschen halten. (Große Unruhe bei den Freisinnigen. Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Passche: Wollen Sie nicht auf die Tribüne kommen. Sie werden vor Störungen von der linken Seite doch nicht sicher sein.

Abg. Fischer: Ich habe nur noch ein paar Worte zu sagen. Herr Rugdan meint, wer im Gladhaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wo sitzen wir denn im Gladhaus? Daß wir Zentrumswahlhülfe angenommen haben, haben wir nie geleugnet und erwidern darin keine Unehre. Wenn man aber so wie der Freisinn jetzt es als ein Unglück für die Nation bezichnet, wenn eine Majorität mit dem Zentrum zustande käme, so kann man auf Zentrumswahlhülfe wahrlich nicht stolz sein. Das ist ganz etwas

anderes, als wenn wir in der Opposition uns unterstützen, obwohl wir in anderen Situationen mit aller Energie gegen das Zentrum Front machen. Sie zwingen uns ja gerade, gegen Ihre liberale Politik mit dem Zentrum Opposition zu machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Um was es sich bei der Neubesetzung handelt, hat Herr Rugdan immer noch nicht verstanden. Wir haben ja gerade beantragt, Herrn Reim darüber zu vernehmen, welche Tatsachen oder Erklärungen seitens der Beamten ihn zu seiner Aeußerung veranlaßt haben. Zum Schluß hat Herr Rugdan noch den Fall Sabor angeführt und dabei selber sagen müssen, daß in dem Prozeß gegen Sabor von einer amtlichen Wahlbeeinflussung gar keine Rede gewesen ist. Es ist und nicht eingefallen, die Freisinnigen zur Mandatsniederlegung aufzufordern. Wir muten dem Freisinn nur zu, daß er seine politische Keilhaftigkeit einbüßt so hoch wie wir und ein Beweisverfahren über die amtliche Wahlbeeinflussung einleiten läßt. In diese Lage sind wir weder im Falle Sabor noch im Falle Heine gekommen, wie Herr Rugdan selber sagt. Wenn Sie also diese Fälle hier anziehen, so tun Sie es nur, um die Ihnen unangenehme Tatsache zu verdecken, daß Sie in einem für Sie unangenehmen Beweisverfahren ganz stand hielten. (Unruhe links, Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Rugdan (fr. Sp.): Zwischen Sozialdemokraten und Zentrum scheint doch eine immigere Gesinnungsgemeinschaft zu bestehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Sonst würde Herr Fischer seinen Parteigenossen wohl vorwerfen, daß sie sich Zentrumswahlhülfe gefallen lassen. In Parallele mit Herrn Fischer will ich mich nicht stellen. Mein Gehgeiz ist größer. (Schallende Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der geht auch nach Oden!) Herr Fischer will wissen, weswegen ich vom Judentum zum Christentum übergetreten bin. Das erinnert stark an einen Inquisitionsprozeß. Wie er darüber denkt, warum ich Christ geworden bin, ist mir gleichgültig. Herr Fischer sagt, Sie müßten mit dem Zentrum gehen, weil wir unsere Grundsätze verleugnen.

Als wir unsere früheren Grundsätze noch hatten

(Schallende Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses. Die Abg. v. Gröber und Heinebrand v. d. Laue, die auf den Referentenplätzen sitzen, können sich vor Lachen kaum halten), sind die Sozialdemokraten ja auch nicht mit uns zusammen gekommen. Gegenwärtig sind wir dabei, in Preußen das Reichstagswahlrecht zu erkämpfen. (Schallende Heiterkeit.) Und Sie sitzen uns und fallen uns in den Rücken. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sie dürfen sich nicht vorwerfen, daß wir unsere Grundsätze verleugnen, denn Sie tun es ja täglich. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Cuno (fr. Sp.) befreitet, nach seiner Wahl den Geistlichen den Dank für ihre Unterstützung ausgesprochen zu haben. Er habe schließlich in dem allgemeinen Dank an seine Wähler auch einen katholischen Geistlichen, den Vorsitzenden des Wahlkomitees der Zentrumspartei, genannt.

Abg. Fischer (Soz.): Herr Cuno hat meine Behauptung vollständig bestätigt (Lachen bei den Freisinnigen), er hat mir unterlassen, noch hinzuzufügen, daß der Geistliche, der für ihn eingetreten ist, durch den Landrat erst dafür gewonnen ist, für Cuno einzutreten. (Zuruf: hört! bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird zunächst über die Eventualanträge Wellstein und Albrecht abgestimmt. Der Antrag Wellstein (Z.) wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Albrecht, gegen den die Freisinnigen, Konservativen und Nationalliberalen stimmen, bleibt zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt seine Ablehnung mit 142 gegen 142 Stimmen. (Große Heiterkeit.) Die Abstimmung über den Antrag Gröber ist eine namentliche. Sie ergibt die Ablehnung des Antrages mit 163 gegen 126 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. — Den zweiten Teil seines Antrages zieht Abg. Gröber zurück. Hierauf wird über den Antrag der Kommission auf Giltigkeitserklärung der Wahl abgestimmt. Da die Wirtschaftliche Vereinigung wieder dagegen stimmt, bleibt die Abstimmung wieder zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Der Hammelsprung ergibt die Annahme des Kommissionsantrages mit 147 gegen 143 Stimmen. (Bewegung.)

Es folgt die Wahl des Abg. Dr. Voehme-Marburg (Wirtsch. Sp.) Die Kommission beantragt Beweiserhebungen.

Abg. Neumann-Hofer (fr. Sp.) begründet unter großer Unruhe des Hauses einen Antrag Abg. auf weitere Beweiserhebungen.

Abg. Raab (Wirtsch. Sp.): Es ist eigenartig, daß dieselbe Seite, die eben Beweiserhebungen abgelehnt hat, jetzt selbst verstärkte Beweiserhebungen beantragt. (Sehr gut!) Wir haben gegen die beantragten Beweiserhebungen nichts einzuwenden, wenn wir auch triftige Gründe dafür nicht finden können.

Abg. Neumann-Hofer (fr. Sp.): Ich muß entschieden bestritten, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft bei der vorigen Wahl sich prinzipiell gegen Beweiserhebungen gewehrt habe.

Der Antrag Abg. wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Nationalliberalen abgelehnt; der Kommissionsantrag wird angenommen. — Desgleichen werden Beweiserhebungen beschlossen über die Wahl des Abgeordneten Krnkedi (natl.) Wählhäuser-Langenalza.

Ueber die Wahl des Abg. Böhm (Soz.), Straßburg, beantragt die Kommission ebenfalls Beweiserhebungen.

Abg. Müller-Herloda (fr. Sp.) befürwortet auch hier einen Antrag auf weitere Beweiserhebungen. Redner führt eine Anzahl Fälle an, in denen Wahlbeeinflussungen durch Geistliche stattgefunden haben sollen, und bittet aus diesen Gründen um Annahme des Antrages der Freisinnigen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.) geht noch auf einige weitere Einzelheiten des Protokolls ein.

Abg. Fischer-Verlin (Soz.) verteidigt als Referent den Beschluß der Kommission. In den meisten der Fälle ist gar nicht angegeben, in welchem Wahlbezirke der Betreffende gewählt haben soll. Daher hat die Kommission den Protest ihrer früheren Praxis gemäß in diesen Punkten mit vollem Rechte abgewiesen. Ich gestatte mir noch einige Ausführungen als Parteimann. Herr Müller-Herloda hat mir vorgehalten, ich hätte in der Kommission einen Stimmgettel für Böhm für gültig erklärt, auf dem das Wort „Spühbube“ stand. Ich habe in der Kommission erklärt, das sei kein Vorbehalt, sondern eine ungehörige Bemerkung. In den 16 Jahren, seitdem ich in der Wahlprüfungs-Kommission bin, habe ich eine große Fülle geschmackloser Stimmgettel für gültig erklärt, weil das Wahlreglement und keine Handhabe bietet, sie zu kassieren. Wenn der Hauptmann von Köpenick all die Stimmen, die in den einzelnen Wahlkreisen auf ihn abgegeben worden sind, in einem einzigen Wahlkreise erhalten hätte und wenn er wählbar wäre, so hätten wir ihn vielleicht hier als Kollegen. (Große Heiterkeit.) Es gibt ja so viele geschmacklose Leute und so viele Gel — ich will mich mal höflich ausdrücken. (Erneute große Heiterkeit.) Herr Müller-Weinigen hat durch seine Ausführungen bewiesen, daß seine Partei, die jetzt im Falle Böhm plötzlich so gewissenhaft geworden ist, Mühen setzen will, während sie kurz vorher Kamelle geschmeißelt hat. Hier wollen die Freisinnigen an uns die etablierte, kleinliche Sache nehmen — ich nehme es Ihnen nicht abel, ich schäme Sie nur so ein, wie Sie es verdienen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden für alle Ihre Anträge stimmen, wir tun Ihnen nicht den Gefallen, sie abzulehnen, obwohl wir überzeugt sind, daß dabei nichts herauskommt. Den Standpunkt, daß die Pfarrer nicht das Recht haben, die Macht, die Ihnen der Natur verliehen, zur Wahlagitation zu mißbrauchen, daß sie aber als Privatpersonen dasselbe Recht haben wie alle übrigen Staatsbürger, haben wir immer vertreten. Am 18. November 1906 aber hat Herr Müller-Weinigen ausgesprochen: „Wir müssen jede Beeinflussung der Wahlen durch Staatsbeamte unbedingt bekämpfen. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Geistlichen mittelbare oder unmittelbare Beamte sind. Der Geistliche hat nach meiner

Ueberzeugung einen viel weitergehenden Einfluß als die Staatsbeamten und kann durch die Art, wie er sich stellt, die gesellschaftliche Achtung und den wirtschaftlichen Wohlstand seiner Mitbürger herbeiführen. Es ist auch kein Zweifel, daß er ein öffentlicher Beamter ist. Wir müssen unter allen Umständen daran festhalten, daß jeder Einfluß unzulässig ist, der zugunsten eines Kandidaten von einer derartig hohen Autorität ausgeht wird." Das ist ein ganz anderer Standpunkt, als ihn Herr Müller-Meinungen heute vertreten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwarze-Pippstadt (Z.): Unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung sehen die Freisinnigen nicht in den Hirtenbriefen der Bischöfe von Bamberg und München, den Liberalen gegen den Sozialdemokraten zu wählen, sondern nur in der Rede, die in einem eifässigen Orte Pfarrer Zug für die Wahl Böhles gehalten haben soll. Wir werden gegen weitere Weisungen stimmen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Bg.): Auf einem Stimmzettel stand hinter Böhle: „ist ein Spitzbube vor aller Welt". Dieser Zettel wurde auf Antrag des Abg. Fischer für gültig erklärt. Auch einen Zettel mit dem Aufsatz „Lump" beantragte Fischer für gültig zu erklären. Zug diesen Vorschlag jedoch, als Widerspruch erfolgte, sofort zurück. Das ist der einfache Vorgang gewesen.

Abg. Müller-Herlitz (fr. Bg.): So habe ich es von jeher dargestellt, und Herr Fischer hat mich deswegen für einen Lügner erklärt! (Abg. Fischer: Unwahr!)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bg.) verliest seine Äußerungen vom 26. Februar, um zu beweisen, daß er auch damals in der vom Abg. Fischer zitierten Rede nur von der Wahlagitator der Geistlichen im Amte gesprochen habe, nicht von ihrer privaten Wahlagitator.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Es ist absolut unwahr, daß ich die Darstellung, die Dr. Neumann-Hofer heute gegeben, jemals als unwahr bezeichnet habe. Herr Müller-Herlitz hat behauptet, ich und meine Parteigenossen hätten darauf bestanden, daß ein Stimmzettel mit der Aufsatz „Lump" für gültig erklärt werde. Davon war gar keine Rede. Ich habe vielmehr meine Anregung sofort zurückgezogen, als Widerspruch erfolgte. Das ganze war eine Episode von wenigen Sekunden, die überhaupt nicht wert ist, daß im Reichstag so lange davon gesprochen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sollte nicht soviel Zeit mit den Sophistereien der Freisinnigen verlieren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Meinungen dreht sich vergeblich hin und her. Er hat damals gesagt, der Geistliche sei immer im Amte, und bei dem Geistlichen, der einen viel größeren moralischen Einfluß hat, als der Beamte, liegt immer eine unzulässige Wahlbeeinflussung vor. Den Gegenstand seiner scharfen Beurteilung der geistlichen Wahlagitator und seiner großen Wildde gegenüber der amtlichen Wahlbeeinflussung wird er um so weniger aus der Welt schaffen, als er heute einen Fall schamhaftester politischer Korruption gebilligt und für zulässig erklärt hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen Ausführungen des Abg. Dr. Oeschke (fr. Bg.) schließt die Diskussion.

Der Antrag der Kommission wird mit dem Antrag Abt. u. Gen. angenommen.

Die Wahl des Abg. Dr. Voithoff (fr. Bg.) wird ohne Debatte nach dem Antrag der Kommission für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Wölzl (natl.). Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Gräber (Z.): Es ist in dem Protest behauptet, daß hier die wirkliche Autorität des Erzbischofs von München-Freising mißbraucht worden ist, um die katholischen Wähler zu verhindern, dem Beschluß der Leitung der bayerischen Zentrumspartei, für den Sozialdemokraten einzutreten, nachzukommen. Hier, wo es zu ihren Gunsten ist, lassen sich die Freisinnigen die Wahlbeeinflussung seitens der Geistlichkeit also gern gefallen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Abg. Heinze (natl.): Wir wollen den Geistlichen als Privatpersonen kein Recht nehmen, aber wir haben uns stets dagegen gewandt, daß die Geistlichen von der Kanzel herab oder im Reichstuhle Politik treiben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Everling (natl.) schließt sich diesen Ausführungen an. Bei den evangelischen Geistlichen lämen Wahlbeeinflussungen fast gar nicht vor.

Abg. Dr. Burchardt (wirtsch. Bg.): Die liberalen evangelischen Geistlichen bekämpfen fast durchgängig die christlichsoziale Partei. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Ja, es ist so; mir ist beispielsweise nachgesagt worden, ich sei ein Zentrumsvasall und wolle katholisch werden. (Weiterleit.) Ich bin aber ein besserer katholischer Christ, als mancher Nationalliberaler, der die Kirche nur von außen kennt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Wir erwidern in dem Schreiben des Erzbischofs nach wie vor eine amtliche Wahlbeeinflussung und werden gegen die Gültigkeit der Wahl stimmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Everling (natl.), Dr. Burchardt (wirtsch. Bg.) wird die Wahl des Abg. Wölzl für gültig erklärt.

Die Wahlen der Abgg. Wilde (natl.) und Jubel (Soz.) werden nach dem Antrag der Kommission debattelos für gültig erklärt; ebenso die Wahlen der Abgg. Niederlöhrner, Dinkelsbühl (Z.), Everling, Döbeln (natl.), Herzog, Rinteln, Hofgeismar (wirtsch. Bg.), Raden, Dresden (Soz.). Ueber die Wahl des Abg. Böning-Landsberg-Soldin beschließt die Kommission Weisungen. Weiter werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Goerd-Dittmarthen (natl.) und Böcher-Westprignitz (Sp.). — Die Wahl des Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer befürwortet einen Antrag der Freisinnigen auf Weisungen.

Abg. Meyer (Soz.): Ich kann keinen vernünftigen Grund zur Einbringung eines solchen Antrages sehen. Es handelt sich dabei offenbar nur darum, der Sozialdemokratie ein anzunehmen; die Kommission hat alle Punkte als wahr unterstellt, die für Schwarz ungünstig sein könnten und ist trotzdem zur Gültigkeitserklärung gekommen. Etwas weiteres zu tun, als die Stimmen abzugeben, wo Fälligkeiten festgestellt sind, würde der ganzen bisherigen Praxis des Reichstages widersprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Protest stützt sich auf polizeiliche Ermittlungen, die sich aber als falsch erwiesen haben. Die Freisinnigen, die ihre Hoffnungen auf die Polizei gestellt hatten, sehen sich nun getäuscht. Daher der Antrag, den ich Sie abzulehnen bitte.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die Mehrheit des Herrn Abg. Schwarz hat nur 36 Stimmen betragen, daher ist es sehr möglich, daß bei weiteren polizeilichen Ermittlungen das Resultat ein anderes wird. Darum stimmen wir für die Weisungen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Bg.): Daß die für Schwarz abgegebenen ungünstigen Stimmen abgezogen worden sind, ist nur selbstverständlich. Das hätte Herr Meyer also nicht besonders zu betonen brauchen. Der Protest behauptet, daß ein ausgebildetes System von Wahlkäufungen vorgekommen sei; wenn das festgestellt werden sollte, müßte man weitere Konsequenzen daraus ziehen als nur den Abzug der ungünstigen Stimmen. Daher ist unser Antrag berechtigt.

Abg. Hecker (fr. Bg.): Heute vormittag hat Herr Fischer empfindlich erklärt, man solle ruhig alle Weisungen erheben. Jetzt aber erklärt sich Herr Meyer gegen Weisungen. Das ist ein Widerspruch. Wir wollen nicht als Weisungen (Bum: Fall Eichhoff), ob die behaupteten umfangreichen Wahlkäufungen vorgekommen sind.

Abg. Fischer (Soz.): Wenn ich mir Herrn Hecker als Wahrheitsfinder und Konsequenzjäger vorstelle, so muß ich lachen. Den ganzen Vorgen sitzen die Freisinnigen da und schluden Kamele. (Weiterleit.) und jetzt stellen sie Anträge, die man einfach nicht ernst nehmen kann. Die Behauptungen, die Sie aufgestellt haben, haben nicht einmal die Protokollbücher aufgestellt. Herr Arendt hat verraten, worum es sich handelt, als er sagte: Wie leicht können die Weisungen doch dazu führen, daß die Wahl Schwarz für ungültig erklärt wird. Sie hätten gar kein Interesse an Erhebungen, wenn eine freisinnige Wahl zur Prüfung nicht von uns verlangt, daß wir so dumm sind, den Streich zu drehen, an dem Sie uns hängen wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ja, wenn ich noch das Vertrauen haben könnte, daß die Unternehmung unparteiisch erfolgen sollte, wäre es etwas anderes. Hier weiß ich aber, ich gebe mich einem strapaziösen Gegner in die Hände. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich jemals daran gezweifelt hätte, daß in der Frage der Wahlprüfungen nicht die Wahrheitsliebe und der Gerechtigkeitssinn bei den Parteien, von denen ich rede, ausschlaggebend ist, so hätten die heutigen Verhandlungen es mir bewiesen. Ihre einzige Absicht ist, Mandate zu erhalten, die ganze Politik der Freisinnigen ist ja nichts als eine Mandatspolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht nur zu sehen, von wem der Wahlprotest ausgeht. Herr Arendt, haben Sie den Protest gelesen? (Abg. Arendt: Ja!) Nun, Herr Arendt, Sie gehören doch nicht zu den naiven Jünglingen. (Große Heiterkeit), antworten Sie mir ebenso aufrichtig: Glauben Sie auch nur etwas von dem, was im Protest behauptet wird? Wenn Sie mir das bejahen, dann halte ich Sie wirklich für einen harmlosen Jüngling. (Erneute Heiterkeit.) Der Protest ist von der Polizei von Lübeck mit Hilfe der ganzen Staatsanwaltschaft, des ganzen Ratolängels, des Wahlbureaus aufgestellt und trotzdem hat man nicht einen einzigen Zeugen für die Behauptung genannt. Dieser Antrag ist nichts als eine Verhöhnung und Vernichtung des Reichstages. Er ist so schnell fabriziert worden, daß die Urheber offenbar nicht das nötige Gehirnschmalz zusammengebracht haben. (Weiterleit.) Ich will nur das eine feststellen. Hier wird Protest erhoben, weil eine Anzahl Wahlprotokolle nicht unterschrieben worden sind. Vor wenigen Minuten aber haben Sie ohne weiteres für die Gültigkeit der Wahl des Abg. Wölzl gestimmt, trotzdem in dem Wahlprotokoll eine ganze Seite lang von solchen Wahlprotokollen ohne Unterschrift die Rede war. (Zehnfaches Höri! Höri! bei den Sozialdemokraten.) Da können Sie nicht verlangen, daß man Ihren Antrag ernst nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weckstein (Z.) bittet, die freisinnigen Anträge abzulehnen. Es sei nur Aufgabe des Reichstages, zu prüfen, ob die behaupteten Wahlbeeinflussungen durch Ungültigkeitserklärung ausreichen.

Abg. Meyer (Soz.): Der Abg. Hecker sprach von einem sehr ersten Protest. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie leichtfertig dieser Protest zustande gekommen ist, und wenn Ihnen unsere Ermittlungen auch nicht maßgebend sind, so haben Sie doch die Leichtfertigkeit des Protestes erwiesen. Der Reichstag würde sich lächerlich machen, wenn er dem freisinnigen Antrage stattgäbe. Selbst die amtlichen Lübeckischen Anzeigen haben zugestanden, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist.

Der freisinnige Antrag wird mit den Vorkommen angenommen, bezgl. die Resolution der Kommission, die Protestbehauptungen dem Reichstanzler zur event. Veranlassung strafrechtlicher Verfolgung zur Kenntnis zu bringen.

Ueber die Wahl des Abg. Volk (natl.) wird Weisungserhebung beschlossen, die Wahl des Abg. Lehmann-Biesbaden (Soz.) wird für gültig erklärt, über die Wahl des Abg. Henning (L.) wird Weisungserhebung beschlossen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident erbittet und erhält, während sich die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Sozialdemokraten erheben, die Ermächtigung, dem Kaiser Franz Josef die Glückwünsche des Reichstages zum 60. Regierungsjubiläum auszusprechen. Ein Antrag des Abg. Hebel (Soz.), die Petitionen noch auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (VertagungsVorlage, dritte Lesungen der ausstehenden Vorlagen.)

Schluss 7 Uhr.

Soziales.

Welche harten Konkurrenzklauseln

den Angestellten unter den heute noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen vielfach auferlegt werden, lehrte eine vorgestern vor der Ersten Kammer des Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung. Der Geschäftsführer Kurt B. stellte gegen das „Deutsche Kolonialhaus Bruno Kattmann" den Antrag auf Entbindung von dem Zwange des Konkurrenzverbots. Ihm war bei Engagement die Verpflichtung auferlegt worden, bei Vermeidung einer Konventionstrafe von 10000 M. in kein Geschäft im ganzen Deutschen Reich einzutreten, welches Speiseöl, Kaffee oder Tee führt, noch sich an einem solchen Geschäft zu beteiligen, noch selbst eins zu eröffnen. Dies Konkurrenzverbot sollte ein Jahr lang vom Tage des Austritts an Gültigkeit haben. Der Kläger betonte, daß er als gelernter Materialist durch seine wenige Wochen währende Tätigkeit im Hause des Beklagten in seiner Existenz völlig unterbunden wäre, und auch das Kaufmannsgericht legte dem Beklagten nahe, auf seine Rechte aus der Klausel des Konkurrenzverbotes freiwillig zu verzichten. Denn nach dem Wortlaut der Klausel wäre dem Kläger die gesamte Kolonialwarenbranche in ganz Deutschland verschlossen, d. h. gerade diejenige Branche, welche der Kläger gelernt habe, denn selbst im kleinsten Kolonialwarengeschäft werden die in Frage stehenden Konsumartikel geführt. — Auf diesen Vorhalt hin entließ sich dann der Beklagte, B. von der Konkurrenzklauseln zu entbinden.

Die Kölner Ortskrankenkasse für die in stehenden Gewerbebetrieben beschäftigten Personen hatte in ihrer Generalversammlung vom 20. November 1906 Vorstandswahlen vorgenommen. Nachdem man die Wahlen der Vorstandsmitglieder aus dem Kreise der Arbeitnehmer begonnen hatte, ergolten noch Erörterungen und Wählreden. Aus diesem Grunde erklärte demnach der Oberbürgermeister von Köln als Vorsitzender, indem er sich auf § 45 des Krankenversicherungsgesetzes berief, die Wahlen von acht Vorstandsmitgliedern (Vogelweilener Pflüg und Genossen) für ungültig. Pflüg und Genossen legten darauf gegen den Bürgermeister in Verwaltungsstreitverfahren und beantragten, die Wahlen für gültig zu erklären, da solche Reden in der Wahlversammlung nicht verboten seien. Der beklagte Oberbürgermeister stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß Erörterungen und Wählreden am Wahlort und in der Wahlversammlung nach allgemeinen Grundregeln unzulässig seien, wenn auch weder das Krankenversicherungsgesetz, noch das Rassenstatut derartige Reden während der Wahlhandlung verbiete. In Betracht zu ziehen sei, daß sie bei den Wahlen für den Reichstag, den Landtag und für die Kreis- und Provinzialvertretungen nach den dafür geltenden allgemeinen Bestimmungen auch nicht statthaft wären. Der Bezirksausschuß in Köln hob die Verfügung des Oberbürgermeisters auf und erklärte die Wahlen für gültig. Begründend wurde ausgeführt: Dem Beklagten sei allerdings zuzugewandt, daß in Ermangelung besonderer Bestimmungen im Krankenversicherungsgesetz und im Rassenstatut allgemeine Bestimmungen maßgebend sein könnten. Es gehe aber nicht an, jede Bestimmung, die sich in irgend einem Gesetz befinde, als allgemeine zu bezeichnen, nur weil sie sich auf einen ähnlichen Gegenstand beziehe. Allgemein sei eine Bestimmung nur, wenn ihre die Wirkung beigelegt sei, tatsächlich eine Gebietseinheit zu regeln. Es gebe nun aber keine allgemeine Bestimmung, daß bei Wahlen schlechthin (das heißt bei allen Wahlen) Erörterungen und Reden ausgeschlossen sein sollen. Alle in Wahlreglements und Vergleichen enthaltenen diesbezüglichen Anordnungen seien daher besondere Bestimmungen und hätten nur für die davon betroffenen Wahlen Gültigkeit. Wo

es an solchen Anordnungen in anderen Gesetzen und in den durch sie zugelassenen Statuten fehle, könnten sie auch nicht im Wege der Analogie herangezogen werden. Bei den Vorstandswahlen der Krankenkasse seien die Reden und Erörterungen, auch wenn sie während des Wahlaufes gehalten würden, nicht als unzulässige Wahlbeeinflussung anzusehen, wie ja auch die vor dem Wahlaufe gehaltenen nicht als solche gelten.

Der Oberbürgermeister legte Revision beim Oberverwaltungsgericht in Berlin ein.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts verwarf am 4. Mai die Revision. Er bestätigte die Vorentscheidung als zutreffend und führte noch aus: Wo keine besonderen Bestimmungen beständen, da müsse man die Zulässigkeit von Erörterungen während der Wahlhandlung nach der Natur der Wahlen beurteilen. Bei den Vorstandswahlen der Krankenkassen spreche nichts dagegen. Das Krankenversicherungsgesetz säreibe nur die geheime Wahl vor. Es müsse unter allen Umständen den Beteiligten die Möglichkeit gegeben werden, geheim ihre Stimme abzugeben. Das sei durch die Wahlreden nicht beeinträchtigt worden. Die Wahlen seien somit gültig.

Dem Kölner Oberbürgermeister würde eine bessere Gesetzeskenntnis sicherlich nicht schaden. Ist es Zufall, daß seine Unterweisung des Gesetzes just dann sich einstellt, wenn sie einem Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht dient? Die volle, wirkliche zivil- und strafrechtliche Haftung der Beamten für die durch Gesetzeskenntnis veranlaßten gezeuhtdrigen Handlungen würden im Interesse der Rechtssicherheit liegen.

Zur „Reitung" des Handwerks.

Wie wir auch aus der Denkschrift über die Wirkung des neuen Handwerkergesetzes ersehen haben, bilden sich die Händler sehr viel auf ihre „Innungseinrichtungen" zur „Förderung" des ehrlichen Handwerks ein. Neuerdings rühren sich die Handwerksmeister Westfalens und fordern ganz „energisch", daß die Großindustrie auch zu den Kosten der Ausbildung der Handwerker herangezogen werden müsse. Begründet wird diese Forderung damit, daß „ein großer Teil der im Handwerk ausgebildeten Lehrlinge und Gesellen später die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten der Industrie zugute kommen lasse. Deshalb will man speziell die Gelder der Großindustriellen haben, um man ja auch sehr oft den Versuch macht, Fabrikarbeiter in die Zwangsinnung einzubeziehen, um zahlungsfähigere Mitglieder zu erhalten! Da nun „politische Parteien" sich dieser Forderung bereits angeschlossen haben sollen, so hat sich die Regierung bereitwillig zur Verfügung gestellt und eine Kundfrage angestellt: „In welchem Umfange handwerksmäßig ausgebildete Leute von der Industrie beschäftigt werden?"

Diese Kundfrage ist gewiß sehr interessant, doch wird sie kaum greifbares Resultat erbringen, den armen Handwerkern selbst wenig nützen. Die Großindustriellen wehren sich auch bereits gegen den Vorschlag, zahlen zu müssen, und lassen erklären, daß „viele industrielle Betriebe selbst ihre Lehrlinge ausbilden, entweder im Betriebe oder in besonderen Werkstätten!"

Ja, ja! Wenn man statt „ausbilden" — „ausbeuten" sehen würde, so dürfte dies auf viele Handwerksmeister und Industrielle zutreffen. Doch man streitet sich weiter über diese Frage, da jede Seite die Ausbildung am zweckmäßigsten beizuliegen will. Daß die Handwerkslehrlinge später ihre Arbeitskraft lieber der Großindustrie verkaufen, weil diese höhere Löhne zahlt, kürzere Arbeitszeit oft hat usw., wird von den Handwerksmeistern natürlich übersehen. Vorläufig beschäftigen sich die Handwerkskammern, Handelskammern und die Regierung mit dieser Frage, weil jedenfalls bald wieder eine „reichsgefällige" Uenderung eintrifft wird. Man will ja alles tun, um das Kleinhandwerk zu „retten", sogar die Volkspolitik ist auf diesen Ton gestimmt worden.

Während sich dies im Westen Deutschlands abspielt, wo der Süden auch nicht abseits stehen. Die süddeutschen Schlossermeister wollen durch die soziale Gesetzgebung sich selbst Erleichterungen verschaffen. Sie fordern allen Erntes, daß für sie eine extra „Schlosserei-Vereinsgenossenschaft" gegündet werde, nachdem die hiesigen Schmiedemeister dies erlaubt bekamen und zum Nachteil der Schmiedegenossen ihre Vereinsgenossenschaft ohne jede Sektionsbildung „funktionieren" lassen. Wiedererhöht auch hier das Geschrei aus tausenden Schlossermeisterkreisen: „Das Handwerk wird zugunsten der Großindustriellen zu hoch belastet! Deshalb der Ruf: „Los von der Süddeutschen Eisen- und Stahlvereinsgenossenschaft", die zu hohe Beiträge fordert.

Ja, der Appetit kommt beim Essen! Erst die Herabsetzung im Krankenversicherungswesen — Gründung zahlreicher wackeliger Innungskrankenkassen, die zum Ruine für die kranken Gefährten ihr Dasein fristen. Nun soll auch die Unfallversicherung umgestaltet werden, damit auch diese dem Handwerk mehr Rechnung trage. Sichert wird auch dann die „Krone der Sozialreform" — die Invalidenversicherung — an die Reihe kommen und eine Versicherungsanstalt für das Handwerk gegründet werden. Auch die Fabrikinspektion gefüllt den Schlossermeistern nicht und soll angefreit werden, daß das Verhältnis der Fabrikinspektion zum Handwerk eine andere Regelung erfahre." Man fordert, daß die Aufsicht von Organen der Handwerkskammern ausgeübt werde!

So ist es recht! Unsere lahme Fabrikinspektion ist den braven Meistern auch noch zu schwach, deshalb sollen auch noch die Handwerkskammern herangezogen werden, damit diese dann auch etwas Bedeutung erlangen. Jetzt sind sie ja doch Pfälzchen, die im Verborgenen — dussten!

Pfälzer Bauern.

Die landwirtschaftlichen Vereine der Pfalz geben zu, daß die hohen Getreidepreise, hohen Viehpreise usw. die Einnahmen der Landwirte ganz gehörig gesteigert haben. Man dürfte aber hinzufügen, daß diese Kaufpolitik nur den Großbauern zugute kam, die armen Kleinbauern nach wie vor am Hungerstich nagen. Da aber das letzte Weinjahr nicht besonders gut ausfiel, so setzt man alle Hoffnungen auf den Jahrgang 1908 und hofft, daß Blattfaukrankheit und Saureturn in andere Gegenden ziehen mögen. Ebenso sehr klagt man über den „Arbeitermangel", der die Weiterführung vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Frage stellt. Schon der Bericht der Vereine für 1906 klagte, daß viele Teile landwirtschaftlichen Besitzes parzellensweise verpachtet werden, weil es an Arbeitskräften fehle. Die Kleinbauern hatten also noch „Kräfte" übrig, um diese Parzellchen zu bearbeiten. Man schlägt nun wiederum vor, daß die Frequenz bei in der Industrie eingeschränkt werden müsse", damit sie schwerer in der Landwirtschaft arbeiten und ausgebildet werden kann; ferner gründlichere Uenderung des Heimatrechts", womöglich Vereinfachung der Freizügigkeit, mehr Enturlaub für Soldaten und wenn dieses alles nicht ausreicht — Vereinfachung von Gesangenen und Zuführung von Zwangsgefangenen. — Soldaten und Gefangene sollen helfen, die fürstliche Erziehung extra für die Landwirtschaft verschärft werden, damit die „verwahrlosten" Kinder der sündigen Proletarier — auf dem Lande durch schwere Arbeit und Bildung — „sittlich erzogen" werden.

Auch die Unfallrentenempfänger sollen strenger kontrolliert werden, da die Kräfte eben zu „hohe Renten" erhalten, Geld kosten, während sie der Landwirtschaft noch Dienste leisten könnten. Alles dies, um der notleidenden Landwirtschaft zu helfen! Dabei schloß der Jahresbericht des Vereins für 1906 schon mit der Bemerkung: „Durchgreifende Hilfe kann nicht gebracht werden, so lange die Landwirtschaft nicht in der Lage ist, dauernd höhere Löhne zu bezahlen, als die Industrie". Vergessen sollten wir auch nicht die Arbeitszeit, Koalitionrecht usw.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Steglitz.
Am Sonntag, den 3. Mai, fand plötzlich unser Mitglied, der Maurer **Heinrich Löhr.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Stieglitz Friedhofes aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Nach langem schweren Leiden verstarb Montag, den 3. Mai, mein lieber Mann und unser guter Bruder, der Maurer **August Lehmann**
gebürtig aus Schmeien a. Warthe im 52. Lebensjahre. 29992
Die trauernde Witwe **Emilie Lehmann** nebst Angehörige.
Die Beerdigung findet vom Trauerhause Samariterstraße 8 am Freitag, den 8. d. M., mittags 1 Uhr, nach dem Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Baters und Schwiegervaters, lagen mir dem Zentralverband der Maurer, Sektion der Bunde, sowie den Genossen vom 730. Bezirk unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Witwe Fiehn.**
Dankfagung.
Für die rege Beteiligung und zahlreiche Kränze bei der Beerdigung meines Sohnes, des Schlossers **Willi Finke** sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Pflanzervereins "Vorgewort", sowie dem Zentral-Verband der Maurer, Sektion der Bunde, und dem Verein der Schneider und Verwandten Genußgesellschaft, herzlichsten Dank.
Frau B. Finke, Wwe.



Blendol
mit dem Putzmännchen
bestes flüssiges Metallputzmittel
In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bergolber **Otto Schulze** am 5. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulus-Kirchhofes im Hagenpark aus statt. 84/2
Nachruf.
Am 2. Mai starb der Kollege Tischler **Karl Puchert.**
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 4. Mai verstarb unser langjähriges Mitglied **August Lehmann**
Samariterstr. 8
im Alter von 51 Jahren an Magenkrebs. 137/18
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. M., nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Kirchhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und reichen Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts **Hermann Kühl** sage ich allen Verwandten, Bekannten, Häften und Vereinen, insbesondere dem Gefangenen- und Musikverein, meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Marie Kühl.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts **Paul Püschel** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, sowie den Genossen des 4. sozialdemokratischen Wahlvereins und dem Gefangenenverein unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Martha Püschel
nebst Kindern.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.
Zweigverein Berlin. Sektion I.
Am Mittwoch, den 6. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Julius Kunze.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Riems-Kirchhofes in Rosend bei Nieder-Schönhausen aus statt. 42/18
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Bitte genau zu beachten!
Westmanns Trauermagazin
Edhaus Kolonnen
Mohrenstraße 37a,
a. d. Jerusalemstraße.
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 115.
2. Haus an der Kündstraße.
Ausführung und Preise
fonturrenlos!
Bei Vorzeigung dieser Anzeige vergüte ich 10 % in bar.

Brennabor
Das beste Rad der Welt
Nur echt mit nebenstehender Schutzmarke
Brennabor-Werke, Brandenburg a. Havel
Filiale Berlin W., Kronenstraße 11, nahe Friedrichstraße.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 28109*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Saubereiderei.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

1. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 6. Mai 1908, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

125 233 424 33 22 [500] 615 1848 67 84 [1000] 404 878	87 2512 629 700 42 63 259 934 3245 530 844 4073 232	560 77 363 269 88 840 5117 [500] 238 308 576 84 6150	96 [1000] 608 [1000] 7060 181 580 499 515 43 780 821	8013 229 307 42 378 890 [500] 732 844 9301 113 34 442	3501 53 557 745 [500] 831 855 89	10183 248 425 [500] 27 47 74 268 788 818 88 11334	477 530 678 [500] 808 12001 361 444 94 885 13021 35 239	802 43 511 [500] 786 816 [1000] 941 14704 523 96 [500]	822 800 1501 88 207 426 787 904 42 79 [1000] 16138 386	8213 229 307 42 378 890 [500] 732 844 9301 113 34 442	7000 427 817 885 17500 413 513 928 18031 73 146 473	7000 427 817 885 17500 413 513 928 18031 73 146 473	827 53 73 540 19217 965 517 968 [1000]	20003 225 508 73 678 756 832 948 21517 47 655 80	613 80 22012 510 19 694 [1000] 23009 102 4 15 97 224	297 783 24012 510 19 694 [1000] 23009 102 4 15 97 224	621 730 910 22621 27 608 911 27011 [1000] 47 187 328	1010 [1000] 28066 224 430 612 [500] 89 929 [1000] 51 [1000]	29074 382 536 42 600 847	30170 341 [1000] 65 294 96 [1000] 483 540 782 812 986	31007 97 217 [1000] 827 410 23 844 784 84 304 32008 130	385 [1000] 526 [500] 843 [500] 88 784 92 [500] 958 77	38217 57 [1000] 223 421 32 42 511 46 470 518 34 950 392	405 45 733 35596 [500] 70 898 36370 606 95 734 74	34000 82 353 37118 205 304 87 400 328 683 725 904 [500]	4 22 38225 420 80 85 868 97 39005 43 444 517 845 965	4 22 38225 420 80 85 868 97 39005 43 444 517 845 965	40254 532 410 200 121 550 [1000] 42401 [500] 532 449	30003 710 97 43218 438 54 [500] 700 92 98 977 44285	482 264 72 45340 614 618 46009 135 254 81 584 89 [1000]	628 [1000] 730 842 47073 319 423 435 548 787 81 48083	333 25 398 57 806 36 49153 301 460 [500] 54 68 [1000]	70 216 864 [1000] 90 700	50141 370 410 51012 35 42 317 540 735 52378 86 481	629 48 327 53023 [500] 298 492 [1000] 625 [500] 54007 93	404 28 327 422 [1000] 804 25 80 55348 [1000] 68 750 84	811 821 914 48 [1000] 56915 54 118 [1000] 548 82 [1000]	618 [1000] 887 908 [1000] 57142 204 401 58 615 [500] 730	81 940 73 58151 200 75 514 20 619 59350 501 [1000] 801 970	60117 421 27 508 601 82 [500] 714 84 [500] 61000	806 478 500 10 463 794 870 62182 607 21 30 859 63048 171	710 232 480 840 53 84100 520 674 790 811 43 [1000] 986 59	65647 74 233 401 94 658 814 912 [1000] 66000 103 207 55	613 [1000] 53 484 864 67310 211 673 116 965 88 68135 302	428 655 920 [1000] 69253 353 84 43 [500] 73 960 73	70103 270 86 300 730 829 87 321 71149 330 490 70 988	72178 285 510 737 73002 307 314 74 [1000] 73 89 417	10000 285 [1000] 74008 63 100 94 [500] 387 693 805 810	75075 258 313 55 805 911 76164 353 543 609 73 819 33	812 97 77439 90 781 [1000] 931 78128 218 217 310 92 92	419 75 625 31 82 710 881 901 [1000] 79154 510 110 972 92	80004 70 199 488 506 [1000] 631 919 81 81800 82 511	708 837 [1000] 82108 540 55 618 21 66 708 24 78 906 59	83185 807 325 678 94 [1000] 845421 [1000] 84 [500] 601 84	760 848 85076 347 48 85 806 643 27 [500] 74 86005 110	230 446 227 [1000] 895 87087 169 603 40 724 [1000] 30 943	88012 18 79 410 39 83 [1000] 647 612 86 802 72 89018 93	236 233 94 426 [1000] 604 714 30 818	90113 451 99 628 734 [1000] 812 73 81 938 91034	900 88 118 [1000] 435 [1000] 73 519 [1000] 637 55 67 728	92159 61 285 [1000] 342 60 744 883 906 93031 103 250 324	84 846 917 94235 [500] 481 872 987 95881 1300 [500] 227 33	85 89 204 619 23 96174 481 67 80 927 814 728 83 919 [1000]	97497 [500] 808 98 980 89055 100 [1000] 27 47 350 794 844	99218 294 336 43 80 87 548 78 850 702 27 69 813	100055 401 575 724 [1000] 32 817 913 101149 247	764 [1000] 883 102013 487 833 [1000] 98 10307 228 470	1000 709 918 29 104014 104 252 3009 41 430 646 800 32	106211 258 599 965 107008 [1000] 41 430 646 800 32	932 108186 586 [500] 631 60 [1000] 68 809 109131 85	588 780 818 85	110049 215 91 [1000] 343 457 602 740 880 84 [1000]	111145 80 217 498 267 80 [1000] 742 [1000] 405 811 73 95	112086 153 96 345 [1000] 604 882 927 36 113501 811 453	588 628 913 114025 168 238 395 201 711 811 74 301	115211 47 51 726 82 [500] 116012 158 605 635 [500]	888 903 95 117159 [1000] 76 800 27 29 118033 156 [1000]	445 61 91 588 800 119014 587 924 51 [1000]	120117 [1000] 25 228 410 16 95 637 [500] 68 121118	12000 296 454 63 615 45 885 945 [1000] 122008 194 261	99 341 424 567 784 48 86 868 [500] 98 [1000] 908 123009	319 41 [1000] 200 34 234 64 401 529 80 [500] 750 124000	317 53 457 506 854 976 125070 77 113 126084 136 822	656 127045 222 31 47 258 447 712 41 012 35 00 128080	770 286 [500] 400 508 654 818 81 979 129013 217 608	10000 784 855 78 941 83 [500]	130181 77 99 212 30 356 [1000] 479 823 980 131158	988 133134 220 430 79 503 [1000] 118 203 944 43 729	355 201 60 581 [500] 44 28 [1000] 623 135071 307 25 [1000]	44 429 595 604 701 42 97 968 136123 359 825 [500]	784 91 901 137111 53 703 [500] 50 87 805 22 138201	84 625 80 93 95 [1000] 908 [1000] 139067 [1000] 158 319	488 525 686 854 933 38 [1000]	140149 570 90 99 744 141108 201 427 73 514 43
---	---	--	--	---	----------------------------------	---	---	--	--	---	---	---	--	--	--	---	--	---	--------------------------	---	---	---	---	---	---	--	--	--	---	---	---	---	--------------------------	--	--	--	---	--	--	--	--	---	---	--	--	--	---	--	--	--	--	---	--	---	---	---	---	--------------------------------------	---	--	--	--	--	---	---	---	---	---	--	---	----------------	--	--	--	---	--	---	--	--	---	---	---	---	--	---	-------------------------------	---	---	--	---	--	---	-------------------------------	---

1. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 6. Mai 1908, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

448 629 718 [500] 77 1068 89 409 31 598 144 51 2333	818 800 3092 180 61 [500] 208 18 42 [1000] 302 [1000]	734 568 4009 197 [1000] 335 [1000] 447 510 610 52 [1000]	847 5401 [500] 507 670 81 756 815 29 853 89 8212 508 46	94 783 818 7016 56 31 459 58 819 833 8003 64 [1000] 294	9358 [500] 499 748 [500] 57 871 934 43	10138 234 377 [1000] 483 86 89 824 26 913 11748 80	808 434 94 [1000] 706 12217 [1000] 395 [500] 96 841 42	10372 320 14203 241 427 15330 [1000] 493 501	739 831 993 94 16047 [1000] 163 82 279 450 59 552 640	945 [500] 17025 363 307 408 67 898 18184 298 848 540	859 884 19067 65 84 1900 [500] 23 74 [1000] 482 54 811	20135 443 818 97 930 [1000] 2113 42 67 73 401 88	717 [1000] 801 22327 [1000] 78 606 [1000] 37 48 753	94 922 23099 120 70 332 455 294 843 [500] 24122 94 289	3000 249 457 800 819 89 25002 74 342 [500] 320 96 730	836 984 26016 740 890 27033 79 384 248 89 316 41 [500]	400 220 730 809 7 63 660 71 23104 63 247 216 70 98 [500]	400 819 693 747 [500] 874 88 911 22911 35 91 268 390	470 760 817 908 20 80 85	30045 [500] 269 468 618 987 31103 22 35 548 80 894	915 71 50 32011 55 386 [500] 338 714 32 898 33244 234	478 889 540 29 34077 181 83 273 335 498 516 73 88 35248	50 302 422 298 775 982 36103 280 93 [500] 532 95 [500]	429 88 [500] 668 75 730 89 765 [500] 37182 115 98 565	3000 941 [500] 42 38379 726 962 39082 123 37 25 219	3000 398 35 [1000] 763 819 822 75 [500]	40075 100 415 519 713 859 [500] 904 41197 300 42004	23 [1000] 106 482 736 [1000] 49 43181 239 307 730 85	833 73 943 44018 [1000] 134 366 [500] 73 367 400 813	45063 103 12 84 535 44 771 894 46064 174 73 [1000] 455	525 534 943 47338 424 563 718 79 814 910 62 48031 114	500 81 82 250 72 326 47 611 737 44 913 78 49185 310	520 [1000] 453 84 701 835	50058 482 [500] 335 756 822 33 [1000] 96 51109 236	508 733 84 52023 391 389 328 53081 125 54 248 414 [1000]	712 89 870 913 47 [500] 56 54977 105 12 72 217 [1000]	400 592 650 771 942 78 55001 [1000] 78 84 [1000] 392 250	1000 48 [500] 785 848 949 79 56190 201 715 21 91 810	960 59 57147 234 30 81 240 402 633 827 906 45 [1000]	58081 [500] 325 59041 [1000] 83 97 214 67 75 [1000]	480 528 [1000] 773	60415 [1000] 306 50 81 629 770 853 [1000] 61188 512	21 812 61 62303 426 54 836 63197 300 450 543 60 [1000]	622 971 64120 301 304 23 47 67 65092 231 65 250 410	1000 613 948 60601 300 237 329 [1000] 438 73 [1000] 618	896 67327 46 568 448 754 835 68000 40 70 117 67 81	388 [1000] 693 10 512 7 658 85 713 933 [1000] 69043 109	404 063 621 [1000] 323 827 280 81	70138 421 811 547 75 659 720 84 71100 47 [1000] 443	524 82 7127983 88 106 617 775 73300 6 20 660 720 33	74018 208 [1000] 33 227 457 [1000] 604 227 34 75475	714 76096 103 10 222 82 240 70 211 74 [1000] 753 87 887	10000 900 77048 234 [1000] 523 35 21 684 707 803 78027	46 60 269 630 886 92 [1000] 79292 83 85 133 200 414 515	623 84 74 78 703	80078 121 332 658 47 717 81 885 81082 [500] 408	83 841 904 82081 135 [1000] 79 316 56 885 93 88 [1000]	83111 21 10 220 972 4 84000 [1000] 309 759 88 [1000]	800 808 85060 [1000] 194 398 430 [1000] 975 86470 650	787 301 87261 607 38 [1000] 818 908 29 88415 501 89143	318 [1000] 96 644 55 55 800 54 900 7	90341 51 302 21 818 978 91123 465 80 504 817	10000 92185 334 452 884 93014 217 219 304 753 807 927	94081 145 273 82 496 673 95067 126 235 688 814 [1000]	48 73 96135 16 220 49 378 429 78 [1000] 750 [1000] 97140	906 876 79 [1000] 840 31 790 96 98100 [1000] 324 435 70	871 771 939 99999 201 811 763 81 83 917	100102 [1000] 703 402 699 56 790 854 47 911 101077	858 877 91 99 911 31 71 102205 34 715 35 91 903 [1000]	103123 31 231 403 580 683 854 928 104012 30 201 684	105076 106 473 227 641 775 863 942 108043 128 97 324	71 699 854 [1000] 60 107089 143 95 96 485 545 69 805 29	88 108065 210 218 37 549 688 718 109158 [1000] 211	428 260 601 870	110022 64 118 314 50 95 807 70 562 631 786 [1000]	111083 197 [1000] 207 313 530 455 719 [1000] 820 22 [500]	112116 221 393 329 42 081 [500] 217 903 [1130]	492 850 90 974 85 900 [1000] 114170 223 28 418 65 84 260	97 782 873 116088 48 150 228 87 841 618 708 328 116290	71 377 523 86 117191 602 739 911 118183 70 910 940	119074 821 83 427 618 747 816 941	120310 31 405 [1000] 505 74 81 797 121140 [500]	754 718 27 [1000] 122201 [1000] 98 825 47 488 540 [500]	123025 320 37 821 124050 137 [1000] 230 80 [1000] 553	613 43 749 821 928 71 125043 260 313 89 37 428 715	10000 26 89 875 636 126056 82 324 432 543 619 8901	127052 258 84 [1000] 413 682 832 826 91 128132 474	622 29 129025 065 81 570 713 887	130034 68 141 455 99 [1000] 723 63 [1000] 879
---	---	--	---	---	--	--	--	--	---	--	--	--	---	--	---	--	--	--	--------------------------	--	---	---	--	---	---	---	---	--	--	--	---	---	---------------------------	--	--	---	--	--	--	---	--------------------	---	--	---	---	--	---	-----------------------------------	---	---	---	---	--	---	------------------	---	--	--	---	--	--------------------------------------	--	---	---	--	---	---	--	--	---	--	---	--	-----------------	---	---	--	--	--	--	-----------------------------------	---	---	---	--	--	--	----------------------------------	---

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint zum Himmelfahrtstage. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Renaufnahmen bis spätestens Dienstag, den 12. Mai, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Bartsch, NW. 23, Plessingstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, SW. 47, Hugelbergstraße 27.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93, III.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Strahmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 51, Durgelb. part.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Genschel, N. 28, Wolliner Straße 51, II.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenhallstraße 24.
Für Zeltow-Weesow an den Genossen Karl Rofe, Rixdorf, Seldauer Str. 15-16, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Deltow, Pansienstr. 17.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 12. Mai eintreffenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde eintreffen, ist, wenn es sich um eine Eilangelegenheit handelt (Bergungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Genschel, Berlin N. 28, Wolliner Straße 51 II.

Charlottenburg. Den Parteigenossen hierdurch zur Mitteilung, daß am Freitagabend 7 Uhr in den bekannten Lokalen eine Flugblattverbreitung zur Landtagswahl stattfindet, in welcher besonders zur Einsichtnahme in die Wählerlisten aufgefordert werden soll.

Duch (Bezirk Französisch-Buchholz). Am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal des Herrn Albrecht eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Stadthagen über die preussische Landtagswahl sprechen wird. Genossen, sorgt für einen guten Besuch dieser Versammlung. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

Stadt und Arbeitslosigkeit.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung betr. Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit hat nunmehr nach drei weiteren Sitzungen am letzten Dienstag seine Arbeiten definitiv beendet. Erst auf Drängen unserer Vertreter wurde bekanntlich die Materie nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen, die Mehrheit hätte es sehr gern bei der Abtragung des Müllberges auf dem Stralauer Anger und der Annahme des dringlichen Antrages am 13. Februar im Plenum betr. raschere Zuangriffnahme und Weiterführung aller städtischen Bauten, bewenden lassen.

Abgelehnt wurde in der Ausschusssitzung am Dienstag von allen bürgerlichen Vertretern ein Antrag der drei sozialdemokratischen Vertreter, Mittel bereit zu stellen, zur Leistung eines Zuschusses bis zu 50 Prozent an die Arbeiterberufsvereine für die ihren Arbeitslosen gezahlten Unterstützungen im vierten Quartal v. J. und ersten Quartal d. J. Ferner wurden abgelehnt — gegen eine starke Minderheit — als vorbeugende Maßnahmen zu empfehlen: 1. „Das Zuangriffnehmen städtischer Arbeiten in zweitem Eintritte einer akuten wirtschaftlichen Krise alle Vorbereitungen zu treffen, um zurückgestellte städtische Arbeiten für gelehrte und ungelehrte Arbeiter sogleich in Angriff nehmen zu können.“ Beides wurde von der Mehrheit für undurchführbar erklärt. 3. „Den Magistrat aufzufordern, für eine laufende Statistik über die Lage des Berliner Arbeitsmarktes, insbesondere auch über den Grad der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen und fortlaufend zur Veröffentlichung gelangen zu lassen.“ Letzteres wurde abgelehnt mit der Motivierung, der Magistrat habe ja schon seine Zustimmung gegeben zu einer solchen Statistik und sei dieselbe in Vorbereitung.

Einstimmig angenommen wurde der Antrag, „mit dem Magistrat in gemischter Deputation über die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung für Berlin in Beratung zu treten“.

Das Bestreben einiger bürgerlicher Vertreter (Handwerksmeister), für sich beziehungsweise ihren „Stand“ etwas bei der Gelegenheit herauszufecheln durch Empfehlung eines Antrages, bei Vergebung städtischer Arbeiten nur hiesige Unternehmer zu berücksichtigen, mißlang. Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem unsere Vertreter sich energisch dagegen gewendet hatten.

Von einem nicht künstlerischen bürgerlichen Vertreter wurde noch auf die Konsequenz dieses Antrages hingewiesen, daß dann ja auch nur hiesige Arbeiter bei diesen Arbeiten beschäftigt werden dürften. Davon wollten die Antragsteller

natürlich nichts wissen. Nur zu natürlich, da die Verringerung der Arbeitslosigkeit hier nur Deckmantel sein sollte.

Nunmehr hat sich das Plenum zum dritten Male mit dieser Angelegenheit zu befassen. Aber das Fazit kann wohl jetzt schon gezogen werden. Es bleibt bestehen, daß die bürgerliche Klasse nicht über den Schatten der unverschuldeten Arbeitslosigkeit hinweg kam? Nur mit äußerstem Widerstreben erklärt man sich zu einigen Konzessionen bereit.

Die Kritik seitens eines unserer Vertreter an den Zuständen bei der Abtragung des Müllberges auf dem Stralauer Anger tat Stadtrat Fischer damit ab, daß er an die Straßenreinigungsdeputation verwies. In der vorigen Sitzung hatte er sich noch „vorbereitet“. Ein besseres Eingeständnis des vom „Vorwärts“ Geschilderten kann es nicht geben. Einem Unternehmer wird hier ein nicht unbeträchtlicher Profit zugeschanzt — und das soll auch nur ein vernünftiger Mensch als Arbeitslosenfürsorge seitens des Magistrats der Haupt- und Residenzstadt Berlin betrachten.

Die Austritte aus der Landeskirche

machen den Kirchengemeinden viel Kopfschmerzen und veranlassen sie, zu Mitteln zu greifen, um der Kirchenflucht Einhalt zu tun. Je nach Lage der einzelnen Gemeinden sind diese Mittel verschiedener Art. Einige Kirchengemeinden beschränken sich darauf, diejenigen, die ihren Austritt aus der Kirchengemeinschaft angezeigt haben und deren Adressen ihnen vom Amtsgericht mitgeteilt werden, durch ihre Seelsorger in der Wohnung besuchen zu lassen, um die Dissidierenden durch freundliches Zureden zur Verrückung ihres Entschlusses zu bewegen. Andere Gemeinden, wie beispielsweise die Himmelfahrtsgemeinde, schieben den Austrittenden ein säuberlich lithographiertes Schreiben ins Haus, in denen auf das Risiko aufmerksam gemacht, das die verstoßenen Sünder mit dem Kirchenaustritt auf sich nehmen und in welchem um Besuch beim Pfarrer gebeten wird. Der Gemeindeführer und die Kirchenvertretung von Tabor warnen gar in einem dieser Tage im Südosten verbreiteten Flugblatt vor übereilem Austritt aus der evangelischen Landeskirche. In diesem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Der Austritt zum Dissidententum dagegen ist in den meisten Fällen gleichbedeutend mit völligem Verzicht auf jede Religion. Ohne Religion aber gibt es keine Selbstzucht, keine Kindererziehung, keine Volkserziehung. Ohne Religion sind Moral, Bildung und Ordnung aufs höchste gefährdet. Familie, Schule und Staat bedürfen der Religion als ihres festesten Bandes und ihrer sichersten Stütze.“

Die Gefährdung oder der Verlust dieser Güter sind die schlimmsten Folgen des Austritts zum Dissidententum. Äußere Folgen sind der Verlust des Rechts, Bate zu werden, der Verlust des Rechts auf kirchliche Trauung, des aktiven und passiven Wahlrechts in der Gemeinde, der Teilnahme am heiligen Abendmahl, der Beerdigung auf einem kirchlichen Friedhofe, des Anspruchs auf Krankenpflege durch Gemeindefürsorgern und auf Unterstützung durch kirchliche Mittel. Diese äußeren und jene inneren Folgen haben die Ausgetretenen schon oft zu ihrem größten Bedauern erfahren.

Den Austritt aus der Landeskirche, wenn er reiflich und ernst überlegt ist, können und wollen wir nicht hindern, wenn wir ihn auch bedauern: Gerade weil unser Christentum und unsere Kirche und die höchsten Güter sind, wollen und dürfen wir sie niemandem aufhängen; dazu sind sie uns zu kostbar. Da aber erfahrungsgemäß die Austrittserklärung trotz der umständlichen Formalitäten häufig übereilt und unbedacht geschieht, da die Sekteln auf Krankenbetten und in Augenblicken höchster seelischer Erregung Mitglieder werden, die Feinde des Christentums aber den Alkohol, die Leidenschaft politischer Parteikämpfe und äußere Notlagen aller Art als Mittel benutzen, um den ihnen erwünschten Abfall Schwacher und Unbesonnenen von der Landeskirche durchzuführen, so halten wir es für unsere Bürger- und Christenpflicht, vor solchem übereilem Austritt zu warnen.“

Schredlich ist es, zu lesen, was einem alles blüht, wenn man der Landeskirche Valet sagt. Was den Hinweis anbetrifft, daß der Austrittende das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde verliert, so wollen wir besonders darauf aufmerksam machen, daß dieser Passus sich lediglich auf die kirchlichen Wahlen bezieht und mit dem politischen Wahlrecht zur Stadtgemeinde nichts zu tun hat. Interessant ist das Zugeständnis, daß Familie, Schule und Staat der Religion bedürfen als ihres festesten Bandes und ihrer sichersten Stütze. Damit wird bestätigt, was wir schon immer behauptet haben, daß die heutige Kirche nichts weiter ist als ein Mittel, das heutige Staatswesen zu stützen und aufrechtzuerhalten. Nun können wir beim besten Willen nicht einsehen, daß dieses Staatswesen ein solches ist, daß es unanfechtbar ist. Im Gegenteil sind wir der Meinung, daß der heutige Staat, die heutige Gesellschaftsordnung auf der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen beruht und nichts weniger als christlich ist. Gerade deswegen bekämpfen wir die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung und wirken für Herbeiführung von Zuständen auf sozialistischer Grundlage. Die Kirche aber stellt sich direkt in den Dienst des heutigen Staates. Daß sie das so offen sagt, wie das im Flugblatt geschieht, wollen wir ihr nicht weiter verübeln; aber Leute, die erkannt haben, welche Rolle die Kirche hierbei spielt, werden sich durch die Warnung nicht abhalten lassen, ihre Ueberzeugung so zum Ausdruck zu bringen, wie sie das für notwendig halten.

Was die im Flugblatt enthaltene Bemerkung anbelangt, daß die Feinde des Christentums den Alkohol, die Leidenschaft politischer Parteikämpfe und äußere Notlagen aller Art benutzen, der Kirche ihre Schäflein abwendig zu machen, so nimmt sich das im Munde der Kirchenväter recht sonderbar aus und bedarf wirklich keiner ernsthaften Widerlegung. Als ob nicht „die Notlagen aller Art“ gerade durch die heutigen Zustände herbeigeführt würden, für deren Aufrechterhaltung sich die Kirche tagtäglich bemüht, und ob nicht die Kirche gerade da ihre festesten Sitze hat, wo das Volk vom Alkoholteufel noch eingelullt ist.

Die Kinderspeisung in den Sommermonaten hat im Magistratskollegium nicht solche Gegenliebe gefunden als in dem von der Stadtverordnetenversammlung zur Vorprüfung eingesetzten Ausschuss. Der Magistrat hat vielmehr beschlossen, zunächst einmal das Resultat der von ihm angeordneten Nachprüfungen, welche durch die Organe der Armenverwaltung vorgenommen werden sollen, abzuwarten. In jedem Schulkreis sind je zwei Schulen herausgegriffen worden und es soll nun festgestellt werden durch Recherchen der Armenkommissionen, ob die Direktoren der Schulen nicht zu leichtfertig bei der Abgabe der Speisemarken waren, Abgesehen von dieser höflichen, die Direktoren und Lehrer

gerade nicht ehrenden Nebenkontrolle, muß auf das allerentgegenstehe Bewahrung dagegen eingelegt werden, daß dieser Kinderspeisung der Charakter der Armenunterstützung aufgeprägt werden soll. Überall da, wo solche Speisungen eingeführt sind, hat man ausnahmslos daran festgehalten, daß die Zuangriffnahme nicht als Armenunterstützung angesehen werden darf. Auch die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat nicht im Zweifel gelassen, daß sie derselben Meinung ist. Und nun trotzdem dieses Vorgehen! Wenn schon eine Nachprüfung erfolgen sollte, wäre es ein Leichtes gewesen, dieselbe durch die Schulkommissionen vornehmen zu lassen, die sich aus denselben Kreisen wie die Armenkommissionen, vielfach aus denselben Mitgliedern zusammensetzen.

In der Ausschusssitzung hat der Schulrat Dr. Fischer ein reiches Zahlenmaterial vorgelegt, wonach unter anderem durch die Direktoren festgestellt wurde, daß 4800 Kinder weder mittags noch abends ein warmes Essen zu Hause erhalten. Diese Zahlen scheinen auf den Magistrat gar keinen Eindruck gemacht zu haben, denn erst muß wiederum recherchiert werden, ob nicht hier und da eines der Kinder für 10 Pf. Suppe zu Unrecht erhalten hat. Bis zur Erledigung dieser Recherchen können die anderen hungernd auf der Schulbank sitzen.

Hier kommt wieder einmal das ganze Milieu der Berliner Verwaltung so recht kraft zum Ausdruck. Nur ja nicht in sozialer Beziehung etwas freiwillig tun; immer gezwungen, nie freudigen Herzens, sondern mißmutig und verdrossen, ohne jeden großen Zug; kleinlich und engherzig; eine Haltung, die der Stadt Berlin den Ruf der rückständigsten Stadt der Welt eingetragen hat.

Ueber die Feuerfährlichkeit in den Berliner Schulen sind wiederholt Mitteilungen der Schulverwaltung in die Öffentlichkeit gebracht worden, wonach es, bei verschiedenen und wiederholten Versuchen gelungen sei, die Schulen bei Feueralarm in 1 1/2 bis 3 Minuten vollständig zu entleeren, d. h. die Kinder ins Freie zu bringen. Ob das bei allen Schulen, namentlich den älteren, zutrifft, ist aus den Mitteilungen nicht ersichtlich; bei den Volksschulen sicher nur in den allerersten Fällen. Auf einen Umstand möchten wir aber doch aufmerksam machen. Der größte Teil unserer Schulen befindet sich auf völlig eingebaute Hinterland. Welchen Gefahren solche eingebauten Schulen ausgesetzt sind, das hat wohl zur Genüge der Brand der Garnisonkirche gezeigt. Wäre der Brand während der Schulstunde ausgebrochen, dürfte die hinter der Kirche befindliche Gemeindefschule infolge der Verqualmung und mit Rücksicht darauf, daß die Schule nur einen Ausgang nach der Garnisonkirche besitzt, arg in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Ganz ähnliche oder noch viel schlimmere Verhältnisse finden sich z. B. in den Gemeindefschulen 110 und 174 in der Schönhauser Allee 166a. Diese von zirka 2000 Kindern besuchten Schulen haben nur einen schmalen schlauchartigen, 6 Meter breiten und zirka 70 Meter langen Ausgang nach der Straße und sind ringsum von Fabrikfen eingebaut. Was hier bei einem Brande, der den Ausgang absperret, entstehen kann, läßt sich gar nicht ausdenken. So wie hier liegen die Dinge duhndertfach, hier scheint uns die Bauverwaltung die Aufgabe zu haben, sich dagegen zu wehren, wenn von ihr im Interesse der Kammereverwaltung verlangt wird, die Grundstücke bis aufs letzte Quadratmeter auszunutzen, anderseits aber dafür zu sorgen, daß für solche gefährdete Grundstücke ein zweiter Ausgang, wenn auch nur Notausgang, geschaffen wird; man soll sich nicht erst durch die Polizei dazu zwingen lassen.

Ran komme uns nicht mit dem Einwand: „Ach, in Berlin kann so leicht nichts passieren“. Schneller als man denkt ist das Unglück da und dann wälzt jeder die Verantwortung dafür ab. Man beuge also beiseiten vor.

Krankenkassen-Frühen für Freikundführer.

Von dem Berliner „Abonnementsverein von Dienstherrschaften für kranke Diensthoten“ hatten wir kürzlich (in Nr. 93) auf Grund der Angaben der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ gezeigt, wie wenig dieses von einer Klasse freimüthiger Männer geleitete Versicherungsinstitut dem Ideal entspricht, das von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Rugdan worden ist. Herr Dr. Rugdan gehört selber zu dem aus elf Personen bestehenden „Aufsichtsrat“, den der Abonnementsverein sich leistet und dem aus Vereinskassen eine „Entschädigung“ von zusammen 5000 M. pro Jahr gezahlt wird. Die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ berichtet jetzt auch über die Jahresversammlung des Vereins, die Ende April abgehalten wurde und unter anderem darüber zu beschließen hatte, ob besagtem „Aufsichtsrat“ statt der bisherigen „Entschädigung“ fortan eine solche von zusammen 10 000 M. pro Jahr zu zahlen sei.

Der Verein hat im letzten Jahr 61 792 Dienstherrschaften als Mitglieder gehabt, aber zu der Versammlung hatten sich nur zirka 70 Personen eingefunden. Daß selbst in diesem kleinen Konventikel, diesem auserlesenen Häuflein noch Rögler sein würden, werden die „führenden Männer“ kaum erwartet haben. Der „Direktor“ des Vereins, Herr Leopold Rosenow, Stadtverordneter von Berlin, Abgeordneter zum preussischen Landtag, Inhaber der Goldleistenfabrik Rosenow u. Co., war als einer der ersten zur Stelle. Er hatte eine festlich weiße Kravatte umgetan, machte in bekannter Manier die Honneurs und begrüßte die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer mit gewinnendem Händedruck. Aber die Rögler waren unempfindlich für alle Liebenswürdigkeiten. Sie bemängelten, daß in dem Jahresbericht mit keiner Silbe gefagt ist, was eigentlich der „Aufsichtsrat“ für seine bisherigen 5000 M. „gearbeitet“ habe, ja, sie sagten sogar, wozu denn bei acht Beamten, überhaupt noch ein „Aufsichtsrat“ von elf Personen nötig sei. Hiernach hielten die Rögler es für geraten, ihren Antrag auf Gewährung von künftig 10 000 M. einstweilen zurückzuziehen, und so kamen Dr. Rugdan und die Seinen diesmal nicht um die erhoffte Zulage.

Die acht Beamten kriegen ein Jahresgehalt von zusammen 20 251 M. In der Versammlung wurde beantragt, aus dem erzielten Ueberschuß 20 000 M. dem Beamtenunterstützungsfonds zuzuführen. Das wurde mit großer Mehrheit bewilligt. Die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ hebt hier hervor, daß allein dem „Direktor“ 6000 M. und dem Rentanten 5000 M. als Gehalt gezahlt werden, so daß auf die sechs anderen Beamten zusammen nur 251 M. Gehalt entfallen. Das Blatt bemerkt dazu: „Da werden Unterstützungen allerdings nötig sein.“

„Direktor“ ist, wie schon gefagt, jetzt Herr Rosenow. Auch bei ihm wird mancher fragen, was er für seine 6000 M. „gearbeitet“ hat. Was kann er noch zu tun haben neben dem Rentanten, der mit 5000 M. bezahlt wird? In der Versammlung wurde diese Frage tatsächlich aufgeworfen. Dem „berdienten“ Mann — nicht dem Rentanten, sondern dem „Direktor“ — sollte nämlich eine Erhöhung seines Gehaltes auf 9000 M. pro Jahr bewilligt werden, und hiergegen opponierten wieder die Rögler,

Einer behauptete, der „Direktor“ sei ja Nebenache, in Wirklichkeit falle die Last der Arbeit dem Rentanten zu. Aber aus der Reihe der Nachhabenden und Mahgebenden wurde erwidert, Herr Rosenow sei „im Hauptberuf“ „Direktor“ des Vereins, er widme diesem Amt „seine ganze Kraft“, da seien die bisherigen 6000 M. ein „Lumpengehalt“. Und der Antrag wurde durchgedrückt: Herr Rosenow kriegt seine 9000 M. bewilligt. Wie gönnen sie ihm. Aber die eine Frage muß an ihn gerichtet werden, wieviel Zeit und wieviel Arbeitskraft er nach für seine anderen Bemühen übrig haben kann, wenn das Amt eines „Direktors“ des Abonnementvereins ihm „Hauptberuf“ ist und er „seine ganze Kraft“ dafür hergibt. Da hätte Herr Rosenow es für seine Pflicht halten sollen, sich nicht wieder jezt um das Mandat eines Abgeordneten zum Landtag zu bewerben. Und auch für die Stadtverordnetenversammlung sollte er, wenn dort sein Mandat abläuft, nicht wieder kandidieren. Bei 9000 M. Gehalt können ja die Mitglieder des Vereins in der Tat fordern, daß der Herr „Direktor“ ihnen „seine ganze Kraft“ widmet. Uebrigens wollte die Versammlung nun auch dem Rentanten das Gehalt erhöhen, von 5000 M. auf 6000 M. Der „Aufsichtsrat“ winkte ab, doch die Versammlung beschloß so. Die letzte Entscheidung hierüber steht aber dem „Aufsichtsrat“ zu, dem Dr. Mugdan und seinen „mitbeauftragenden“ Kollegen. Ja, Rentant, warum bist du kein Rosenow!

Das Beispiel des Abonnementvereins lehrt, wie Dr. Mugdan und die Seinen da wirtschaften, wo sie selber kommandieren dürfen. Das sind dieselben Freisinnigen, die sonst der Sozialdemokratie nachhaken, daß sie in den Ortskrankenkassen die Verwaltung verteilen und die Befehlung der Leiter mit Parteileuten erzwingen. Mugdan und die Seinen kennen in ihrem Versicherungsinstitut nicht mal eine Mitwirkung der meistinteressierten Personen, der Dienstmädchen nämlich. Auch sonst ist ja dem Freisinn die freie Betätigung der Arbeiterklasse im Versicherungswesen verhaßt. Sollen die Dienstmädchen dreingureden, so würden sie bald Einspruch dagegen erheben, daß dem Verein ein höchst überflüssiger „Aufsichtsrat“ und ein ebenso überflüssiger „Direktor“ aufgedrückt wird. Das Geld, das von diesen Herren geschluckt wird, könnte für eine bessere Krankenversorgung verwendet werden. Durchaus zutreffend sagt die „Deutsche Krankenlassen-Zeitung“, man dürfe hier nicht mit dem Einwand kommen, daß dieser Verein nur eine Gastpflichtversicherung der Herrschaften sei. Für die Herrschaften wie für die Dienstmädchen hat er in seinen Leistungen keine andere Bedeutung, als die einer Dienstmädchen-Krankenliste, leider nur einer schlecht verwalteten, teuer wirtschaftenden und wenig leistenden.

Die erste städtische Straßenbahnlinie Vichot-Krankenhaus—Stettiner Bahnhof—Baltensplatz sollte ursprünglich zum 1. Juni dieses Jahres eröffnet werden. Der Termin wird sich, wie berichtet wird, nicht einhalten lassen, da die Lieferung der Wagen durch mehrere kleine Änderungen, die auf Anordnung der Aufsichtsbehörde vorgenommen werden, sich um etwa 14 Tage verzögern dürfte. Die Festlegung des Tarifs und der Abonnementpreise für die städtische Straßenbahn wird dieser Tage durch die Verkehrsdeputation erfolgen. Zum Betriebsleiter der Straßenbahn ist der jetzige Bauleiter Dr.-Ing. Dietrich ausersehen.

Ein Volkendruck ging in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gegen 12 und 1 Uhr in Berlin nieder. Erst kam das Wetter von Südosten herauf und dann von Nordwesten zurück. Der Regenfall war so stark, daß Straßen und Plätze in kurzer Zeit überschwemmt waren, besonders in der Vorstraße unter der Eisenbahnüberführung stand das Wasser wieder fußhoch. Von der Kapbach-, Kahler- und Bauhaverstraße kam das Wasser in großen Strömen herab. Eine große Zahl von Grundstücken, besonders Keller, wurden unter Wasser gesetzt. In der Kronenstraße mußte das eingedrungen Wasser von der Feuerwehre wieder ausgepumpt werden. Auch in die Baugruben der Untergrundbahn des Radialsystems 11 usw. sind große Mengen des Regens eingedrungen.

Merkwürdige Gerüchte. Aus häufigen Anfragen, die an die Große Berliner Straßenbahn gelangen, ist zu ersehen, daß im Publikum Gerüchte verbreitet sind, nach denen die Straßenbahn Sammlern von Fahrscheinen Prämien gebe. Hartnäckig behauptet sich z. B. die Ansicht, daß jede Person, die eine Million Fahrscheine gesammelt hat, einen Flügel als Prämie erhalte. Nach einer anderen vielfach verbreiteten Meinung gewähre die „Große“ den Einfindern von 200 000 Fahrscheinen eine Freifahrt. Diese Gerüchte entbehren natürlich jeder Begründung. Die Straßenbahn hat für verbrauchte Fahrscheine keine Verwendung und hat auch niemals daran gedacht, Prämien dafür auszugeben.

Das rätselhafte Verschwinden zweier Schülerinnen beschäftigt die Polizeibehörden. Es handelt sich um zwei 13jährige Mädchen, die anscheinend verschleppt worden sind. Seit drei Tagen wird die 10 Jahre alte Herta Jmmanski aus der Oppelnerstraße 31 vermißt. Die Kleine war von Hause fortgegangen, um die Schule aufzusuchen. Seitdem ist sie spurlos verschwunden. Man befürchtet, daß sie in böswilliger Absicht verschleppt worden ist. Das gleiche Schicksal scheint die gleichaltrige Schülerin Anna Konrad, die Tochter des Schiffers Konrad, der gegenwärtig mit seinem Fahrzeug an der Mojesbrücke vor Anker liegt, zu teilen. Das Mädchen ist seit einigen Tagen von dem Fahrzeug verschwunden. Es wollte ebenfalls nach der Schule gehen, ist aber dort nicht eingetroffen und auch nicht wieder zu den Angehörigen zurückgekehrt.

Eine Familientragödie.

Die Bergweilungstat eines unglücklichen Familienvaters hat gestern die Bewohner des Hauses Elbinger Straße 84 in Aufregung versetzt. Durch die Polizei wurden dort die bereits in Verwesung übergegangen Leichen des 42 Jahre alten Schankwirts Franz Zippler und seiner 13jährigen Tochter Alice in ihren Betten liegend aufgefunden. Das Fehlen jeden Zeichens äußerer Gewalt in Verbindung mit dem allgemeinen Befund läßt nur die Annahme zu, daß der Vater sein Kind und hierauf sich selbst durch Gift getötet hat. Der Beweggrund zur Tat ist Bergweilung über die Kollage und die Krankheit, unter der Vater und Kind zu leiden hatten. Die Leichen und Reste von vorgefundenen Getränken wurden beschlagnahmt.

In unendlich tiefes Großtaubelend läßt diese Familientragödie blicken. Im Erdgeschoß des Seitenflügels Elbinger Straße 84 wohnte seit dem 1. April d. J. der tuberkulöse und rüdenmarkleidende Schankwirt Franz Zippler, nachdem er seine Ehefrau durch den Tod verloren hatte, mit seinem schwer an Krämpfen leidenden zwölfjährigen Töchterchen Alice in großer finanzieller Verdrängnis allein. Der geringe Erld, den er aus dem Verkauf seines in der Heinersdorfer Straße 8 belegenen Schankgeschäftes erzielt hatte, war in den letzten Tagen gerichtlich mit Beschlagnahme worden und das hat in dem ohnehin von körperlichen Qualen gepeinigten Manne augenscheinlich den Entschluß befestigt, seines kranken Kindes Leben und dem seinen ein Ende zu bereiten. Seit dem letzten Freitag, also seit ungefähr 6 Tagen wurden beide im Hause nicht mehr gesehen. Erst gestern, als die Mitschülerin und Cousine der kleinen Alice ihren Vater erzählte, daß dieser schon so lange in der Schule fehle, und daß in der 3. jenen Wohnung niemand öfne, begab sich der Bruder des Toten, der Chauffeur Hermann Z. zur Polizei und drang mit ihr in die Wohnung ein. Vater und Kind wurden in halbverwesem Zustande vorgefunden. Neben des Vaters Bett stand eine halbe Flasche Rotwein, neben dem des Kindes eine Flasche mit Rotwein. Heber der Brust des

unglücklichen Kindes, das Schaum vor dem Munde hatte, war ein sauberes Handtuch gebreitet. In der Tür der Wohnung steckte eine Postkarte, durch die der längst Entseelte aufgefordert wurde, wegen des unentschuldigsten Ausbleibens seines Kindes vor dem Rektor der H. Gemeindefschule in der Heinersdorfer Straße in dessen Amtszimmer zu erscheinen. Die Leichen von Vater und Kind wurden dem Schauhause zugeführt.

Unter dem Automobil gerammt. Ein schrecklicher Automobilunfall hat sich gestern morgen auf dem Gesundbrunnen zugegetragen. An der Hand der Großmutter war der achtjährige Schüler Kurt Doppe, Reimendorfer Straße 78, durch die Wiesenstraße gegangen. Als Großmutter und Enkel an der Ecke der Hochstraße den Fahrzeugen kreuzen wollten, kam ein Privatautomobil in scharfem Tempo herangefahren. Ersthoben versuchte die alte Frau mit dem Knaben den Bürgersteig zu erreichen. Es sollte aber nicht mehr ganz glücken. Der kleine S. wurde von den Rädern des Kraftwagens erfaßt und überfahren. Der rechte Oberschenkel wurde dem bedauerndwertigen Kinde gerammt. Außerdem erhielt es erhebliche innere Verletzungen. In hoffnungslosem Zustande fand S. im Kinderkrankenhaus Aufnahme.

Im Passage-Theater (Unter den Linden) erregt gegenwärtig der Rechen- und Gedächtnisrätsel Dr. Rüdke Stauern und Aufsehen. Herr Rüdke besitzt die Gabe, in Karren geschriebene Ziffernreihen von 25, 38, 48 Ziffern und mehr, die er nur einmal gehört hat, sofort in allen möglichen und verschiedenen Reihenfolgen aus dem Gedächtnis wiederzugeben. Herr Rüdke sagte die auf eine Tafel in graphischer Anordnung geschriebenen Zahlen vorwärts, rückwärts, hintereinander, untereinander und in der Diagonalen her. Als Rechengenie betätigte er sich insofern, als er drei- und vierstellige, ihm aus dem Publikum zugerufene Zahlen mit einer verblüffenden Schnelligkeit ins Quadrat erhob und umgekehrt acht- und neunstellige Zahlen sofort in die Wurzel auslöste, ohne jedes Bestimmen. Die anderen Punkte des Variétéprogramms weisen teilweise ganz annehmbare Leistungen auf.

Bei der Raifeier in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 48-49, ist ein Kinderhut gefunden worden; derselbe ist abzuholen bei F. Fröhlich, Neufeldstraße 10a, Stfl. 2 Tr.

Bermittelt wird seit dem 1. Mai der Former Robert Hentschel, Berlin, Stralauer Allee 17d, ledig. Wie aus zurückgelassenen Briefen hervorgeht, hatte S. die Absicht, durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden. Längere Arbeitslosigkeit und Krankheit haben ihn schwermütig gemacht. Der Vermittler ist 24 Jahre, 1,70 Meter groß, schlant und hat dunkelblondes Haupthaar, etwas Glage, kleinen fleckigen Schnurrbart und gesunde bräunliche Gesichtsfarbe. Bekleidet war er mit schwarzem Anzug, dunklem Winterüberrock mit weißen Streifen und schwarzem steifen Hut. Etwasige Mitteilungen über den Vermittler werden erbeten an Herrn Reumann, Runderlauf „Vorwärts“ — dessen Mitglied Hentschel war — Stralau, Tunnelstraße 17.

Gesperrt wird der nördliche Fahrdamm der Werderstraße von der Oberwallstraße bis zur Kurstraße behufs Ausführung von Gleisarbeiten vom 6. d. Mts. ab.

Vorort-Nachrichten.

Zegel.

In der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretung wurde über die Beschaffung elektrischer Kraft für den Hofen, Kreisbahnanstalt usw. verhandelt. Dazu lagen Offerten von den Berliner Elektrizitätswerken und der Firma Vorfis vor, welche die Kilowattstunden mit 11 und 12 Pf. berechneten. Die erste Offerte wurde ungenügender Bedingungen wegen sofort zurückgestellt. Ein weiterer Vorschlag des Gemeindevorstandes ging dahin, durch Aufstellung eines Dynamos unter Benutzung des 600erfödrigen Meserdegasmotors der Märanlage elektrische Kraft herzustellen, ebenso wurde vorgeschlagen, durch Vergabung des Märanlammes die Kraft zu liefern. Der Kostenpunkt würde zirka 25 000 M. betragen. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß derartige Projekte, die höhere Ausgaben verursachen, den Gemeindevorstand vorher in ausführlichen Vorlagen früher als bisher bekannt zu machen sind. Beschlossen wurde, dem Kreis mitzuteilen, daß die Gemeinde vom 15. August ab die elektrische Kraft liefert. In welcher Weise das geschehen soll, wurde einer späteren Verhandlung vorbehalten. Einmütig wurde beschlossen, einer Petition mehrerer Gemeinden an den Landwirtschaftsminister wegen Herstellung von Wegen auf dem Schiefplatz beizutreten. — Den neuen Bauplanlinienplan, welcher die Verbreiterung der Hermsdorfer Straße in ihrem oberen Teile begreift, wurde zugestimmt. — Zur Erbauung der Kreisbahn muß von mehreren Besitzern noch Areal am Hermsdorfer Weg erworben werden. In Anbetracht der geforderten hohen Preise, 400 M. pro Quadratmeter, wurde von unseren Genossen das Enteignungsverfahren vorgeschlagen und einstimmig angenommen. — Eine lange Debatte entspann sich über, das Vridenprojekt Zegel—Schloß Zegel und Bau eines Hafenerwaltungsgebäudes. Geplant ist auf Zegeler Seite neben der schon früher bewilligten Brücke ein Verwaltungsgebäude zu errichten, in dessen oberem Teil ein Café eingerichtet werden soll und 6000 M. Paht kostet. Dadurch würde das Verwaltungsgebäude sich annähernd verzinsen. Von unserer Seite sowohl wie von einigen bürgerlichen Vertretern wurde die Rentabilität des geplanten Cafés bezweifelt, außerdem wurde die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes zurzeit noch nicht für notwendig erachtet. Ganz besonders legte sich der Gemeindevorstand für die Verwirklichung des Planes ins Zeug und meinte, daß die Erbauung des Gebäudes den Abschluß des Hafenerbaues bilden solle. Der Antrag des Gemeindevorstandes, Brücken- und Verwaltungsgebäude zu bauen, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag des Gemeindevorstandes, das Verwaltungsgebäude mit der Brücke gleichzeitig zu bauen, vorausgesetzt daß sich für das Café ein Pächter findet, der 5000 M. Kautions stellt, stimmten 9 Mitglieder für und 9 gegen den Antrag. Außer unseren Genossen stimmten gegen diesen Antrag die Herren Schenk, Schaefer, Dr. Gemme, Juchs und Engelle. Dieses Resultat war nur möglich durch Unfall eines Schöpfen.

Friedrichshagen.

Ein Waldbrand in den Müggelbergen. Durch die Achlosigkeit eines Ausflüglers ist in den Müggelbergen ein recht gefährlicher Brand zum Ausbruch gekommen. Im Jagen 17, in der Nähe des Oismardturm, hatte sich das verderbende Element bereits über einen Morgen Waldfläche hin verbreitet, als die Röhren und Friedrichshagener Feuerwehren an der Brandstätte erschienen. Die Löschmannschaften hatten längere Zeit hindurch angestrengt zu tun, bevor sie das Feuer zu löschen vermochten.

Schmargendorf.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Red den Bericht vom 1. Quartal. Danach wurden abgehalten 3 öffentliche und 4 Mitgliederberatungen, 8 Vorstandssitzungen und 4 Flugblattverteilungen. Die Mitgliederzahl stieg auf 57 auf 81; die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten von 117 auf 127. Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme von 72,20 M. und eine Ausgabe von 84,30 M. Die Gemeinbewahl brachte eine Einnahme von 55,25 M. und eine Ausgabe von 33,06 M. Die Bibliothek wurde nur sehr schwach in Anspruch genommen. Ua-dann macht der Vorsitzende die Wahlbezirkseinteilung bekannt. Den 1. Bezirk bildet die Dreieckstraße mit Westfälische, Cuno- und Kirchstraße, den 2. Bezirk die Joppoler, Heiligendammer, Ris-droher, Warnemünder, Schnitzer und Doberaner Straße und Krampasplatz; den 3. Bezirk bildet Neu-Schmargendorf mit den an Kolonie Grundwald angrenzenden Straßen; den 4. Bezirk wird von der Spandauer Straße, Hundeschleifestraße und deren Querstraßen gebildet. Als Wahlmänner für die einzelnen Bezirke wurden

folgende Genossen aufgestellt: für den 1. Bezirk Red und Peters, Erschmann Dittrich; 2. Bezirk Weiger, Kriften, Erschmann Spring; 4. Bezirk Eduschent, Laute und Kaspar; für den 3. Bezirk wurden keine Kandidaten aufgestellt, sondern dies dem Vorstand überlassen. Eine Abschrift der Urwählerliste wurde dem Vorstand verteilt, nur Abteilungslisten wurden zum Preise von 15 M. offeriert. Als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Laute und Kaspar gewählt. Neu aufgenommen in den Verein wurden 3 Genossen.

Friedrichsfelde.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm den dritten Vortrag des Genossen Schwenk über „Die Kreuzzüge im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung“ entgegen. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat wies Genosse Gronwald auf die bevorstehenden Landtagswahlen hin und forderte die Genossen auf, nach besten Kräften ihre Schuldigkeit zu tun. Insbesondere rügte Redner die mangelhafte Aufstellung der Wählerlisten.

Genosse Söhrent beantragte, in der Kreisversammlung dahin zu wirken, daß die „Fadel“ in größerer Auflage gedruckt und verbreitet werden soll. Zum Schluß erfuhr die Vorsitzende die Versammelten, die Frauen zum Eintritt in den Wahlverein einzuladen.

Vorfiswalde-Wittenau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst erfolgte die Einführung der neu resp. wiedergewählten Gemeindevorsteher. Hierauf machte der Gemeindevorsteher einige geschäftliche Mitteilungen. Den größten Teil der Sitzung nahm alsdann die Vergabe der Lieferungen und Arbeiten für den Bau der neuen Gasanstalt in Anspruch. In der Submision hatten sich sieben Firmen beteiligt. Die Firmen Vintsch, Fürstentwale und Hempel-Grünwald kamen zur engeren Wahl. Die erigennante Firma forderte für den maßstößten Teil der Gasanstalt 263 727 M., für die Umkleibung sowie Hochbau 275 800 M., die Firma Hempel forderte für die Maschinenrie 274 436 M. und für die Gebäude 165 270 M. für die Firma Vintsch traten die Herren Vorfis und Hempel ein. Ein Antrag unserer Parteigenossen, die Baulichkeiten in eigener Regie auszuführen, fand bei den bürgerlichen Vertretern keine Gegenliebe. Dagegen wurde ein zweiter Antrag unserer Genossen, der Firma Hempel die Maschinenrie sowie die Baulichkeiten und der Firma Veltter u. Schneebogel den Gasometer zu übertragen, mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Einmütig wurde die Pfostierung eines Teiles der Straße 25 von der Straße 19 bis zum Bahnhof Vichotstraße als Zufahrtstraße zur neuen Gasanstalt beschlossen. Bei der Zuschlagserteilung hinsichtlich der Verpachtung des Lagerschen Grundstücks erhöhte sich der Pachtzins von 300 auf 600 M. Auf Antrag unserer Parteigenossen war die Pachtung meistbietend ausgeschrieben. Mitgeteilt wurde noch, daß die verlängerte Schubertstraße in Breitenbachstraße, die Straße 25 in Miranstraße und die Straße 19 in Jnnungsstraße umgetauft worden sind.

Kowawes.

Die Konjungenossenschaftliche Bewegung in Kowawes wird von der hiesigen Arbeiterschaft immer noch nicht genügend berücksichtigt. Wohl sind im verfloffenen Halbjahre 97 Reuanmeldungen zu verzeichnen gewesen, doch stehen diesen 64 Abmeldungen gegenüber. Trotz der Mitgliederzunahme ist der Umsatz gegenüber dem vorigen halben Jahre um 1600 M. zurückgegangen, ein Beweis, daß ein Teil der Mitglieder immer noch den Lockungen der Krämer folgt, trotzdem die Käufer in Privatgeschäften durchaus nicht besser oder billiger bedient werden als im Konjundenverein. Die Einnahme und Ausgabe des letzteren stellte sich im verfloffenen Halbjahre auf 156 208 M., das Warenkonto verzeichnet eine Einnahme von 95 713 M., eine Ausgabe von 81 820 M. Diese Summen beweisen, daß der Verein auf gesundem Boden steht; es wäre daher nur zu wünschen, wenn sich die Arbeiterschaft mehr als bisher für denselben interessieren würde, umso mehr, als gerade die Kleinhandler von jeher die Feinde der Arbeiterbewegung verstärkt haben.

Gerichts-Zeitung.

Ein interessanter Konkurrenz-Rechtsfall.

Der Kaufmann Weber zu Berlin ist beizetzt auf der Mohrenstraße 35 daselbst seit 36 Jahren ein Spezialgeschäft für Trauerartikel. In neuerer Zeit hatte die Konfektionsfirma Westmann, die sich nur zwei Häuser entfernt von diesem Trauergeschäft befindet, in einem ihrer Schaufenster Trauerausstellungen veranstaltet und über dem Eingang zu dem abgegrenzten Abteil ihres Geschäfts die Aufschrift angebracht: „Eingang zum Trauermagazin“, ohne dabei einen Namen zu nennen. Daraufhin ließ der Kaufmann Weber in den gelesesten Berliner Zeitungen folgende gegen das Geschäft des Westmann sich richtende Annonce abdrucken: „Warum darf ein anderes Geschäft an seiner kleinen Trauerabteilung durch die Bezeichnung Trauermagazin ohne Namensunterschrift dauernd Täuschungen veranlassen? — Der Eingang zu Otto Webers Trauermagazin ist seit 1873 unbedeutend W., Mohrenstraße 35, nahe Markgrafenstraße.“

Westmann erhob deshalb Klage gegen Weber auf Unterlassung derartiger Ankündigungen.

Das Landgericht Berlin wies die Klage ab, dahingegen verurteilte das Kammergericht zu Berlin den Beklagten auf die Be-rufung des Klägers hin Ankündigungen in der angegebenen Art zu unterlassen. Das Kammergericht unterstellt die Behauptung des Beklagten als wahr, daß die vom Kläger der Trauerabteilung seines Konfektionsgeschäftes gegebene Ausstattung in ihrer Gesamtheit geeignet sei, das Publikum in den Irrtum zu verführen, als ob es sich dabei um das Trauermagazin des Beklagten Weber handele. Es findet aber in der beanstandeten Zeitungsankündigung den Vorwurf einer absichtlichen und bewussten Täuschung des kaufstüchtigen Publikums, und in der Form der Abwehr einen Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs): Es meint, der Beklagte hätte dem Kläger auf gerichtlichem Wege entgegenzutreten sollen.

Auf die vom Beklagten gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde das Kammergerichtliche Urteil zu seinen Gunsten aufgehoben und die Sache an das Kammergericht zurückverwiesen. Das Reichsgericht legte hierzu dar, daß den Ausführungen des Kammergerichts nicht beigezogen werden könne. Wenn es nämlich wahr sei, daß der Kläger auf Kosten des Beklagten das Publikum absichtlich und bewußt täusche, so könne es nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen werden, wenn der Beklagte diese Tatsache öffentlich bekannt gibt. Die Form der Mitteilung an sich enthalte keine Verleumdung und die Handlungweise des Beklagten werde dadurch noch nicht zu einer widerrechtlichen, sittenwidrigen, daß ihm andere Mittel zu Gebote ständen, um dem unläuteren Gebahren des Klägers entgegenzutreten. Auch verstoße der Zweck der Ankündigung nicht gegen die guten Sitten. Es würde das nur der Fall sein, wenn es lediglich darauf anlame, den Kläger in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Schlagau-Werke.

Das Landgericht Elbing verurteilte, wie wir feinerzeit ausführlich mitteilten, den Gewerkschaftsbeamten Paul Trumgel am 17. Februar wegen angeblicher Verleumdung der Schlagau-Werke zu einer hohen Gefängnisstrafe. Gegen das auffallend ungerechte Urteil legte Trumgel Revision ein. Diese gelangte am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Die Revision wurde selbst vom Reichsanwalt teilweise für begründet erklärt. Bezüglich eines Flugblattes sei nicht festzustellen, daß die Entlassung von Arbeitern eine nicht erweislich wahre Tatsache involviere. In diesem Teile befänden sich gerade eine sehr große Anzahl formeller Verleumdungen. Ob hier die Absicht der Verleumdung vorliege, könne man nicht ohne weiteres annehmen. Wegen dieses Flugblattes hätte Verurteilung nur nach § 185, nicht nach § 186 eintreten können. Da für jedes Flugblatt ein Monat Gefängnis ausgeworfen sei,

Wanne dieser Rechtsprechung die Strafmessung beeinflusst haben. Das Reichsgericht erkannte demnach auf Verwerfung der Revision.

Die Rechtsgültigkeit der Verordnung über den privaten Turnunterricht,

welche von der Regierung Schleswig erlassen worden ist, unterlag am Montag wieder der Prüfung des Reichsgerichts. Nachdem ein früheres Urteil vom Reichsgerichte aufgehoben worden war, hat das Landgericht Flensburg am 2. März den Zahnarzt Jonathan Smith in Hadersleben wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine rechtsgültige Verordnung zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt, wegen Weigerung dazu den Redakteur der Zeitung „Nordermaal“, Nikolaus Swensson zu 30 M., während der Redakteur Peter Petersen freigesprochen worden ist. Smith hatte in dem genannten Blatte dazu aufgefordert, die erwähnte Verordnung zu übertreten, um durch den zu erwartenden Strafprozess feststellen zu lassen, ob die Verordnung den Gesetzen entspricht. Swensson hatte in derselben Nummer ausdrücklich erklärt, daß Smith allein die Verantwortung für diese Veröffentlichung trage. Das Landgericht hat angenommen, daß die Kabinettsorder vom 10. Juni 1834, auf welche die Verordnung sich stützt, noch Gültigkeit hat. Gegen das Urteil hatten die beiden Verurteilten Revision eingelegt. Sie begründeten beide ihre Rechtsmittel mündlich in der Montagigen Verhandlung vor dem Reichsgerichte. — Der Reichsanwalt beantragte die Freisprechung beider Angeklagten, da 1834 vom Turnunterricht in der Schule noch keine Rede war und die Erteilung von Turnunterricht außerhalb der Schule durch die Gewerbeordnung geregelt ist, diese aber die Erteilung des privaten Turnunterrichts nicht von einer besonderen Erlaubnis abhängig mache, sondern nur gestatte, in gewissen Fällen (bei Bestrafung wegen Sittlichkeitsvergehens usw.) die weitere Erteilung des Unterrichts zu verbieten. — Das Urteil des Reichsgerichts wird erst am 27. Juni verkündet werden.

Ein Streikvergehen vor dem Schwurgericht.

Vor dem oberbayerischen Schwurgericht hatte sich am Montagmorgen der Gauleiter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Genosse Anton Raith-München, wegen eines Vergehens nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, begangen durch die Presse, zu verantworten. In einem Situationsbericht über den Streik in der Möbelfabrik Kempf u. Geiger in Mühldorf in Nr. 108 der „Münchener Post“ vom 27. Juli d. J. war von einem Streikbrecher Bahoda die Rede, dessen Frau in München ein Spezereigebäude betreibt. In diesem gab er die Adresse des Amtsanwalts vom Schöffengerichte Mühldorf eine Verurteilung, um den Bahoda zur Teilnahme an dem Streik zu bestimmen. Das Schöffengericht Mühldorf verurteilte Raith, der sich als Verfasser der Notiz bekannte, zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen. Gegen dieses Urteil ergriff der Angeklagte Raith Berufung, weil nicht auf Freisprechung, der Amtsanwalts, weil nicht auf eine höhere Strafe erkannt wurde. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Traunstein bestritt der Verteidiger, Rechtsanwalt Ruckbaum-München, die Zuständigkeit der Strafkammer, da ein Vergehen, begangen durch die Presse, vorliegt und deshalb in Bayern dem Schwurgericht untersteht. Die Strafkammer Traunstein schloß sich dieser Auffassung an, hob das schöffengerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zur Aburteilung vor das oberbayerische Schwurgericht. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schwurgericht ergriff der Staatsanwalt selbst die Geschäftsverteilung, die Schuldfrage zu verneinen. Entsprechend diesem Antrage verneinte denn auch die Geschworenen nach kurzer Beratung die Schuldfrage, worauf Raith unter Ueberbürdung der Kosten des Verfahrens einschließliche der der Verteidigung auf die Staatskasse freigesprochen wurde.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen im Wahlkampf.

In einer öffentlichen Versammlung, die unsere Genossinnen am Dienstagabend im Lokal „Süd-Ost“ in der Waldemarstraße veranstaltet hatten, sprach Genossin M. Tich über das Thema: „Welches Interesse haben die proletarischen Frauen an den Aufgaben des preussischen Landtages?“ Diese Frage hatte die Rednerin vor einer Woche in einer Versammlung, die in den „Prachisälen des Ostens“ stattfand, erörtert, und wir haben über den Inhalt des Vortrages bereits eingehend berichtet. Die letzte Versammlung war leider nur mäßig besucht. Um so auffälliger war die starke Vertretung der Polizei, denn man sah allein drei Polizeioffiziere, je einen auf der Straße, in der Vorhalle und im Saal den überwachen den Beamten; daneben waren natürlich Schulleute und auch „Geheime“ vorhanden. Die Polizei schien auf einen Massenandrang vorbereitet zu sein. — Dem Vortrage folgten die Versammelten mit großer Aufmerksamkeit, sie spendeten lauten Beifall, als die Rednerin die Ungerechtigkeiten der Besteuerung, die Schwächen im Schulwesen, die Schäden der Kinderarbeit, die Fürsorgeverletzung mit ihren Schreden für die Jüglinge, die Mangelhaftigkeit der Gewerbeinspektion und anderes im preussischen Staate beleuchtete, was das Interesse der Frauen in Anspruch nehmen sollte. Sie gab zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß die Frauen unabhängig agitieren und dagegen Protest erheben werden, daß man sie als politisch unmündig behandelt und ihnen verweigert, ihren Einfluß im öffentlichen Leben geltend zu machen.

In der Diskussion sprach nur ein Genosse, der auf die Notwendigkeit hinwies, dem Einfluß der Kirche entgegenzuarbeiten und der die Unterstützung der Arbeiterpresse den Frauen dringend empfahl. — Die Vorsitzende, Genossin Dörf, schloß die Versammlung mit einem Appell an die Frauen, unermüdet für ihre Organisation tätig zu sein. Sie erzählte von einer Frau, der es gelungen war, Beitrittserklärungen zu dem Wahlverein von allen Mitbewohnerinnen ihres Hauses zu erhalten, und sie forderte die Versammelten auf, diesem Beispiel nachzustreben.

„Revolutionäre“ Ideen in kirchlich geknüpften Frauenkreisen.

Die Generalversammlung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes beriet über Anstellung von Polizei-Assistentinnen, Zulassung von Frauen bei der beabsichtigten Einführung von Jugend-Gerichtshöfen, Anstellung von weiblichen Krankenpflegerinnen, Kontrolleuren und Frauen an den Landesversicherungsanstalten im Verkehre mit den weiblichen Versicherten und zu den Untersuchungen durch die Verze.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg. Montag, den 11. d. M., bei Obf., Reiningen Straße 8. Vortrag des Herrn Dr. Sinluis, (Nur für Frauen.)

Vermischtes.

Ein Liebesdrama. Nach einer Meldung aus Budapest hat vorgestern der Gutsbesitzer Ljvart die 19jährige Dienstmagd Hoffmann durch Revolververhände getötet und sich darauf selbst lebensgefährlich verletzt. Er hat die Tat begangen, weil einer ehelichen Verbindung mit dem Mädchen Hindernisse im Wege standen.

Eine Sturmflut in China.

Aus Hankau wird geschrieben: In Hankau, dem Mündungspunkt des Hanstromes in den Jangtsekiang, hat sich eine Doppelkatastrophe zugetragen. In der Nacht geriet eine von den Hunderten der in der Gegend dichtgedrängt ankern den Dschunken, die mit Petroleum geladen war, bei heftigem Sturm in Brand und trieb stromab in den Jangtse; zahlreiche andere Fahrzeuge aller Art wurden vom Feuer ergriffen, nahmen denselben Weg und gefährdeten die am Jangtseufer liegenden Pontons, Hülfs- und Dampfer. Die Mannschaft des auf der See liegenden britischen Kanonenboots „Nightingale“ hatte sechs Stunden lang unter den größten Schwierigkeiten zu arbeiten, um die brennenden Schiffe von Bord zu halten. Gleichzeitig setzte vom oberen Han her eine große Flut ein, die das Wasser in 12 Stunden um 5 Fuß steigen ließ. Die in der Zeit des niedrigen Wasserstandes bis dicht an den Fluß, ja oft in diesen hinein gebauten Häften mit ihren Bewohnern wurden in kürzester Zeit weggerissen; in den sich bildenden gewaltigen Strudeln wurden die vom Feuer verschont gebliebenen Dschunken und Zenojans, ja selbst mehrere Dampffähren in die Tiefe gezogen. Anfangs schätzte man die Zahl der vernichteten Fahrzeuge auf 600, die der Toten auf 900. Jetzt stellt es sich aber heraus, daß das entseelte Element schon auf dem Laufe des Han gewaltige Verwüstungen angerichtet und zahllose Opfer gefordert hat. Die durch den Eintritt des Han in den Jangtse gegenüber von Wusung sich bildende Unterströmung läßt die Leichen erst bei Yang Lo, das ist 15 Seemeilen unterhalb Hankaus, an die Oberfläche kommen, und hier wurden schließlich 5000 Tote angeschwemmt. Der materielle Schaden beläuft sich auf Millionen Taels. Nach einer chinesischen Zeitung hat ein amtliches Telegramm, das die Anwohner und Schiffer warnen sollte, sechs Stunden uneröffnet im Amtszimmer des von seinem Posten abwesenden chinesischen Wasserpolizeibeamten gelegen.

Der Keina. Nach einer Meldung aus Catania haben die Lavaströme des Keina aufgehört. Den neuen Kratern entströmt nur noch Rauch. In Gasseronia ist ein starker Erdstoß wahrgenommen worden, ebenso in Santa Verena. Dort wurden zahlreiche Häuser beschädigt. Die Bevölkerung lagert unter freiem Himmel.

Der Spionage verdächtig. Paris, 6. Mai. In Rimes wurde ein gewisser Emile Blanchard wegen Verdachts der Spionage verhaftet. Er soll den Versuch gemacht haben, durch einen Soldaten Schriftstücke über die Mobilisierung zu erhalten.

Eine folgenschwere Explosion. In der ersten ungarischen Stahlfabrik explodierte, einer Meldung aus Budapest zufolge, im Schmelzofen ausgeschmolzener Stahl, wodurch fünf Arbeiter tödlich verletzt wurden.

Eine furchtbare Tragödie wird der „Frankfurter Zeitung“ aus New York gemeldet: In Raporte (Indiana) lödte die Witwe eines Farmers namens Sunneh durch Heiratsanzeigen reiche Bewerber an.

Sie tötete fünf von ihnen sowie eine Mitwifferin und begrub die Leichen. Auch ihren ersten Mann hatte sie getötet. Sie selbst nebst drei Kindern wurde von einem Farmernecht ermordet, der nach der Tat das Haus anzündete. Rummere wurden alle Leichen gefunden.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands. Bezirk NO. Heute abend 9 Uhr in „Bachus Klubhaus“, Landsbergerstr. 85. Vortrag.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehülftinnen Deutschlands. Bezirk Nordost. Heute (Donnerstag) abend 9 Uhr in den „Bürgerläden“, Bezirkstr. 147: Bezirksführung. 1. Vortrag: „Die Klassenlage der Handlungsgehülften.“ 2. Diskussion. Gäste willkommen.

Verband der Freireisenden Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vorort.) Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenfäher Straße 11/12: Vortrag.

Eingegangene Druckschriften.

100 Aufsätze am Berlin von G. Siegert. 2 R. Verlag G. Spro, Schöneberg, Freiheitsstr. 5a.
Der Vaktors Riese. Von G. Schläpfer. 109 Seiten. Verlag: G. D. B. Callwey in München.
Freibell. Schauspiel von R. Bötzger. 103 S. Verlag: Köhling u. Göttinger, Berlin, Markgrafenstr. 53.

Die freien Gewerkschaften in Deutschland 1896—1906. Von Dr. G. Hirschfeld. Geb. 15 R. Verlag: G. Fischer in Jena.
Benj. R. Tucker. Staatssozialismus und Anarchismus. — Sind Anarchisten Räuber? — Der Staat in seiner Beziehung zum Individuum. — Was ist Sozialismus? — Einzelheft 10 Pf. Verlag: D. Jod, Baumhulweg, Reichsholzstr. 186.

Nach vierzig Jahren. Von R. Michaels. 169 Seiten geb. Neudorf, Bismarckstr.

Rudolf Kaffner, Melanholia. Eine Trilogie des Selbst. (G. Fischer Verlag, Berlin.) Geb. 4 R., geb. 5 R.

Cheria. Kullengeistlicher Räuber durch Italiens Schenken von Verona bis Capri von Hans Barth-Nom. 250 R., geb. 3,50 R. Julius Hoffmann Verlag, Stuttgart.

„Der Kampf.“ Heft 8. Sozialdemokratische Monatschrift. Pro Jahr 6 R., Einzelheft 50 Heller. Verlag: Wien, Mariahilferstr. 89.

Das Probationsystem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von Dr. R. Leberer. W. G. Langste Unterfränkischbuchhandlung in Wien, Kohlmarkt 20.

Das Elektrizitätsrecht und das Reichs-Elektronenpatent. Von Dr. M. Plenzke. 122 S. Verlag: A. Guldermacher u. Co., Berlin W. 30.

Volksmäßige Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung. Nr. 9. Monatlich zweimal. Pro Jahr 7 R. Verlag: E. Giedel, Berlin, Linienstraße 8.

Das Geld. Roman von Emile Zola. Volksausgabe. 2 R., geb. 3 R. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

Kierweil und Erdalter. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Von Dr. L. Kierweil. Geb. 1,50 R. Verlag: C. Schröder u. Schröder in Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde An der Lindenstraße Nr. 3. Zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. — Jeden Samstag 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Jeder Besuche ist ein Sonntagsbesuch und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Beiläufige Antworten werden nicht erteilt. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. 100. Nehmen Sie die Zahlung ab. Weil Sie beim Kauf minderjährig waren, ist der Kauf ungültig. Das Buch müssen Sie zurückgeben.

N. 6. 100. Wenden Sie sich an den Genossen Eimanowski, Engelstr. 15. — S. N. 14. Kein. — W. S. 78. 1. und 2. Wenden Sie sich direkt an die Oberpostdirektion. 3. Kein. Der Vertrag müßte notariell oder gerichtlich aufgenommen werden. So weit er höhere Oldbürger beantragt, ist er aber trotz Beobachtung der Form ungültig.

N. N. 34. Spielen mehrere gemeinsam ein Los und haben nicht vereinbart, daß für den Fall nicht pünktlicher Zahlung der Summe ausgeschrieben, so steht dem Summigen ein Recht auf etwaigen Gewinnanteil, den Mitspielern das Recht auf Zahlung der Beiträge zu flagen, zu. — Gärner 365. Ja. — P. R. 2723. Das Patent ist bei dem Patentamt anzu-melden. Dort erhalten Sie auch zuverlässige Auskunft. — Anna. 1. Kein.

2. Ja. Die Behördeordnung ist verletzt, es kann aber aus dem Darlehen gelöst werden. 3. Bei Landgerichtsklagen ist der Bestand eines Urteils in Vollstreckung erforderlich, bei Amtsgerichtsklagen nicht. — Stettin. 1. Die Frau kann mit Erfolg auf Scheidung wegen Ehebruchs flagen. 2. Kein, wenn es nicht im Ehevertrage besonders ausgemacht ist. — W. W. 41. 1. Kein. 2. Ja, wenn kein Widerspruch erhoben ist. — S. T. 1. Kein. 2. Die Hälfte fällt dem Vater, die andere Hälfte den Geschwistern zu. — G. S. N. 2. Kautenalle. Dem Invalidentrentner ist keineswegs vorgeschrieben, daß er nur eine bestimmte Summe erwerben dürfe.

S. N. 55. Die Schulden werden nicht angerechnet. Für jedes Kind werden bei Einkommen bis 3000 M. 60 R. mit der Rückgabe in Abzug gebracht, bei drei oder vier Kindern eine Ermäßigung um eine, bei fünf oder mehr Kindern um zwei Stellen stattfinden muß. — S. 7. 1. Wenden Sie sich an die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn, Köthenerstr. 12. 2. Wenden Sie sich an den Magistrat. — G. W. 176. 1. Eine Frau erhält die Hälfte der für sie bezahlten Invalidenbeiträge zurückgezahlt, wenn sie innerhalb eines Jahres nach der Heirat einen dabingehenden Antrag stellt und vor der Heirat mindestens 300 Markten geklebt hatte. Ratamer ist es, weiter zu flagen. 2. Uns nicht bekannt.

N. 100. Eine Frist ist nicht vorgeschrieben. — W. S. 21. Die Herrschaft ist verpflichtet, auf die Dauer von 6 Wochen für Kur und Verpflegung des erkrankten Dienstmädchens zu sorgen. — S. S. 33. Die Mutter, der Stiefvater und in Ihrem Falle das Kind müßten zu notariellem Protokoll erklären, daß sie die Venerbung des Namens beantragen, bezüglich damit einverstanden sind. Dies Protokoll ist dann mit dem Antrage auf Umkehrung an das Standesamt zu senden. War das Kind ein eheliches, so wäre ein Weg um zu dem von Ihnen gewünschten Ziele zu gelangen, nicht gangbar. — S. S. 25. Wahngeld ja, Wiele nein.

— G. N. 31. Der Ausgang der Klage ist sehr ungewiß, dürfte aber eher zu Ihren Ungunsten als zu Ihren Gunsten ausfallen. — W. 1818. 1. und 2. Ja. 2. Nach Ablauf eines Jahres könnten Sie von neuem den Antrag stellen. — S. G. Krummeir. 16. Ohne Einsicht in den Vertrag nicht zu beantworten. — D. 760. Die Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. Sie wäre bei dem Amtsgericht anzustrengen, in dessen Bezirk die Schwester wohnt.

Amstlicher Marktbericht der holländischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft etwas reger, Preise hoch. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise nachgehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemalt, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 5.	am 6. 5.	Wasserstand	am 5. 5.	am 6. 5.
Remel, Mühl	341	-6	Saale, Großh.	183	-1
Bregel, Jüterburg	124	-8	Havel, Spandau	115	-2
Wegsel, Thora	214	-6	Havel, Potsdam	166	-2
Dder, Rathor	186	+1	Spree, Spremberg	96	0
Krossen	173	-8	Deetlof	143	-1
Frankfurt	178	-2	Sefer, Müden	45	-11
Wärthe, Schramm	64	-4	Müden	133	-4
Landsberg	92	-6	Nein, Ragunilandsau	478	+6
Rege, Borsdamm	53	-3	Ramb	270	-2
Gide, Zeltmerg	40	-3	Rin	339	-11
Dresden	67	-4	Kedau, Hellstrom	128	+20
Borb	233	+3	Rain, Weichem	173	-7
Magdeburg	195	+4	Roel, Trier	134	+7

) + bedeutet Waß, — Fall, — *) Unterdegel

Theater.
Donnerstag, den 7. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Hugenotten.
Königl. Schauspielhaus. Die Lüge.
Berliner. III. Heibelberg.
Anfang 8 Uhr.
Neues. Ramon, der Abenteurer.
Deutsches. Was ihr wollt.
Rammerspiele. Lykrate.
Festung. Der Oberpelz.
Neues Schauspielhaus. Der Zammlool.
Alteins. 2 x 2 = 5.
Stomische Oper. Aelstand.
Reibchen. Der Floh im Ohr.
Herbel. Born Lobe. Die Stärker.
Mit dem Feuer spielen.
Lustspielhaus. Sein Will. Der Brandstifter.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Hans Huckelbein.
Schiller Charlottenburg. Däne Gelaut.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Huckelbein.
Schwan in drei Akten von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Steln unter Stelen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: Ohne Gelaut.
Schauspiel in drei Aufzügen von Fedor v. Jodelitz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ohne Gelaut.
Sonabend, nachm. 3 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag: Die Brüder v. St. Bernhard.
Sonabend 2. Male: Madame Sans Pêne.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gehärtete Greisfried. Greisfrieds Tod.
Abends 8 Uhr: Hofemanns Köcher.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ramon, der Abenteurer.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wandragola.
Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5.
Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwan in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.
Sonntag, 10. Mai, nachm. 3 Uhr:
Die 300 Tage.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Der Brandstifter.
Vorher: Sein Will.
Dernhard Rose Theater.
Or. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Loreley.
Wochentagspreise.
Täglich bis auf weiteres: Die Loreley.
Theater an der Spree.
Röpenker Straße 68.
Heute Neu-Eröffnung.
Zum ersten Male:
Der Cowboy.
Anfang 8 Uhr.
Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Der Weg ins Verderben.
Freitag: Vorstellung der Freien Volkshöhne: Mutter Erde.
Sonabend: Der Weg ins Verderben.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Am Hause der Sünde. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Der Weg ins Verderben.
Kasino-Theater.
Rothringler Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Reni Mäizer, der Urfrau.
Nur noch bis Freitag, den 8. Mai:
Ein Dorf-Roman.
Ab Sonnabend, den 9. Mai: Der Brandstifter.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.
Gustav Lindenhayn,
Gastwirtschaft. Telephon: Amt Grünau Nr. 17.
Friedrich-Str. 32.
Großer Garten. Vereinszimmer.
Freudenloze. 20612.
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Henrik Zetterström, Stockholm:
Schweden, Lebens- und Natur-
bilder aus d. nordischen Lande.
1. Abend:
Landschafts- und Naturbilder.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das größte Rechenigma und
Gedächtnisphänomen aller Zeiten
Dr. RÜCKLE
und
das
großartige
Mal-
Programm.
4 3 2 6 8 4 5
9 4 8 2 5 1 3
7 0 8 4 3 2 0
9 0 2 0 0 1 8
5 8 3 7 6 1 4
1 4 3 9 7 8 8
4 1 2 4 1 2 4
Ganz Berlin spricht heute schon
von **Dr. RÜCKLE!**

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenskind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl
in seinem
Neapolitanische Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

Metropol-Theater
Zum 229. Male:
Das muß man seh'n.
Neue in 12 Bildern m. Gef. und Tanz.
Eintritt 8 Uhr. Raucher gestaffelt.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Orford's Elephants.
Palace Girls, Englische Ge-
sangs- und Tanstruppe.
Niards, Akrobaten.
Hagedorns Wandergrotte.
Lilli Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey, Musik Clown.
Guyer und Crispi, Amerika-
nische Excentrics.
Perezoff-Truppe, Jongleure.
Toque, der Hund als Reiter,
Equilibrist und Jongleur.
Tambo and Tambo, Banjo-
Jongleure.
Biograph.

**Wahalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
:: Die neuen großartigen ::
Mai-Spezialitäten.
Amüsantes Programm.
Im Tunnel: Konzerte.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 7. Mai 1908:
Griseldis.
Dramatisches Schauspiel in 5 Auf-
zügen von Friedrich Schiller.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Neue und folgende Tage 8 Uhr:
Eine erste Frau.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Bischofsplatz
8 Uhr.
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Freie Volksbühne
General-Versammlung
Donnerstag, den 7. Mai, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.
(Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Vorzeigung der Karte.)
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Kurt Eisner:
„Die Kunst im Leben Preußens“.
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
3. Revisionsbericht. Diskussion und Verschiedenes.
Freitag dieser Woche 8 1/4 Uhr:
Luisen-Theater
22. (II.) Abendabteilung:
Mutter Erde.
Lortzing-Theater
24. (IV.) Abendabteilung:
Der Troubadour.
Gastkarten a 1 M. sind in den Zahlstellen
und beim Obmann im Theater zu haben.
Sonntag, den 10. Mai, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater
9./10. Abteilung:
Der ledige Hof.
Neues Schauspielhaus
18./19. Abteilung:
Die Kralle.
240/20 Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

**Apollo
Theater**
Vierfacher Erfolg!
Ballett:
Die Töchter der Terpsichore.
Spezialitäten:
François Rühlig. X. Greta Gailus.
Karl Brotschneider. X. D'Orta-Trio.
Enrico Caruso durch das Mikrophon
d. deutschen Grammophon-Gesellschaft.
Cyrette:
Die süßen Grisetten.
Von D. Reinhardt.
In Szene gef. vom Dir. Rudolf Echter.
Pantomime:
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel-Tangel,
ausgeführt von Bert. Bernards.
Original-Pantomime n-Kompagnis.

Landesausstellungspark
Neu erbaut: Feste
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab:
Dejourners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners u. Soupers v. 4.00 an

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Nächste Vorstellung Sonnt. 10. Mai.
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Bestellungen auf Dauerkarten wer-
den schon jetzt im Bureau entgegen-
genommen.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Stummstr. 18.
Heute: **Geschlossen.**
Sonabend, den 9. Mai 1908:
Große Extra-Vorstellung:
Das Recht der Mutter.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Tanz.

Stukkateure!
Heute abend 8 1/2 Uhr bei Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:
**Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung**
im großen Saal.
Tages-Ordnung:
1. Der Stand unseres Berufs auf Grund der Bantens- und Berufskontrollen.
2. Die Generalratsvorlage in unserem Gewerbe.
3. Das Ergebnis der diesjährigen Wahlen.
Kollegen! Erscheint zahlreich, da wichtige Entscheidungen zu treffen sind. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Sozialliberaler Verein für Berlin und Umgegend
Demokratische Vereinigung. 1908
Öffentl. Volksversammlung
Donnerstag den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Neuen Armin-Hallen“, Kommandanten-Str. 58-59.
Tages-Ordnung:
„Warum brauchen wir eine bürgerliche Demokratie?“
Referent: Dr. Theodor Barth.
Freie Aussprache. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Verband der Sattler.
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Koffermacher! Achtung!
Freitag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 8:
Außerordentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Verhandlungen vor dem Einigungsamt.
2. Unsere weitere Stellungnahme.
Kollegen! Diese Versammlung hat über den weiteren Fortgang unserer
Lohnbewegung zu entscheiden, es darf mithin kein Kollege dieser Ver-
sammlung fernbleiben. 156/19
Die Ortsverwaltung.

Sanssouci, Kottbuser
Str. 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
Neues Elitesoirée Tanz-
Progr. Kränzh.
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Großer Zacherfolg!
Unsere Käthe. 1 Akt.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.
Sonabend: Ensemble-
Gastp. v. Berliner Bühnen-
Künstlern: Anne-Liese.

Achtung! Achtung!
Landtagswähler Rixdorfs.
Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr:
2 Volks-Versammlungen
im Lokal von Fritz Hoppe, Hermannstraße 49, 235/7
und im Lokal von Hermann Thiel, Bergstraße 151/152.
Tages-Ordnung:
Das preußische Volk und die Landtagswahlen.
Referenten: Reichstagsabg. D. Stücklen und Parteivorstandsmitglied S. Müller.
Angehörige aller Parteien sind hierzu eingeladen. Volle Redefreiheit ist zugesichert.
Wähler Rixdorfs erscheint in Massen! Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Deutschlands (Zahlstelle Berlin).**
Bureau: Linienstraße 215. Geöffnet von 9-1 und von 4-8 Uhr. Telefon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 10. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal „Musikersäle“,
Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (großer Saal):
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Wahl eines Revisors. 3. Anträge.
Buch legitimiert!
NB. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

**Akkumulatoren- und Elektrizitäts-
Werke-Aktiengesellschaft W. A. Boese & Co.**
vormals
II. ordentliche Generalversammlung.
Wir beehren uns hiermit unsere Aktionäre zu der
Sonnabend, den 30. Mai cr., vormittags 11 Uhr
im Sitzungssaal der Gesellschaft, Köpnickstr. 154
stattfindenden **II. ordentlichen Generalversammlung**
ergebenst einzuladen.
Gegenstände der Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichtes des Vorstandes nebst Ge-
winn- und Verlustrechnung und Bilanz pro 1907, sowie des Prüfungs-
berichtes des Aufsichtsrates;
2. Beschlufassung über die Bilanz und Gewinnverteilung;
3. Erteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand;
4. Wahl zum Aufsichtsrat.
Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung das Stimm-
recht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Dividendengebogen
spätestens am sechsten Tage vor dem Versammlungstage
in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft oder bei einer der nach-
benannten Stellen:
in Berlin bei der Kommerz- und Diskonto-Bank,
bei den Herren F. W. Krause & Co., Bankgeschäft,
in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co.,
in Elberfeld bei der Bergisch-Märkischen Bank,
in Stettin bei dem Bankhause Wm. Schlutow,
in Hamburg bei der Kommerz- und Diskonto-Bank
zu hinterlegen.
Es genügt auch die Hinterlegung bei einem deutschen Notar
und der Nachweis dieser Hinterlegung bei einer der Hinter-
legungsstellen innerhalb der angegebenen Frist.
Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen
Eintrittskarten, welche von obigen Stellen auf Grund der bei
diesem oder beim Notar erfolgten Hinterlegung verabfolgt werden.
Berlin, den 4. Mai 1908.
Direktion der Akkumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-
Aktiengesellschaft vormals W. A. Boese & Co.
E. Hartefeld. K. Kunze.

**Gustav
Behrens-
Theater.**
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Des großen Erfolges wegen prolongiert
Die schone Wih. Selverde mit ihren
dreifachen Vären. Neu!
Neu! Unsere Marine. Neu!
Lebensbild mit Gefang. und Tanz.
Neu! Graf Zappelin mit seinem leut-
baven Fußballen Nobel 1909.
Außerdem Neues Mikrophon und
20 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 Uhr.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Illustr. viel. Acorte u. Prof. grat. u. 2
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin SW., Friedrichstraße 91/92
Baufellen und Landporzellan
R. von 4 Mark an
nabe
Bahn. Fredersdorf
Ankunft täglich im Postillon
am Bahnhof und bei 26012
Nieschalke & Nische
Berlin, Neue Königl. 16.

**Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands. Zweigverein Berlin.**
Sektion der Gips- und Zement-Branche.
Gruppe: Rabsitzspanner.
Freitag, den 8. Mai 1908, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannaschk,
Fischerstraße 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stabsführers Genossen Adolf Ritter über: „Die
Landtagswahl.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Bericht über die
Wahlhinterlegung. 157/17
Kollegen, agitiert für einen guten Besuch dieser Versammlung, kein
Kollege darf fehlen.
Der Gruppenvorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Freitag, den 8. Mai 1908, abends 6 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen H. Ritter über „Zweck und Nutzen der
Arbeitersekretariate.“ 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.
Die Vertretung jedes Bundes wünscht
192/11 Der Vorstand.

Farben- u. Drogengeschäft
in bester Lage (W.), ohne Konkurrenz,
10 000 Umlauf, 600 Riese, Preis 4000
Mark, sofort zu verkaufen. Haus-
verwaltung wird ev. übertragen. Off.
Rm 96 Daube & Co., Potsdamerstr. 3.
**Steppdecken
Spezialhaus**
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oraniensir. 158
Unter- nirgends Filialen!
Gelegenheitskauf!
Bunt Cretonne Ersatz für 300
Deckbett
Similiseide in den 15 25 750
Farben rot, blau, oliv
Wollatlas 16 75 850
Bunte Normal- 150 250 350
Schlafdecken ganz dick 300 400
Wolldecken
Reisedecken (engl.) 5, 8, 10 m
Pracht-Katalog mit ca. 600
Illustrat. gratis und franko.

Neunte Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

Leipzig, 4. Mai 1908.

Nachmittags-Sitzung der ersten Tagung.

Den Bericht über den Stand der Presse

gibt Redakteur Wegner. Redner betont, daß ja eigentlich dies der beste Bericht ist, der erstattet wird, seit der „Textilarbeiter“ Eigentum des Verbandes geworden ist. Zunächst legte die Redaktion Wert darauf, daß sie, trotz des gemeinsamen Wirkens mit dem Verbandsvorstande ihre Unabhängigkeit vollkommen wahren konnte. Das Verhältnis zwischen Redaktion und Vorstand war das denkbar günstigste. Vom Vorstand ist alles getan worden, was eine gezielte Fortentwicklung des Fachorgans fördern konnte. Das Verbandsorgan hat nach drei Richtungen hin ganz besonders gewirkt: es hat den Kampf mit dem Unternehmertum, die Agitation unter den indifferenten Berufsangehörigen und die Belehrung der organisierten Kollegen gefördert. Es war nicht möglich und wird auch in Zukunft nicht möglich sein, den „Textilarbeiter“ zu einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu machen, sondern nach wie vor muß die Redaktion sich darauf beschränken, kurze Anregungen zu geben, die die Mitglieder zum Nachdenken anspornen. Zum Schluß gibt Redner dem Wunsch Ausdruck, daß der Vertrag mit der Chemnitzer Krankenkassenverwaltung nicht wieder erneuert werde, da durch diese Publikationen gewissermaßen der Verband, der ja selbst Sterbunterstützung zahlt, geschädigt werden könnte. Die Preiskommission stimmt durch ihren Referenten den Ausführungen und den Wünschen betreffs der Chemnitzer Krankenkasse zu.

Ein Antrag, den beiden Kollegen aus Krefeld

das Wort zu ihrer Angelegenheit zu gestatten, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte angenommen. Als erster Redner erhält Flichter das Wort. Dieser versucht, die Handlungen der Stoffweber bei der unglücklich verlaufenen Bewegung zu rechtfertigen. Der Gauleiter Reimes hält scharfe Abrechnung mit der Krefelder Opposition, indem er in längeren Ausführungen die ganzen Vorkommnisse klarlegt und die Stoffweberauschüsse des Wortbruchs bezichtigt. Flichter verließ während dieser Ausführungen den Saal.

Leipzig, 5. Mai 1908.

2. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Krefelder Fall wird aus der allgemeinen Debatte ausgeschieden und vornehm geordnet behandelt. Als erster Redner erhält Schagen-Krefeld das Wort. Er betont, daß die Stoffweber äußerst schlecht für die Organisation zu gewinnen waren und daher haben dieselben stets den Anschluß verpaßt, wenn es galt, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Als sie endlich der Organisation beigetreten waren, hatte sich die günstige Geschäftslage schon geändert, das nichts mehr für die Stoffweber herauszuholen war. Genosse v. d. Berg rechtfertigt sein Erscheinen als Gast mit der Motivierung, daß es in diesem Falle sehr notwendig war, und daß der Vorstand ihm dies auch zu Beginn des Krefelder Versprechens habe. Durch Schlußantrag wird der Krefelder Fall als erledigt und die Maßnahmen des Vorstandes als richtig erklärt. Folgender Schlußantrag gelangt gegen 13 Stimmen zur Annahme:

In Erwägung, daß durch die Herausgabe des Flugblattes, welches auch den Delegierten zugestellt worden ist, die Interessen des Verbandes in groblichster Weise verletzt worden sind und in fernerer Erwägung, daß die Führer der sogenannten Krefelder Opposition durch ihr ganzes Verhalten nach dem Stoffweberstreik unserer Organisation unermesslichen Schaden zugefügt haben, sind die Unterzeichner des Flugblattes, die Mitglieder der Kommission der vereinigten Stoffweberauschüsse, aus dem Verbandsausgusschluß.

Die festgesetzt wurde, besteht die Kommission aus folgenden Mitgliedern: Wilt, Eisen, E. Könis, Aug. Hegmann, Krefeld; Joh. op. te Sipt, Krefeld; Arnold Flichter, Krefeld; Theodor Schäfer, Krefeld. Der bisherige Kollege Wilhelm Schäfer, Krefeld ist ebenfalls auszuschließen; denn obwohl er als Sammler nicht zu obiger Kommission gehört, ist er doch durch sein ganzes Verhalten nach der Kontinuität in Köln, als auch in Krefeld als mitverantwortlich anzusehen.

Die Debatte über den Vorstandsbericht

bietet trotz der lebhaften Beteiligung keine neuen Gesichtspunkte. Es werden Hinweise auf eine praktische wirkende Agitation gegeben, die in Zukunft zu beherzigen sein werden. Betont wird weiter bezüglich des „Textilarbeiter“, daß an demselben nur wenig zu ändern ist, da derselbe allen Ansprüchen, welche man an ein Gewerkschaftsblatt stellen kann, vollständig genügt. Beantworte wird neben anderen Anträgen:

Die „Gleichheit“ kann sämtlichen weiblichen Mitgliedern auf besonders von diesen geäußertem Wunsch als Fachblatt gegeben werden.

Derner wird verlangt:

Im „Textilarbeiter“ dürfen nur solche Artikel Aufnahme finden, die ruhig und sachlich gehalten sind, insbesondere dürfen keine beleidigenden und gehässigen Ausdrücke darin enthalten sein.

Dieser Antrag ist aus den Krefelder Verhältnissen geboren. Das Fachorgan, der „Textilarbeiter“, soll jedes Jahr, als Jahrgang gebunden, vom Vorstand herausgegeben werden. Jede Filiale oder Jahresspille sei verpflichtet, ein Exemplar zum Selbstkostenpreis zu entnehmen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte geschlossen und erhält Süß das Schlußwort zum Vorstandsbericht. Er betont besonders, daß die Hausagitation wohl zu einer ständigen Einrichtung des Verbandes gemacht werden dürfte und daß alle gemeinsamen Fehler in Zukunft vermieden werden müssen. Wegner, Redakteur, gibt noch einige Erklärungen betreffs technischer Anordnungen der Fachzeitung, die getroffen werden sollen. Zur Agitation empfiehlt Redner das Organ und kurz gefasste Flugblätter. Redner warnt davor, der Preiskommission größere Rechte zu verleihen, da der Vorstand des Verbandes eigentlich die Ueberwachungsinstanz des Organs bilden muß.

Die erstgenannten Anträge werden abgelehnt, dagegen erhalten die folgenden die Zustimmung der Generalversammlung:

Die Preiskommission soll in Zukunft nur als Beschwerdefinstanz gelten. Die Ortsverwaltung kann zum Zwecke der Agitation und dort, wo es im Interesse der Organisation nötig ist, den „Textilarbeiter“ ohne Entgelt abgeben. Abonnenten anzunehmen und Abonnementgelder einzuziehen, steht den Ortsverwaltungen nicht zu. Die Ortsverwaltungen haben Sorge zu tragen, daß das Fachblatt den Mitgliedern jede Woche pünktlich zugestellt wird. Das Vertragsverhältnis mit der Chemnitzer Krankenkasse soll nicht wieder erneuert werden.

Bezüglich einiger Momente der Resolutions gelangt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Generalversammlung protestiert gegen die Art der Veröffentlichung durch die Verbandsreferenten. Die gerügten Ausgabeposten waren nicht nur nicht überflüssig, sondern dringende Notwendigkeiten. Zum mindesten muß die Bureaueinrichtung des Hauptverbandes der Zeit und den Bedürfnissen des Verbandes entsprechend sein. Vor allem soll der Verbandstag dem Vorstand völlige Anerkennung wegen seiner Handlungen aus Anlaß des Todes unserer treuen Mitglieder Georg Treue, Berlin und Hansich, Landesgut. Damit werden die Verhandlungen bis Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Genosse Singer ist bedauerlicherweise von einer akuten, sehr schmerzhaften Augenerkrankung befallen, die ihn nötigte, eine Klinik aufzusuchen. Die Entzündung erforderte einen operativen Eingriff, der am Dienstagnachmittag erfolgreich ausgeführt worden ist. Das Befinden des Genossen Singer ist den Umständen nach ein gutes. Hoffentlich wird er in nicht allzu ferner Zeit seine erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung mit frischer Kraft wieder aufnehmen können.

Eine verlogene Notiz,

die irgend ein Schmod sich aus den Fingern gelogen hat, macht die Runde durch die bürgerliche Presse Sachsen. Sie lautet: Ein Führer der Sozialdemokratie in Radeberg, der Gastwirt Völkel, hat seinem Leben gewaltsam durch Verschneiden der Halsschlagader ein Ende gemacht. Das Parteigetriebe hatte ihn nervös gemacht, und um sich zu erholen, kaufte er eine Wirtschaft. Nur vier Wochen war er Inhaber, da scheinen ihm die Verhältnisse schon über den Kopf gewachsen zu sein. Man fand ihn in einer Badewanne tot vor.

Es ist an dieser gefühlsrohen Notiz unklar, daß der Lebensmüde ein Führer der Partei in Radeberg war. Er war ein pflichttreues und überzeugtes Mitglied der Partei, aber hervorgetreten ist er nie. Eine Gemeinheit aber ist es zu behaupten, das Parteigetriebe habe ihn nervös gemacht. Daran ist nicht ein Wort wahr. Richtig ist dagegen, daß seine frühere Berufsarbeit — er war, ehe er Gastwirt wurde, in einem Großbetriebe als Arbeiter tätig — ihn nervös heruntergebracht hat. Er ist seit Jahren nervenleidend, mehrfach in ärztlicher Behandlung und in Heilanstalten gewesen, zuletzt drei Monate in Kreischa. Der Arzt hatte ihm geraten, seinen Beruf aufzugeben.

Die Feststellung der Tatsache wird freilich eine gewisse Sorte Presse nicht abhalten, diese oder ähnliche Lügennotizen ihren Lesern zu servieren.

Aus Industrie und Handel.

Streiklichter auf die Weltkrise.

Nach in den letzten Wochen hatten Handel und Industrie unter der nun schon monatelang andauernden allgemeinen Depression der Weltwirtschaft zu leiden. Was aber die Situation besonders unangenehm macht und sie charakterisiert: die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft findet in den Abschlußberichten der großen Bank- und Schiffahrtunternehmungen zumeist nur in sehr zurückhaltender Weise Ausdruck. Die Mehrzahl der führenden Bankinstitute hielt es für notwendig, Millionenbeträge auf neue Rechnung vorzutragen, um gegen unglückliche Zeiten gewappnet zu sein und die Einmütigkeit dieses Vorgehens wird allgemein als ein warnendes Signal aufgefaßt. Diese Vorsicht ist leider in der Sachlage nur zu sehr begründet; denn in den meisten überseeischen Ländern hat die Bevölkerung an Kaufkraft wesentlich eingebüßt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien, Chile und fast alle bedeutenden ostasiatischen Absatzgebiete haben sich von den krisenhaften Zuständen der jüngsten Vergangenheit noch nicht erholt. Die Folge ist, daß viele für Exportzwecke eingerichtete Unternehmungen in Europa ihre Betriebe einschränken haben und noch weiter einschränken müssen, weil der Absatz nach vielen Gegenden total ins Stocken geraten ist.

Vor allem gilt dies für die Industrie Deutschlands. Die Nachrichten, die aus den verschiedenen Branchen und Territorien einlaufen, lauten wenig zuversichtlich. In der Maschinenindustrie ist der Geschäftsgang zumeist noch befriedigend, doch steht er hinter dem Jahre 1907 sichtlich zurück. Auch die elektrische Industrie ist genügend mit Aufträgen versehen, und was die chemische, eine ausgeprobenere Exportindustrie anbelangt, so läßt sich da ein Nachlassen der Geschäftstätigkeit im allgemeinen nicht bemerken.

In Britisch-Indien hat sich die Lage durch die Mißernte wesentlich verschlechtert, was zu weiteren Kreditbeschränkungen seitens der überseeischen Banken führte. Die zweite offizielle Abschätzung der Weizenerte ergibt einen Ausfall von nahezu einem Drittel gegen das Jahr 1907. Beforgniserregend sind — wegen des Ausbleibens von Regen — die Aussichten der Juteernte. Besonders fühlbar macht sich das Darniederliegen der Märkte von Delhi, Bombay und Kalkutta. In Delhi können die aufgeführten Warenmengen selbst zu stark reduzierten Preisen nicht abgesetzt werden.

Nach Ansicht der Banken ist es absolut unmöglich, die lagernden Güter in der Saison an Mann zu bringen, so daß große Warenvorräte in die nächste Saison übernommen werden müssen.

In Java leidet das Geschäft sehr unter der Bewegung der Eingeborenen.

Aus China liegen günstigere Nachrichten, wenigstens soweit Chonghai und die Hauptstädten in Betracht kommen, vor. Nach wie vor schlecht ist die Lage in Kuichiwang, in der Mandchurei und Tientsin.

Aus Japan werden weitere finanzielle Schwierigkeiten verschiedener Firmen gemeldet.

Australien hat einen eingeschränkten Bedarf, der durch England, welches Vorrangszölle genießt, befriedigt wird.

In Südafrika ist das Geschäft unverändert flau und eine baldige Besserung nicht zu erwarten. Seit einiger Zeit befindet sich auch die Diamantenschatz Kimberley in der gleich schlimmen Verfassung wie das übrige Südafrika. Zahlreiche Angestellte der Eisenbahnen und Städte sowie Tausende von Diamantgräbern usw. sind entlassen worden.

In den Vereinigten Staaten ist die Lage mondlück noch schlimmer als im Herbst des Vorjahres. Verhältnismäßig gut liegen die Dinge in Mexiko und Venezuela. Vorzüglich ist die Situation in Argentinien, und die große Republik Kolumbien strebt mächtig aufwärts. In Ecuador hat sich das Geschäft dieses Jahr gut angefaßt. Aber die kürzlich in Guayaquil ausgebrochene Pest hat einen derartigen Umfang erreicht, daß Panama alle Schiffe, die Guayaquil anlaufen, zurückweist. Auf die wirtschaftliche Entwicklung Uruguay hat die allgemeine Geldverknappung lähmend eingewirkt. Dazu traten sinkende Preise für Häute, Wolle und Vieh. In Bolivien hat der Preisrückgang von Zinn, Silber, Kupfer und Gummi, Hauptausfuhrartikeln, zu einer Krise geführt. Das gleiche gilt von Peru, dessen Minenindustrie stagniert, und in Chile haben die Kurstriedgänge eine umfangreiche Depression bewirkt. Direkt präpariert wird die Geschäftslage in Brasilien geschildert. Besonders die Nordstaaten (Para und Manaus) laborieren an der Waise in Gummi. Die durch das Stillfalle der Union Commercial Bank in Rio de Janeiro verursachten Verluste betragen 10 Millionen Mark. Endlich sei noch Haiti erwähnt, dessen Geschäftsverhältnisse die neueste revolutionäre Erhebung stark beeinträchtigt hat. Der direkte Handel zwischen Haiti und Deutschland ist infolge des zwischen beiden Ländern herrschenden Zollkrieges relativ gering. Dagegen befindet sich das haitianische Geschäft größtenteils (Import und Export, Finanzierung der Unternehmungen durch Banken) in deutschen Händen. Doch müssen diese Firmen den Export wegen des Zollkrieges über Havre führen.

Lebensmittelverknappung. Zu unserer Notiz unter vorstehender Stigmata in der Nummer vom 5. Mai schreibt man uns:

Der Nutzen einer Konsumentenorganisation ist so bekannt, daß über ihren Wert für den Arbeiter kein Wort weiter gesagt werden soll. Auch der Kleinhändler möchte begreifen, daß er als Angestellter einer großzügigen Konsumentenorganisation besser gestellt sein würde, wie als sogenannter Selbständiger.

Weiter ist auch anzuerkennen, daß der Kampf der Konsumentenvereine gegen den Verband der Fabrikanten für Markenartikel für den Arbeiter als Konsumenten von großem Nutzen war und ist, da er ihn vor Ueberborteilung schützt.

Anderer liegt die Sache aber bei Zucker, Petroleum und manchen anderen „Schmeißartikeln“. Zucker kostet z. B. dem Detailisten im Einkauf zurzeit 20,75 M. pro Zentner und verkauft wird er von vielen Händlern mit 21 Pf., 20 Pf., ja 19 Pf. das Pfund. Bei einem derartigen Verhältnis zwischen Ein- und Verkaufspreisen muß der Händler sich auf andere Weise schadlos halten; er überborteilt den Käufer beim Einkauf anderer Waren oder aber: seine Gläubiger gehen leer aus.

Ein weiteres Beispiel. Schweizermilch, Marke „Milkmaid“, kostet die Riste (48 Dosen), 21 M., also die Dose 43,7 Pf., Verkaufspreis 45 Pf.; mithin bei einem Objekt von 45 Pf. ein „Verdienst“ von 1 1/2 Pf.

Wendet sich nun eine Vereinigung nur gegen solches Gebaren, so läßt sich auch vom Standpunkte der Sozialdemokratie dagegen nichts einwenden.

Durch unläutere Konkurrenz werden auch die Konsumenten in ihrem Wachstum behindert, denn die Lockpreise wirken auf die große Masse als anziehend und die Begleitumstände werden nicht beachtet.

Ganz mit Recht ist in dem kürzlich vom „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel über die hohen Butterpreise darauf hingewiesen worden, daß der Kleinhändler den Preisrückstellungen machtlos gegenübersteht, selbst darunter leidet, und das trifft auch für manche andere Artikel zu.

Kohlenpreiser. Von verschiedenen Seiten wurde seinerzeit der Leistung der „Lustania“ die praktische Bedeutung abgesprochen, weil die Geschwindigkeit lediglich durch einen Brennstoffverbrauch erzielt worden sei, der dem aufgestellten Rekord höchstens ein technisches und akademisches Interesse abgibt. Diese Ansicht wird nun gestützt durch Mitteilungen der „Marine-Nachschau“. Danach brauchten bei einer Maschinenleistung von 68 500 Pferdekraften die Hilfsmaschinen in der Stunde 149 700 Pfund Kohlen, die Turbinen aber 870 500 Pfund. Das wären zusammen 1 020 200 Pfund englische Kohlen oder, das Pfund zu 0,458 Kilogramm gerechnet, 522 884 Kilogramm oder 523 Tonnen Kohlen in der Stunde. Für die Ozeanfahrt sind folgende Angaben gemacht: Hauptturbinen 13,1 Pfund, Hilfsmaschinen 1,75 Pfund, Verdampfer 0,5 Pfund für die Stunde und Pferdekraft. Das ergäbe für 68 500 Pferdekraft pro Pferdekraft 15,85 Pfund oder 1 056 845 Pfund oder 536 879 Kilogramm oder 537 Tonnen Kohlenverbrauch in der Stunde.

Salzproduktion in Elsaß-Lothringen. Die Salzerzeugung der acht lothringischen Salzwerke betrug im letzten Rechnungsjahre 636 504 Doppelzentner, d. i. 5503 Doppelzentner weniger als im Vorjahre; der Absatz von Salz ist jedoch von 668 066 Doppelzentner auf 674 168 Doppelzentner gestiegen. Der Rückgang der Produktion hängt mit der Streikbewegung der Salinenarbeiter zusammen. Das Nachlassen der Konkurrenz durch spanische Salze förderte die Ausfuhr nach Belgien.

Die Spirituskampagne 1907/08. Große Geschäftstillstände charakterisiert den bisherigen Verlauf der Spirituskampagne. Der Absatz von Spiritus war im März-April nur schwach und hat ebenso wie der Verbrauch von denaturiertem Spiritus nachgelassen. Andererseits ist auch die Abnahme der Brauereizulassung schon fühlbar geworden, und viele Betriebe haben die Arbeit bereits eingestellt oder haben diese im April beendet. Die Kampagne, früher als sonst beendet, wird wahrscheinlich weniger Vorräte übrig lassen, als man nach der reichen Kartoffelernte hätte annehmen können. Das sich immer mehr ausbreitende Erdenverfahren bei der Herstellung der Frucht, die Verarbeitung zu Stärke und Stärke Pöplins haben der Brennerei viel Material entzogen, worauf der Ausfall in der Spirituserzeugung zurückzuführen ist.

Affinatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft vom 1. A. Böse u. Co., Berlin. Der Fabrikationsgewinn stellt sich auf 876 609,67 M., erfährt somit gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 132 783,85 M. Nach Abschreibungen von 205 318,38 M. (im Vorjahre 169 684,31 M.) verbleibt ein Reingewinn von 226 071,91 M. (im Vorjahre 217 124,59 M.). Dem Reservefonds werden 11 583,13 M. zugeführt. Sodann schlägt der Aufsichtsrat vor, 24 M. pro Genossenteilchein und 2 Pro. Dividende auf die Vorzugsaktien (wie im Vorjahre) zu erteilen. 5566,18 M. verbleiben als Vortrag.

Verammlungen.

Die Jahressitzung des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag, den 30. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Der Bericht der Ortsverwaltung, den der Bevollmächtigte Klar gab, zeugte von einer sehr regen Tätigkeit. Es haben im verfloffenen Quartal unter anderem 293 Fortbildungssitzungen, 67 Verhandlungen mit Unternehmern und 14 Branchen- und öffentliche Verhandlungen stattgefunden. Zu einem Streik kam es in der Luxuskarosonnenfabrik von Ullrich. Die Streitigkeiten wurden durch Verhandlungen mit dem Unternehmer zur Befriedigung der Streitenden erledigt. Am den arbeitslosen Mitgliedern die Beteiligung an der Kaiserfeier zu erleichtern, ist ihnen, auf Beschluß der Ortsverwaltung, am 1. Mai eine Extrazustellung von 2 M. für die über 8 Tage im Nachweis eingeschriebenen und von 3 M. für die über 4 Wochen eingeschriebenen gemährt worden. In den Berichten über die einzelnen Branchen wird allgemein über schlechte Konjunktur geklagt. Von der Galanteriebranche sind eine Anzahl Mitglieder an den Karzibewegungen der Portefeuilier und der Koffermacher beteiligt. Die Quartalsabrechnung schließt in der Zentralkasse mit der Bilanzsumme von 37 895,48 M. An die Verbandskasse wurden 13 500 Mark abgeliefert. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 15 298,76 Mark, die Krankenunterstützung 1769,20 M. Die Einnahmen der Lokalfosse betragen, samt dem alten Bestand von 41 569 M., 49 702,14 M., die Ausgaben 6217,98 M., so daß der Bestand auf 43 484,16 M. anwuchs. — Der Bericht vom paritätischen Arbeiterausschuß ergab, daß sich im Laufe des Quartals 643 männliche und 740 weibliche Arbeitslose meldeten. Beilangt wurden männliche Arbeitskräfte 390, weibliche 724; befehigt wurden durch den Nachweis von jenen Stellen 323, von diesen 444. — Die Jahressitzung am Quartalschluß 2921 männliche und 3233 weibliche Mitglieder, also im ganzen 6154. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer wie der gesamten Ortsverwaltung Decharge.

Witterungsübersicht vom 6. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer (hohes/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. (morgens/abends), Stationen, Barometer (hohes/min), Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include: Sotschende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Habarana, Petersburg, Sckly, Aberdeen, Paris.

Weiterprognose für Donnerstag, den 7. Mai 1908. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

